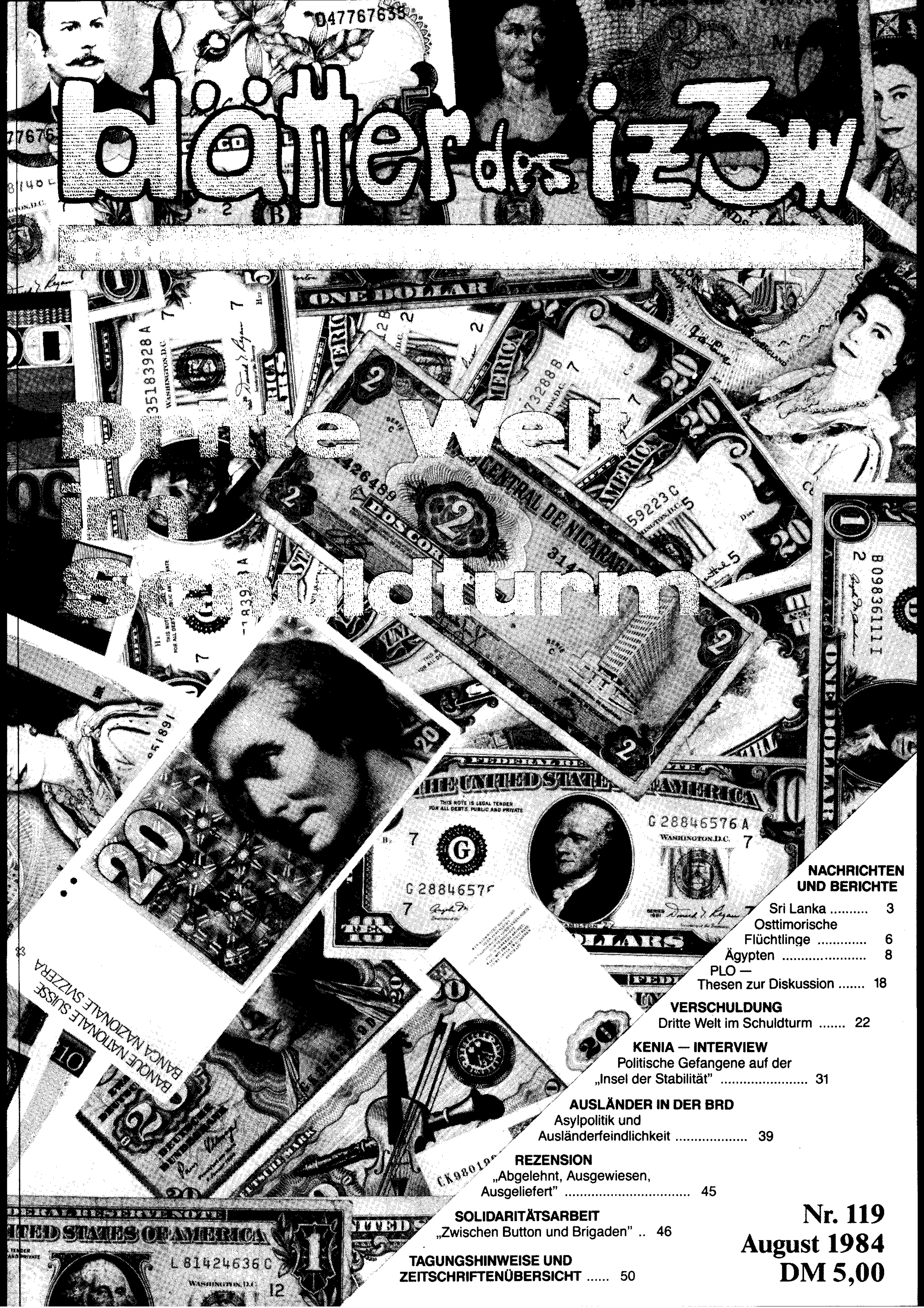


Nr. 119
August 1984
DM 5,00

impressum
blätter des iz3w

Hrsg.: Aktion Dritte Welt e. V. — Informationszentrum Dritte Welt, Postfach 5328, Kronenstr. 16 (Hinterhaus). D-7800 Freiburg i. Brsg., Tel.: 0761/7 40 03, Bürozeiten: Mo.-Fr. 10-12 u. 15-18 Uhr.

Zusammengestellt von: Frank Ballot, Julia Ballot, Roland Beckert, Wolfgang Beyer, Gerhard Braun, Florence Buchmann, Georg Cremer, Christian Dierstein, Benedikt Fehr, Wolf-Matthias Gall, Andrea Hassur, Uli Kieser, Werner Kobe, Claudia Koenig, Volker Krempin, Michael Krischer, Mecht ild Maurer, Bernhard Merk, Hein Möhlenkamp, Christian Neven-du Mont, Mariele Pelster, Horst Pöttker, Dominique Prodel, Angelika Rees, Bernd Riegraf, Matthias Rommel, Peter Schmidt, Dieter Seifried, Albert Sommerfeld, Hartmut Stüwe, Wilfried Telkämper, Beate Thill, Barbara Unmüßig, Susanne Vollmer, Hildegard Wenzler.

Bei Einsendung von Artikeln beachten Sie bitte folgende Angaben:
Manuskripte sollten mit der Schreibmaschine geschrieben sein, mit 2-zeiligem Abstand: 40 Anschläge und 30 Zeilen. Artikellänge: höchstens 15 Manuskript-Seiten.

Satz und Druck:
SOAK Hannover, Tel.: (0511) 1 76 18

Vertrieb für Buchhandel:
Prolit Vertriebs GmbH, Postfach 1165, Lollar, Telefon: 06406/51 27

Jahresabonnement (8 Ausgaben) im In- und Ausland: DM 40,- (für Rentner, Arbeitslose, Schüler, Studenten, Wehr- und Zivildienstleistende 30,- DM).

Schweiz: SFR 40,- (bzw. 30,-)
Österreich: ÖS 300,- (bzw. 230,-)
Luftpostabonnements:
Europa: 52,- (bzw. 43,-)
Afrika, Nord- und Mittelamerika, Nahost und Südasien : 61,60 (bzw. 51,60)
Südamerika, Südostasien, Fernost: 68,80 (bzw. 58,80)
Australien, Südpazifik: 76,- (bzw. 66,-)

Einzelpreis: DM 5,-/SFR 5,-/ÖS 37,-

Konten (Aktion Dritte Welt e. V.):
Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 1482 39-755
Österreichische Postsparkasse Nr. 2377.047
Postscheckkonto Basel Nr. 40-35899.

Redaktionsschluß für Nr. 120:
21. August 1984

Anzeigenschluß für Nr. 120:
28. August 1984

Eigentumsvorbehalt:
Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. Zur-Habe-Nahme ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ost sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

NACHRICHTENUNDBERICHTEZU: Sri Lanka

Auch in Zukunft militärische Lösung gegen die Tamilen?

— „Wir sind bereit, selbst einen Pakt mit dem Teufel zu schließen",[1] verkündete der neue Minister für Staatssicherheit, Lalith Athulathmudali, und rechtfertigte mit dieser Aussage neue Pläne der Inselrepublik, israelische „Fachleute" zur Beratung und Ausbildung des heimischen Militärs ins Land zu holen. Ferner soll Israel eine Interessenvertretung (Interest Section) innerhalb der amerikanischen Botschaft in Colombo erhalten. Die diplomatischen Beziehungen zu Israel wurden während der Amtszeit von Frau Bandaranaike 1970 abgebrochen.
Die geplanten Maßnahmen haben nicht nur innerhalb der Bevölkerung — ganz besonders bei den Moslems — zu starken Protesten geführt; vielmehr scheint die Regierung des Landes von der bisher propagierten politischen Lösung des sogenannten Sinhalesen/Tamilen-Konfliktes zu einer forcierten militärischen Strategie der „Ausrottung"[2] tamilischer Untergrundbewegungen überzugehen. Nichts anderes wird Aufgabe der israelischen Berater sein: Aufbau einer Anti-Terroristen-Truppe innerhalb des Militärs mit dem Ziel der Zerschlagung von Untergrundbewegungen, die sich während der letzten Jahre aufgrund der Diskriminierung der tamilischen Bevölkerung durch die von Sinhalesen dominierte Regierung des Landes gebildet haben[3].
Die schwerste Krise in den post-kolonialen Geschichte des Landes durchzieht mittlerweile alle gesellschaftlichen Schichten und beeinflußt das Verhältnis zwischen den verschiedenen ethno-religiösen Gruppen. Durch die neuen Pläne der Regierung könnte sich die Situation sowohl innenpolitisch als auch außenpolitisch weiter zuspitzen.



Dramatische Verschlechterungen

Die dramatischen Verschlechterungen der letzten Jahrzehnte im Verhältnis der ethnischen Gruppen zueinander haben in jüngster Zeit zu immer wiederkehrenden Ausschreitungen gegen die tamilische Bevölkerung des Landes geführt und kulminierten in den Unruhen des vergangenen Jahres, bei denen Hunderte von Tamilen Opfer sinhalesischer Mobs wurden.[4]
Vor allem diese Ausschreitungen haben die ohnehin schon instabile politische und wirtschafliche Lage verschärft. Ihr Resultat ist die derzeitige Atmosphäre im Land, die von Feindseligkeiten zwischen Sinhalesen und Tamilen gekennzeichnet ist.

Allparteienkonferenz

Es scheint, als seien viele der sinhalesischen Teilnehmer der von Präsident Jayawardene einberufenen Allparteienkonferenz, die zu einer Lösung der ethnisch bedingten Probleme beitragen soll, nicht gewillt, notwendige Konzessionen an die tamilische Seite zu machen. Nur durch rationale Entscheidungen könnte eine weitere Eskalation im Verhältnis der beiden Volksgruppen zueinander aufgehalten werden. Die Konferenz scheint jedoch in einer von Emotionen überlagerten Atmosphäre stattzufinden, bei der die „Politik der Vernunft" eine zweitrangige Rolle spielt.

Militärische Lösung?

Zwischenzeitlich setzten sich außerhalb der Konferenzhalle die ethnischen Spannungen fort. Im Norden und Osten haben sich während der letzten Monate die Aktionen militanter Untergrundorganisationen erneut verstärkt, die die Allparteienkonferenz bereits als „Augenwischerei" verurteilten. Die Antwort der Sicherheitskräfte des Landes auf diese Aktionen war im März und April 84 eine groß angelegte Offensive auf „Terroristen" im Norden, bei der ca. 100 Zivilisten getötet wurden. (Dazu liegt eine umfangreiche Dokumentation des Südasienbüros vor). Diese Offensive hat zum einen die Annahme verstärkt, die Regierung ziehe eine militärische Lösung einer politischen vor; zum anderen hat sie zur weiteren Verbitterung der tamilischen Zivilbevölkerung des Nordens geführt.
Eine zivile Administration für die Gebiete des Nordens und Ostens ist zumindest im Norden kaum mehr existent. In der Vergangenheit wurde sie schrittweise durch eine von Militärs kontrollierte Verwaltung ersetzt. Diese Zustände haben sich verschlimmert durch die „Verbannung" der Parlamentsabgeordneten der Tamil United Liberation Front aus dem Parlament in Colombo. Sie waren nicht bereit, den vorgeschriebenen Eid auf den Einheitsstaat zu leisten und mußten deshalb ihr Mandat niederlegen. Dadurch ist quasi die gesamte Bevölkerung des Nordens sowie Teile der Bevölkerung des Ostens ohne Repräsentation im Parlament. Neuwahlen für die freigewordenen Sitze sind bisher noch nicht absehbar. Dieses Faktum hat zu wachsender Entfremdung der tamilischen Minderheit von Sinhalesen und der von Sinhalesen dominierten Regierung geführt.

Probleme nicht nur für Tamilen

Aber auch in den übrigen Landesteilen breitet sich innerhalb der sinhalesischen Bevölkerung verstärkter Unmut über die Regierung aus. Verletztungen von Menschenrechten wie Folter in Gefängnissen, Verbot von politischen Parteien und die schrittweise Einschränkung der Pressefreiheit sind an der Tagesordnung. Die Sicherheitskräfte versuchen mit ungesetzlichen Mitteln die wachsende Unzufriedenheit auch innerhalb der Sinhalesen in Grenzen zu halten. Während kritische Tamilen sofort dem Sympatisantenkreis tamilischer



Untergrundbewegungen zugerechnet werden, tut sich die Regierung nicht schwer, kritische Sinhalesen durch Schlagworte wie Kommunisten, Landesverärter oder Freunde Indiens zu diffamieren. Mehr und mehr Sinhalesen scheinen heute erkannt zu haben, daß die regierende United National Party von den brennenden wirtschaftlichen Problemen des Landes zumindest solange ablenken kann, wie der ethnische Konflikt und die allgemeine Terroristenhatz ein willkommenes Ablaßventil für verstärkten Unmut darstellen.
Nicht wenige Sinhalesen, die überwiegend der städtischen Intelligenz zuzurechnen sind, begeben sich mit ihren Aktionen mehr und mehr auf Konfrontationskurs zur Regierung.
Es wäre deshalb auch falsch, alle Sinhalesen als potentielle Rassisten zu bezeichnen. Weite Teile der sinhalesischen Bevölkerung sind in der post-kolonialen Phase des Landes Opfer der Manipulationspolitik verschiedener Regierungen geworden. Mit anti-tamilischen Slogans und und einer teilweise gegen Tamilen gerichteten Politik trugen sie zu einer permanenten Verschlechterung und Eskalierung im Verhältnis der beiden Bevölkerungsgruppen zueinander bei.

Ethnisches Bewußtsein über Nationalbewußtsein

Mit dieser Politik wurde auch das Entstehen eines Nationalbewußtseins verhindert. Noch heute definieren sich die Bewohner Sri Lankas nicht als „Ceylonesen" oder „Srilankaner", vielmehr ist man „Sinhalese" oder „Srilankaner", vielmehr ist man „Sinhalese" oder „Tamile". Abgesehen von einer kleinen städtischen Elite, die auch in den 30er und 40er Jahren Sri Lankas Unabhängigkeitsbewegung anführte, wurden in der Vergangenheit zu wenig Anstrengungen unternommen, ethnisches durch ceylonesischen Nationalbewußtsein, das alle Volksgruppen einschließen konnte, zu ersetzen.

Geopolitische Faktoren

Die Verschlecherung der Beziehungen zwischen Sinhalesen und Tamilen hat während der letzten Jahre nicht nur innenpolitischen Konsequenzen gehabt. Die Eskalierung der Situation hat aufgrund der geografischen Lage des Landes zur Verschlechterung der Beziehungen zwischen Sri Lanka und dem benachbarten Indien sowie zu verstärktem Interesse der Großmächte, speziell der Amerikaner, an Sri Lanka geführt. Die Präsenz des indischen Bundesstaates Tamil Nadu, nur durch wenige Seemeilen von der Insel getrennt, mit seinen über 50 Mio. Tamilen, hat die Komplexität der Probleme Sri Lankas verschärft. Die führenden Köpfe der tamilischen Untergrundbewegungen in Sri Lanka koordinieren ihre Aktionen auf der Insel von Madras, der Hauptstadt Tamil Nadus. Zeitungsberichten in Sri Lanka zufolge ist Tamil Nadu mittlerweile zu einem „Himmel für Terroristen aus Sri Lanka"[5] avanciert. Weiterhin haben nach den Unruhen des letzten Jahres über 30.000[6] tamilische Zivilisten im benachbarten Südindien Schutz vor sinhalesischen Mobs gefunden. Die Sympathie der Regierung von Tamil Nadu mit in Sri Lanka gesuchten Untergrundkämpfern als auch mit der tamilischen Zivilbevölkerung ist Premier Premadasa und anderen lankanischen Regierungsvertretern schon lange ein Dorn im Auge. Hinzu kommen ihre — wohl unbegründeten — Ängste vor einer militärischen Intervention Indiens zum Schutz der tamilischen Bevölkerung der Insel. Worttiraden von Premier Premadasa innerhalb und außerhalb des Parlaments in Colombo Ende Mai hatten denn auch den Beigeschmack einer offenen Kriegserklärung des kleinen Sri Lankas an Indien: „Indien soll nicht Katz und Maus mit uns spielen, sondern offen sagen, ob es Ambitionen hat, Truppen nach Sri Lanka zu entsenden ... In diesem Fall werde ich und mit mir das gesamt sinhalesische Volk kämpfen und lieber sterben, als unter der Knute Indiens zu stehen."[7] Oppositionspolitikern, wovon es nicht mehr viele im Parlament gibt, warf er vor, Handlanger Indiens zu sein und die Gefahren, die von Indien und speziell dem Bundesstaat Tamil Nadu ausgingen, nicht zu erkennen oder erkennen zu wollen.[8] Die Worte Premadasas, der von außerparlamentarischen Kräften des Landes als einer der Drahtzieher der Unruhen des letzen Jahres beschuldigt wird, haben das Verhältnis zwischen Delhi/Madras und Colombo weiter verschlechtert. Die Regierungen in New Delhi und Madras haben bereits verkündet, solange die Auslieferung srilankanischer Untergrundführer zu verhindern, bis das Massaker an 53 tamilischen Gefangenen des letzten Jahres im Gefängnis von Welikada nicht durch eine unabhängige Kommission geprüft und untersucht sei.

Supermächte

Allem Anschein nach hat die amerikanische Regierung während der letzten Jahre verstärktes Interesse an Sri Lanka und seinen Problemen gezeigt. Ihr ist wohl daran gelegen, indischen, aber auch sowjetischen Einfluß zu minimieren. Massive Wirtschaftshilfe der Amerikaner und der durch sie beeinflußten Institutionen wie Weltbank

und Internationaler Währungsfonds scheinen Sri Lanka mehr und mehr zu einem amerikanischen Satelliten zu machen. Darüber täuschen auch die ständigen Erklärungen von Präsident J. R. Jayawardene, der sich Mitte Juni zu einem mehrtägigen Besuch in Washington aufhielt, Sri Lanka sei weiterhin an seiner Blockfreiheit interessiert, nicht hinweg. Die Annäherung an die USA ist offensichtlich. Amerikanische Berater stehen bereits seit einiger Zeit unter Vertrag und sind in der militärischen Ausbildung tätig; der unter der Regierung von Frau Bandaranaike ausgewiesene Peace Corps hat seine Arbeit unter Jayawardenes Regierung wieder aufgenommen und bildet derzeit angeblich Englischlehrer aus. Die riesigen Tankanlagen, die die Briten nach dem 2. Weltkrieg an der Ostküste des Landes hinterlassen haben sowie der Hafen von Trincomalee für „rest and recreation facilities" der amerikanischen Marine sind auf großes Interesse der Amerikaner gestoßen. Obwohl die Regierung Sri Lankas die Tankanlagen an ein Firmenkonsortium aus der Schweiz, der Bundesrepublik und Singapore zur ausschließlich kommerziellen Nutzung vergeben hat, munkelt man von amerikanischen Einfluß durch das Firmenkonsortium. Es könnte ein erster Schritt zur Vergabe des Hafens von Trincomalee an die Amerikaner sein.

Die Pläne der Regierung, innerhalb der amerikanischen Botschaft in Colombo eine israelische Interessensvertretung einzurichten, haben Anfang Juni nicht nur innerhalb der moslemischen Bevölkerung der Insel zu Empörung geführt. Zwischen dem 10. und 12. Juni kam es im überweigend von Moslems bewohnten Südosten des Landes zu Ausschreitungen zwischen Militär und demonstrierenden Moslems, die ca. 8 % der Bevölkerung ausmachen. Trotz der sich verstärkenden Opposition bezüglich der neuen Pläne der Regierung scheint es zu keiner Revidierung zu kommen. „Wir werden zu unserer Entscheidung stehen. Oppositionelle innerhalb unserer Partei (United National Party) sollen freiwillig ihren Hut nehmen, da sie ansonsten aus der Partei ausgeschlossen werden", verkündete Präsident Jayawardene.[9] Gleichzeitig verbot er der kritischen Presse die Berichterstattung über den „Fall Israel"[10]. Die Pläne der Regierung werden nicht nur innenpolitisch zu einer Eskalierung führen. Außenpolitisch können sie die Verschlechterung der Beziehung zwischen Sri Lanka und den islamischen Staaten herbeiführen, auch wenn Präsident Jayawardene seine Entscheidung „zum Wohl des sinhalesischen Volkes und zu seinem Überleben"[11] getroffen hat. Das Wohl der tamilischen Minderheit, die in den letzten Jahren durch Aktionen der Regierung und des Militärs, die gegen die Zivilbevölkerung gerichtet waren zumindest Sympathie für die tamilischen Militanten gezeigt hat, scheint den Präsidenten nicht mehr zu interessieren.

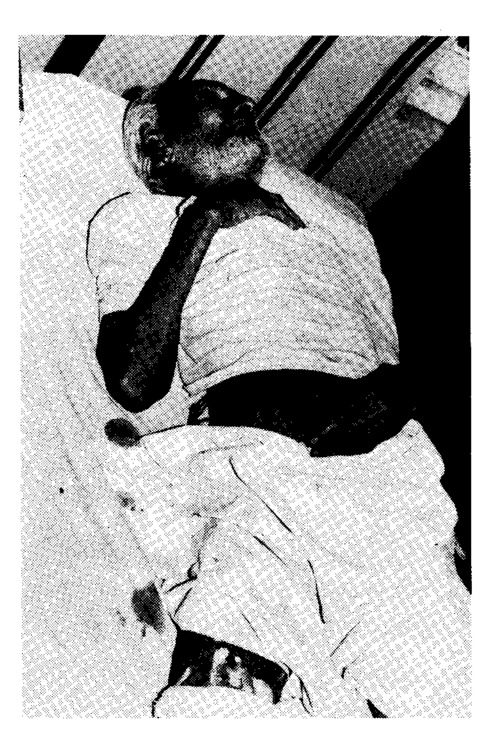
Der Protest der islamischen Staaten an der Errichtung einer Interessensvertretung der Israelis, bisher von einigen Ländern nur verbal geäußert (z. B. Lybien), könnte für Sri Lanka schnell in die wirtschafliche Katastrophe führen. Von den Exporterlösen für Tee, dem weiterhin wichtigsten Rohstoff des Landes, kommen mittlerweile über 50 % (Gesamterlöse 1983 ca. 1 Mrd. DM) aus den Ländern des Mittleren Ostens, die in den letzen Jahren an die Spitze der Teeverbraucher gerückt sind. Länder wie Saudi-Arabien, Dubai, Kuwait oder Irak beschäftigen derzeit ca. 300.000 Arbeitskräfte aus Sri Lanka, die mit ihren Überweisungen an Familienangehörige nicht nur zum Ausgleich der heimischen Leistungs- und Zahlungsbilanz sorgen, sondern außerdem zur Verringerung des Arbeitslosenproblems im Land beitragen.

Befürchtungen, daß sich durch den „Fall Israel" wirtschaftliche Nachteile für das Land ergeben könnten, werden nahezu von allen Oppositionspolitikern des Landes geäußert. Speziell die ehemalige Premierministerin, Bandaranaike, die 1970 für die Schließung der israelischen Botschaft verantwortlich und die Initiatorin für eine Annäherung an die arabischen Staaten war, warnt die Regierung: „Die arabischen Staaten sind unsere wichtigsten Öllieferanten ... sie sind die Hauptabnehmer unseres Tees ... und wegen unserer pro-arabischen Politik konnten tausende Jugendliche Arbeit im Mittleren Osten finde." (Lanka Guardian, v. 1. 6. 84) Der Boykott von Tee aus Sri Lanka durch die islamischen Staaten sowie die Rücksendung von Arbeitskräften würde der Regierung in Colombo das Genick brechen.

Politische Lösung in weiter Ferne

Wegen der innen- und außenpolitischen Dimensionen ist die Lösung des ethnischen Konfliktes von äußerster Wichtigkeit. Vorschläge, die zur Konsolidierung des Einheitsstaates und zur Verbesserung des Verhältnisses zwischen Sinhalesen und Tamilen führen könnten, liegen bereits seit längerem auf dem Tisch. Die einzige Möglichkeit zur Abwendung eines unabhängigen Tamilenstaates, der wahrscheinlich die Region weiter destabilisieren würde, sehen viele in der Schaffung eines föderativen Staates mit Verteilung der Macht vom Zentrum auf die Provinzen. Die Schaffung von Bundesstaaten hätte nicht nur für die tamilische Minderheit Vorteile. Große Teile der sinhalesischen Bevölkerung, die trotz der Ernennung von sogenannten Distriktministern fast ausschließlich von Entscheidungen der Regierung in Colombo abhängig sind und mit ihr fast alle sinhalesischen Regierungsmitglieder sowie der Klerus sehen sehen in einer Föderation einen ersten Schritt zu einem tamilischen Staat (Eelam). Auf der anderen Seite könnte nichts weniger als diese Föderation innerhalb der tamilischen Bevölkerung dazu führen, die Forderungen nach Unabhängigkeit zu revidieren. Es scheint allerdings, als habe die militärische Lösung des Konfliktes derzeit Priorität innerhalb der Regierung. Sri Lanka hat alle Chancen, zu einem permanenten Konfliktherd im indischen Ozean und zu einem Spielball der Großmächte zu werden.

(Südasienbüro, W. K.)



Alter Mann (Tamile), der bei den Militärübergriffen im März/April 1984 erschossen wurde. *Foto: SAB*

Anmerkungen:

1) Parlamentsdebatte am 24. 5. 84, aus: Hansard Parlamentsprotokolle v. 24. 5. 84
2) Terminologie des Industrieministers Cyril Mathew
3) Island, 10. 6. 84
4) siehe Südasienbüro Dokumentation
5) SUN, 21. 6. 84
6) Daily News, 6. 6. 84
7) Parlamentsdebatte vom 24. 5. 84, a. a. O.
8) ebenda
9) Island, 10. 6. 84
10) UNP-Exekutive Treffen, 9. 6. 84: Ein Land kann auch ohne die Presse auskommen ..." in: Island v. 10. 6. 84
11) ebenda, aus: Sunday Times, 10. 6. 84

NACHRICHTEN UND BERICHTE ZU: Osttimor

Osttimoresische Flüchtlinge in Bonn

Taube Ohren im Auswärtigen Amt für die grundlegenden Menschen- und Völkerrechte

„Glauben Sie mir, wir nehmen am Schicksal des Volkes von Osttimor Anteil". Mit diesen Worten verabschiedete Freiherr Berthold von Pfetten, Referatsleiter für Süd- und Südostasien im Auswärtigen Amt, nach einem knapp zweistündigen Gespräch eine Delegation osttimoresischer Flüchtlinge. Die Timoresen hielten sich bis Anfang Juli auf Einladung der Gesellschaft für bedrohte Völker, Göttingen, sowie der Internationalen Liga für Menschenrechte, Berlin, zu Gesprächen in Bonn und Stuttgart auf, um auf die noch immer katastrophalen Situation in ihrer Heimat aufmerksam zu machen.

Die derzeitige Lage in Osttimor

Im Dezember 1975 überfielen indonesische Truppen die ehemalige portugiesische Kolonie nur neun Tage nach der Ausrufung der „Demokratischen Republik Osttimor" durch die Unabhängigkeitsbewegung FRETILIN. Den massiven Widerstand der Bevölkerung versuchten die Besatzer mit militärischem Terror sowie einer Hungerblockade zu brechen. Laut kirchlichen Schätzungen fielen diesen Maßnahmen bis 1980 mindestens 200.000 der ehemals knapp 800.000 Bewohner der Insel zum Opfer.

Nach einer leichten Verbesserung der Situation durch verschiedene Hilfsmaßnahmen des Internationalen Roten Kreuzes sowie einem Waffenstillstandsabkommen zwischen Indonesien und der FRETILIN vom Frühjahr 1983 hat sich seit August 1983 aufgrund einer neuen indonesischen Offensive die Lage für die Bevölkerung drastisch verschlechtert. Hunger sowie die totale Willkür der Besatzungssoldaten sollen das osttimoresische Volk endgültig in die Knie zwingen.

Seit Mitte Juni 1984 bleibt sogar der Vertreter des Internationalen Roten Kreuzes der in der Djakarta sitzt, ausgesperrt. Niemand darf die Insel betreten; selbst den lang geplanten Besuch des australischen Botschafters setzen die Militärs kurzfristig ab. Indonesien duldet keine Zeugen bei der Vernichtung des Volkes.

Allein diejenigen, die Indonesien wirtschaftlich und militärisch zur Seite stehen, wären in der Lage, das Völkermordprogramm zu stoppen, die Westmächte, insbesondere Australien, die USA sowie die EG.

Unterstützung durch die Parteien

Bei den Gesprächen mit den Bonner Politikern stand darum die Bitte im Vordergrund, auf die indonesische Regierung einzuwirken, um humanitäre Projekte zu ermöglichen. Kirchliche und private Hilfsorganisationen haben ihre Bereitschaft für Projekte in Osttimor mehrfach bekundet, an Geld mangelt es ebenfalls nicht; niemand darf jedoch auf die Insel. Daneben sollen die Westmächte Indonesien zu Verhandlungen über Osttimor bewegen. Als Alternative zu einer militärischen Lösung bietet sich der Friedensplan der FRETILIN an, der folgende Schritt vorsieht: Verhandlungen zwischen Portugal, Indonesien, der FRETILIN sowie Australien als Beobachter unter Kontrolle der UNO. Abzug der indonesischen Truppen und Entsendung einer UNO-Friedenstruppe. Freie und geheime Wahlen. Übergabe der Staatsgewalt an die vom Volk gewählte Regierung.

Indonesien wird sich ohne Einfluß von außen vermutlich nicht erneut an den Verhandlungstisch setzen. Eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines souveränen Staates, ein heiliges Tabu der Westmächte, um Menschenrechtsverletzung hinzunehmen, läge im Fall Osttimor nicht vor. Denn nach dem Völkerrecht sowie der Version der Bundesregierung gilt die Insel noch immer als portugiesische Überseeprovinz.

Die Gespräche mit den Politikern verliefen zufriedenstellend. Alle im Bundestag vertretenen Parteien wollen sich zumindest für eine Wiederaufnahme der humanitären Hilfe einsetzen; die Oppositionsparteien, insbesondere die SPD, versprachen, Osttimor mehr als bisher zum Schwerpunkt ihrer Arbeit zu machen, sich bei künftigen Besuchen offizieller bundesdeutscher Delegationen in Indonesien für einen Aufenthalt in Osttimor einzusetzen und durch Parlamentarierinitiativen auf das Auswärtige Amt einzuwirken, das Selbstbestimmungsrecht Osttimor gegenüber Indonesien stärker als bisher zu vertreten.

Der menschenverachtende Zynismus des Auswärtigen Amtes

Aus demselben Grund sprachen die osttimoresischen Flüchtlinge beim Referatsleiter für Süd- und Südostasien, Freiherr von Pfetten, vor. Nach dem Gespräch hatten sie eine Lektion über Osttimor erhalten, die alle Befürchtungen weit übertraf. Im Weltbild des Auswärtigen Amtes stellt sich das Problem Osttimor folgendermaßen dar:

Die Schuld an der Hungersnot trägt nicht etwa die indonesische Armee mit ihrer Blockade und Verweigerung jeglicher Hilfeleistungen; nein, der Hunger hat „natürliche" Ursachen. Es ist zu heiß und trocken in Osttimor. Der Einwurf von Korinna Horta, einer Deutschen, die von 1972-1975 auf Osttimor gelebt hat und seit 1975 timoresische Flüchtlinge in Portugal betreut, auf der Insel habe es früher zwar Ernährungsengpässe gegeben, nie sei jedoch jemand verhungert, konnte Berthold von Pfetten nicht beeindrucken. Was gelten schon Fakten gegen die rechte Meinung?

Die Verantwortung für die derzeitige brutale Militäroffensive tragen nicht etwa die indonesischen Militärs, sondern sie liegt bei der FRETILIN selbst. Die habe nämlich am 16. August während des Waffenstillstands eine indonesische Einheit überfallen und damit das Wiederaufflammen der Kämpfe verursacht. Daß an dieser Version nicht mehr stimmt als an der Hungerversion, muß einen Referatsleiter des Auswärtigen Amtes nicht weiter stören, solange sie nur mit der politischen Linie der Bundesregierung übereinstimmt. Zu den Fakten: Die neue indonesische Repressionswelle begann spätestens am 8. August 1983, also eine Woche vor dem angeblichen Überfall; das dokumentiert das Oberhaupt der Kirche von Osttimor, Monsignore Belo, der in einem aus der Insel herausgeschmuggelten Brief vom 18. Februar 1984 an seinen Vorgänger, Costa Lopes, schreibt: „Wie Sie wissen hat sich die Situation seit dem 8. August verschlechtert."

Bereits in den Wochen zuvor hatten indonesische Soldaten unter Bruch der Vereinbarungen FRETILIN-Angehörige „verschwinden" lassen, Unterkünfte ausspioniert und weiterhin Frauen und Mädchen vergewaltigt. Wehren sich die Opfer, tragen sie die Schuld an der Repression.

Die Parallelen zur Nazilogik liegen auf der Hand. Für die Vernichtung des Warschauer Ghettos trägt nicht die SS die Verantwortung, sondern die Juden, die sich gegen die

SS aufgelehnt haben.
Die Frage warum die Bundesregierung in der UNO nicht wie im Fall Afghanistan für das Selbstbestimmungsrecht der überfallenen Volkes eintritt, beantwortete Herrn von Pfetten zuerst mit dem Hinweis auf Australien, das sogar offen für Indonesien stimme, während die Bundesregierung sich immerhin enthalte. Auf die Entgegnung, der Opportunismus anderer sei wohl kein Argument für den eigenen, erklärte er, die Enthaltung sei das Ergebnis einer gemeinsamen Abstimmung in der EG. Auch diese Begründung konnte nicht recht überzeugen, denn Griechenland als Miglied der EG stimmt für das Selbstbestimmungsrecht Osttimors. So wurde die Argumentation immer merkwürdiger; Griechenland sehe alles nur unter dem Aspekt der Zysonstigen Stellungnahmen auf die Gesprächspartner eher zynisch klingen mußte.
Schließlich warf er noch ein paar besorgte Fragen auf. Ob es für die Osttimoresen sinnvoll sei, auf „Maximalforderungen" wie der Unabhängigkeit zu beharren? Ob es nicht ungeschickt sei zu fordern, die FRETILIN solle an den Verhandlungen teilnehmen? Das stelle doch eine Provokation für Indonesien dar.
Abgesehen von der Tatsache, daß heute keine andere Partei mehr existiert und selbst die Kirche sich zur FRETILIN bekennt, bleibt die Frage, ob Herrn von Pfetten bereits der Gedanke gekommen ist, für die Vertreter des osttimoresischen Volkes könnten Verhandlungen mit denen, die ein Drittel ihres Volkes vernichtet haben, ebenwegen? Sollte der Referatsleiter für Süd- und Südostasien nachher sagen, ja wenn das so schlimm ist, dann wird es wohl Zeit, unsere Politik zu ändern und für Menschenrechte und Selbstbestimmung einzutreten?
Die ohnmächtige Wut im Bauch, mit der wir alle das Auswärtige Amt verlassen haben, bewies, daß wir mit einer derartigen Lektion in zynischer Machtpolitik nicht gerechnet hatten. Was bleibt als Fazit? Kaum mehr als die Bestätigung der ohnehin bekannten Tatsache, wonach bundesdeutsche Regierungsvertreter in den Fällen, in denen das Eintreten für die Menschenrechte nicht opportun erscheint, das heißt, befreundete Staaten die Menschenrechtsverletzungen begehen, nur unter massivem öffentlichem Druck handeln. Diesen öffentlichen Druck


FRETILIN-Freiheitskämpfer

pernfrage.
Möglicherweise wollte Herr von Pfetten damit sagen, nur Staaten die selbst eine Invasion mittelbar oder unmittelbar erlebt haben (wie die Griechen die der türkischen Armee auf Zypern) entwickeln eine besondere Sensibilität für das Selbstbestimmungsrecht der Völker. Ob ihm bewußt war, daß dies kein besonderes Kompliment für die bundesdeutsche Außenpolitik bedeutet?
Sich gegenüber Indonesien für Hilfsmaßnahem einzusetzen, wollte Herr von Pfetten auch nicht versprechen. Bei der Stärke Indonesiens sei es nicht möglich, Einfluß auf die Regierung auszuüben. Die Militär- und Wirtschaftshilfe darf offensichtlich nicht zu einem Hebel benutzt werden, um Menschenrechte durchzusetzen — außer vielleicht im Fall von Nicaragua.
Pfettens „Einsatz" für Osttimor bestand darin, hin und wieder zu beteuern, wie sehr ihm das Leiden des osttimoresischen Volkes am Herzen liegt, was angesichts seiner falls eine Provokation sein? Die FRETILIN will sich trotzdem mit Indonesien an einen Tisch setzen.

Perspektiven der Osttimor-Arbeit

Zum Schluß seien ein paar kritische, in diesem Fall selbstkritische Aspekte an dem Besuch im Auswärtigen Amt nicht verschwiegen.
Was hatten wir eigentlich von denen erwartet, die durch ihre umfangreichen Waffenlieferungen an die Massenmörder ihren zwar indirekten, aber durchaus offensichtlichen Beitrag zum Massenmord leisten? Haben wir uns wirklich der Illusion hingegeben, der Bericht zweier Augenzeugen von Greueltaten, die zu den schlimmsten seit Auschwitz und Dachau gehören, würde irgendjemand von denen, deren Aufgabe es ist, die Greueltaten aus machtpolitischen Gründen relativieren, zum Umdenken behat es im Fall Osttimor nie gegeben, obwohl das Ausmaß der Verbrechen die Massenmorde in El Salvador und Guatemala einerseits sowie die sowjetischen Kriegsverbrechen in Äthiopien und Afghanistan andererseits in den Schatten stellt. Auch für die Solidaritätsbewegung war Osttimor nie ein Thema.
Die Gesellschaft für bedrohte Völker wird in den nächsten Monaten gemeinsam mit der Internationalen Liga für Menschenrechte alle Anstrengungen unternehmen, das Schweigen über Osttimor in der Bundesrepublik zu brechen.
Klemens Ludwig



Wahlen in Ägypten

Vier Schritte vor, drei zurück

Am 27. Mai 1984 waren rund 27 Millionen wahlberechtigte Ägypter dazu aufgerufen, die Mitglieder eines neuen Parlaments (arab.: Maglis as-Shaab) zu wählen.
Dieses Ereignis wurde in den westlichen Medien als erste „relativ freie Wahlen" seit über 30 Jahren gefeiert, ähnlich wie man sich vor fünf Jahren für die erste offizielle ägyptische Mehrparteien-Wahl seit der Juli-Revolution von 1952 begeisterte.

Auf den ersten Blick, bei dem zahlreiche — vermeintliche wohlinformierte — Beobachter nur allzuleicht verweilen, scheint so die von Sadat initierte Öffnung des Systems hin zu mehr politischer Partizipation der Massen und hin zu größerer Toleranz gegenüber regierungskritischen Gruppen durch dessen Nachfolger im Prädidentenamt, Hosni Mubarak nicht nur fortgeführt, sondern sogar ausgebaut worden zu sein.

Das Wahlergebnis bestätigte die überwältigende parlamentarische Mehrheit (diesmal 72,9 Prozent aller abgegebenen Stimmen und 390 von 448 Sitzen der regierungstreuen National Demokratischen Partei (Hizb l-Watani al-Demokrati, NDP), die sich auch bei den Wahlen des Jahres 1979 bereits 350 von damals 392 möglichen Mandaten gesichert hatte. Neu allerdings ist eine Konstellation im ägyptischen Parlament, in der sich die NDP mit der Neo-Wafd-Partei (hiz al-Wafd al-Ġadid) nur noch einer Oppositionspartei gegenüber sieht, während die drei bisher im Maglis as-Shaab vertretenen Gruppierungen, darunter zwei nach traditionellem Verständnis als progressiv-links zu bezeichnende Parteien unter anderem, aber nicht ausschließlich, an einer per Verfassungsänderung eingführten 8-Prozent-Klausel scheiterten.

Getreu der Erkenntnis, daß Wahlergebnisse wenig aussagen, wenn man nicht weiß, was die Umstände waren, unter denen sie zustande ge kommen sind, geht es im folgenden vor allem um zwei Dinge : Zum einen sollnen, um Formulierungen wie „relativ freie Wahlen" zur Diskussion zu stellen. Zum anderen geht es um eine Einschätzung des Gewichts und der Rolle, die der ägyptischen Volksvertretung im Zusammenspiel aller sozialer und politischer Kräfte des Landes gegenwärtig zufällt.

Zur aktuellen sozio-ökonomischen Situation

Die Bevölkerung der Arabischen Republik Ägypten, die im Jahr 1984 auf 46 Millionen geschätzt wird, erhöht sich alle zehn Monate um eine weitere Million Menschen[1]. Dies entspricht einem jährlichen Bevölkerungswachstum von 3 Prozent und ist somit eins der höchsten der Welt. Ägypten ist das volksreichste Land der arabischen Region und wird innerhalb Afrikas nur noch von Nigeria übertroffen. Bei einer gleichbleibenden Wachstumsrate ist damit zu rechnen, daß im Jahre 2000 sechzig Millionen Ägypter Niltal und —delta sowie die wenigen übrigen, vom Menschen nutzbaren Zonen des Landes bevölkern werden.

Um soviele Menschen jedoch ernähren zu können, müßte in den nächsten 16 Jahren die Fläche von gegenwärtig 2,5 Millionen Hektar agrarisch nutzbarem Land verdoppelt werden. Tatsache aber ist, daß Ägypten derzeit pro Jahr 8000 Hektar wertvollen Landes verliert. Schuld daran ist nicht nur die ungebremste Urbanisierung. Es mangelt auch an Ressourcen und Kompetenz, um den Boden zu pflegen, der gerade erst der Wüste abgerungen worden ist.

Die von Sadat initiierte Wirtschaftspolitik der 'Offenen Tür' (arab.: Infitah) hat bei der Nahrungsmittelproduktion zu einer Situation geführt, in der der ehemalige Getreideexporteur Ägypten bereits 1982 fünfzig Prozent aller benötigten Nahrungsmittel im Ausland kaufen mußte.
Infitah war seinerzeit die ökonomische Seite jener außenpolitischen Entwicklung, in der sich Ägypten von der Sowjetunion und der Bewegung der Blockfreien abwandte, um sich kurze Zeit später in der Abhängigkeit vom Westen, insbesondere von den USA, wiederzufinden. Die Politik der ‚Offenen Tür' sollte ausländisches Kapital anlocken, Arbeitsplätze schaffen und die sich selbst lähmende staatliche Superbürokratie auf Vordermann bringen.

Nichts von dem ist bisher auch nur annähernd erreicht worden. In Ägypten tummeln sich heute Spekulanten und Profiteure, die alle auf schnelle Gewinne aus sind und nicht im Traume daran denken, ihr Kapital wirklich produktiv einzusetzen. Frustiert, da ohne Aussicht auf angemessene Bezahlung oder halbwegs vernüftige Arbeitsmöglichkeiten, verlassen qualifizierte Ägypter ihr Land scharenweise, um sonstwo in der arabischen Welt viel Geld zu verdienen.

Das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen in Ägypten beläuft sich gegenwärtig auf etwa 400 US-Dollar im Jahr, eine Zahl die wenig aussagt, außer man stellt sie in Relation zu jenen 200.000 Millionärsfamilien — den 'Fat Cats' — die sich 85 Prozent der privaten Güter, Ländereien und finanziellen Resourcen teilen. Dem Rest von 43 Millionen bleiben fünfzehn Prozent von allem.[2]

Das Stadt-Land-Gefälle ist in Ägypten ähnlich drastisch wie sonstwo in der Dritten Welt. Während der Fellache und seine Familie allzuoft noch ohne solch urbanen Selbstverständlichkeiten wie ausreichende Krankenfürsorge, öffentliche Verkehrsmittel und menschenwürdige sanitäre Anlagen auskommen müssen, bedeutet dies umgekehrt jedoch nicht, daß in Kairo oder Alexandria für die Masse der Bevölkerung die Dinge wesentlich besser stehen.

In keiner größeren Stadt Ägyptens gibt es genügend öffentliche Verkehrsmittel. Die wenigen Busse sind stets überfüllt, Taxis sind den meisten zu teuer und U-Bahnen sind erst im Bau — (Kairo) oder im Planungsstadium (Alexandria).

42 Prozent der Bewohner Kairos leben in Blechhütten, zu mehreren in Einzimmerwohnungen, in Rohbauten, auf den Dächern, in den Straßen oder gar auf den Friedhöfen.
Jedem Besucher der Stadt fallen die zahlreichen Bauruinen auf. Sie zeugen davon, daß es ein genauso hyperaktives wie korruptes Baugewerbe gibt. Anscheinend kann man es sich leisten, ganze Komplexe mit hunderten von Wohnungen jahrelang unvollendet leerstehen zu lassen und dies wohlgemerkt in einer Stadt, in der die Mieten und Immobilienpreise zu den höchsten der Welt zählen.



Bauruinen neben Blech- und Papphütten. Die Wohnungsnot in den ägyptischen Metropolen ist immens.
Foto: Hans-Jürgen-Koch

Auch die Lebensader des Landes, der Nil, der in Kairo nahezu symbolisch die zumeist ärmeren Viertel der Stadt unterhalb der Mokattamberge auf der einen Flußseite von den reicheren Stadtteilen auf den Nilinseln und auf der anderen Flußseite trennt, gibt wieder Anlaß zur Sorge.
Jetzt erst, 20 Jahre nach der Vollendung des Assuanstaudammes, werden nämlich die Konsequenzen der Nielregulierung durch dieses Prestigeobjekt Nassers in ihrer niederschmetternden Tragweite spürbar.
Während durch extensivste Bewässerung in manchen Regionen Oberägyptens ein gestiegener Grundwasserspiegel zumeist negative Folgen wie Versalzung des Bodens und Zerstörung der Bausubstanz (Karnak-Tempel!) mit sich bringt, bleibt entlang des gesamten Flusses der fruchtbare Schlamm durch Überschwemmungen aus; jener Schlamm, mit dem die Fellachen über Jahrtausende hinweg ihre Felder düngten oder aber Ziegel zum Hausbau brannten.
Im Delta arbeitet sich das Mittelmeer gegen die 'geschwächten' Nilarme vor und frißt sich buchstäblich pro Jahr um fast 100 Meter in fruchtbares Land ein, das damit unwiderruflich verloren scheint.
Erst in jüngster Zeit beginnt man sich seitens staatlicher Stellen ernsthaft Gedanken über die zahlreichen Probleme zu machen, die sich als genauso unerwartete wie unmittelbare Konsequenzen des Assuandammbaus abzeichnen.
Immerhin garantiert der Damm eine ausreichende Stromversorgung, was allerdings neben Energie für Licht und Maschinen den zweifelhaften Fortschritt mit sich gebracht hat, daß man nun auch im letzten Dorf per Fernseher miterleben kann, was 'draußen' in der Welt passiert, wovor man also geschützt, wovon man aber auch gleichzeitig ausgeschlossen ist.
Zieht man einen Vergleich zu jener Zeit, in der das Land sich quasi im permanenten Kriegszustand mit Israel befand, so ergibt sich für das Ägypten der Gegenwart ein in vielerei Hinsicht verändertes Bild. Die Wirtschaftspolitik der 'Offenen Tür' hat zwar das Konsumgüterangebot verbreitert — nur für diejenigen allerdings, die ohnehin zu den Privilegierten gehören. Für die Mehrheit der ägyptischen Bevölkerung jedoch haben sich die Lebensbedingungen eher noch verschlechtert. Ein illustratives Beispiel ist die langsame Rücknahme staatlich subventionierter Preise für bestimmte Grundnahrungsmittel, was internationale Institutionen wie der Weltwährungsfond immer wieder fordern. Spätestens nach dem Januar 1977, als die geradezu sprichwörtliche Geduld der ägyptischen Massen zu Ende war, haben sich die Herrschenden auf eine indirekte Strategie verlegt, um 'Brotrevolten' zu vermeiden und dennoch die Preise anzuheben. So war zu beobachten, daß in den vergangenen Jahren zusätzlich zu den bis dahin für ein Piaster angebotenen Brotlaiben solche zu eineinhalb und zwei Piaster eingeführt wurden, die größer und schmackhafter zu sein schienen. Bald war jedoch festzustellen, daß das Angebot für Brot zu einem Piaster immer knapper wurde. Sollte man es gelegentlich noch in einer staatlich geführten Bäckerei finden, so war es kleiner und ungenießbarer. Mittlerweile ist es nahezu unmöglich, irgendwo in Kairo noch ein Brot für einen Piaster zu bekommen. Inzwischen wird für den 'gehobenen' europäisch orientierten Geschmack dunkleres Brot angeboten, was das 10- bis 25-fache der traditionellen ägyptischen Petafladen kostet.

Für das Gros der Ägypter ist somit der harte Überlebenskampf eine alltägliche Realität, die auch dadurch nicht als angenehmer empfunden wird, daß man Dank der Offenen-Tür-Politik ständig vor Augen geführt bekommt, was es alles an teuren ausländischen Konsum- und Luxusgütern gibt.

Die innenpolitische Entwicklung seit 1974

Wenn schon kein oder kaum Brot, dann zumindest Spiele, dies mag eine der Überlegungen gewesen sein, welche Anwar-El Sadat ab 1974 dazu bewegten, das verkrustete und verfestigte, für jegliche auch noch so eingeschränkte Partizipation der Massen völlig ungeeignete politische Sy-

stem in Bewegung zu bringen. Rückblikkend läßt sich dieses Jahr in mehrfacher Hinsicht als Wendepunkt in der ägyptischen Politik identifizieren. Im wirtschaftspolitischen Bereich wurde mit Infitah all das revidiert und negiert, was unter Naser als Arabischer Sozialismus für den Versuch stand, Ägypten aus dem Zustand sozioökonomischer Abhängigkeit und Unterentwicklung zu führen.

Innenpolitisch wurde gleichzeitig die Demontage der Arabischen Sozialistischen Union (ASU) eingeleitet, jener Organisation also, die nicht nur als Erbe Nassers ein Dorn im Auge von dessen Nachfolger war. Diese Organisation barg auch die permanente Gefahr in sich, daß Sadat-Gegner, wie 1971 Ali Sabri, sie als organisatorische Ausgangsbasis benutzen würden, um ein Gegengewicht gegen regimetreue Institutionen und Gruppen aufzubauen. Natürlich spielte auch bereits die Hoffnung auf wohlwollende, in bare Münze umwandelbare Unterstützung seitens des westlichen Auslands eine Rolle. Letzteres vorausgesetzt, es gelänge durch die gesteuerte Wiederzulassung politischer Parteien den Eindruck einer langsamen Demokratisierung zu vermitteln. Hauptmotiv Sadats war aber sicherlich der Versuch, das existierende Oppositionspotential gegen sein Regime unter Kontrolle zu bringen.

Zehn Jahre danach ist festzuhalten, daß Sadat die ASU erfolgreich ausschalten sowie den Eindruck politischer Liberalisierung vermitteln konnte. Er scheiterte jedoch — auf für ihn persönlich fatale Weise — daran, die oppositionellen Kräfte so einzubinden, daß sie seiner Herrschaft nicht gefährlich werden konnten.

Was nun sind die wichtigsten Abschnitte der innenpolitischen Entwicklung seit Ende des Sinaifeldzuges? Da ist zunächst die durch das sogenannte ASU-Papier vom August 1974 ausgelöste Diskussion über die Angemessenheit und Notwendigkeit mehrerer, offiziell zugelassener Parteien. Resultat dieser Diskussion war die Zulassung sogenannter Plattformen (arab.: Manabir), welche allerdings immer noch als Flügel oder Tendenzen innerhalb der ASU gelten sollten. Tatsächlich bewarb sich nach offizieller Aufforderung eine aus Regierungssicht unerwartet große Anzahl politischer Gruppen um die Legalisierung als Manabir. Dies hatte zur Folge, daß die Zahl der letztlich nicht erlaubten Tendenzen die der zugelassenen drei um ein Mehrfaches überstieg.

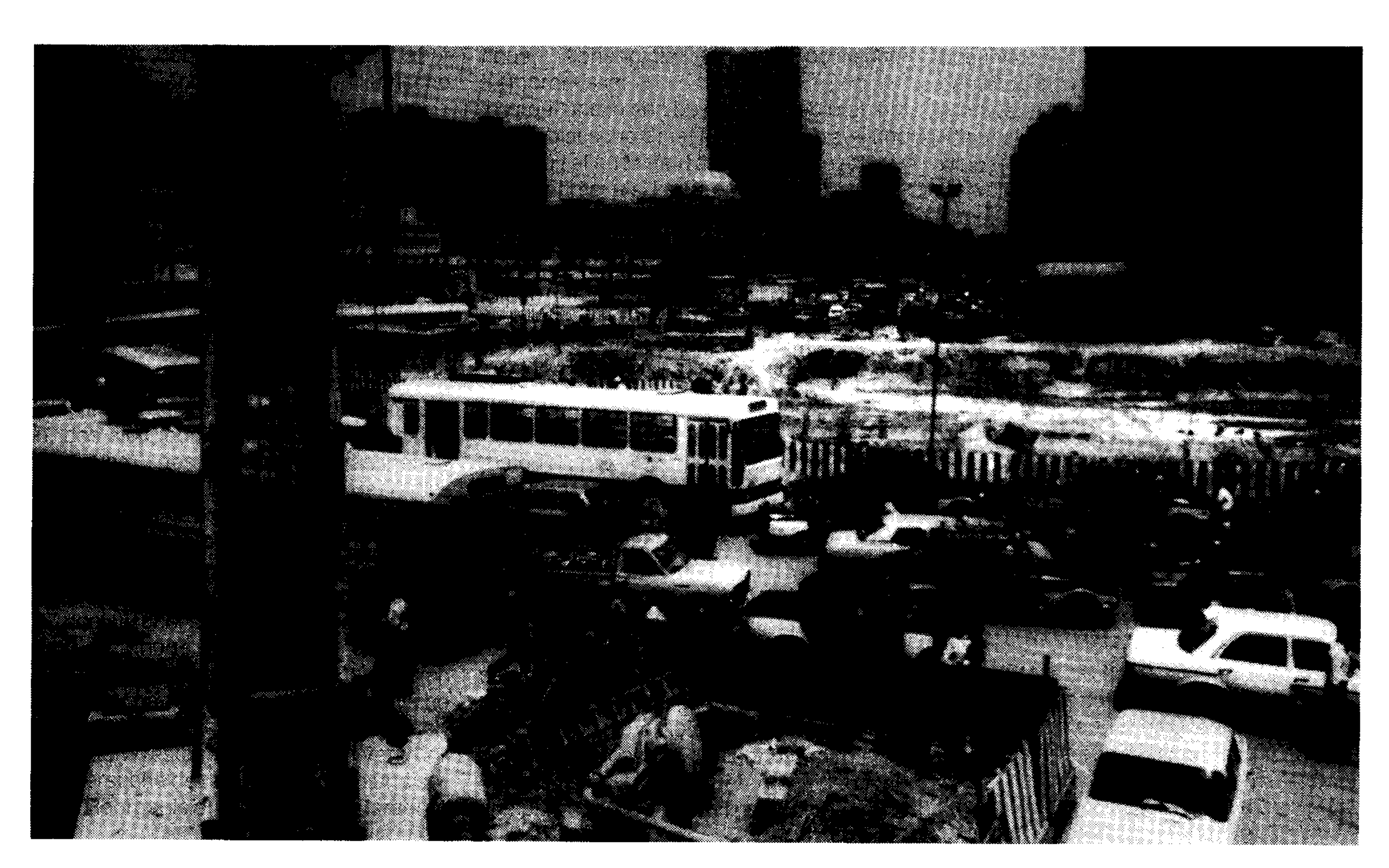
Es scheint als habe Sadat bei dieser Gelegenheit zum ersten-, und, wie sich zeigen sollte nicht zum letztenmal Angst vor der eigenen Courage bekommen. So belegte die hohe Zahl der Anträge doch eindeutig und unmißverständlich, wie groß das Nachholbedürfnis für echte politische Partizipation in Ägypten war.

Die Zahl der autorisierten Plattformen wurde also auf ganze drei beschränkt, die nach Vorstellung der Kommission die linke, die rechte und die zentrale Tendenz innerhalb der ASU repräsentieren würden.

Zu den für den 4. November 1976 angesetzten Parlamentswahlen traten mithin neben unabhängigen Kandidaten folgende Gruppierungen an:

- Die Organisation des Zentrums (seinerzeit zumeist als Hizb al-Misr bezeichnet) war die eigentliche Gruppierung der Regierung. Hauptaktivist in ihr war kein anderer als der damalige Ministerpräsident von Sadats Gnaden, Mamduh Salem.
- Als Tendenz rechts vom buchstäblich regierungsoffiziellen Zentrum formierten sich die sogenannten Sozialistischen Liberalen (heute: Hizb al-Ahrar), die von Mustafa Kamil Murad angeführt wurden, einem ehemaligen Freien Offizier aus dem Kreise um Nasser.
- Chaled Mohieddin schließlich, ebenfalls ein Freier Offizier aus den Tagen der Juli-Revolution von 1952, war der Führer der linken Plattform, in der sich alte und junge Nasseristen, Marxisten, unabhängige Progressive und Intellektuelle zusammenfanden. Diese Organisation, aus der später die Partei der National-Progressiven-Unionistischen Wiedervereinigung (heute im allg. Sprachgebrauch: Hizb at-Tagammu) hervorgehen sollte, trat und tritt insbesondere für die Fortführung und sogar Ausweitung der wirtschaftlichen und sozialen Reformen der Nasserzeit ein.

Dem am 6. November 1976 bekanntgege-



Der Tahrir-Platz in Kairos Zentrum ist zur Zeit eine einzige Baustelle. Ob damit dem permanenten Verkehrschaos Abhilfe geschaffen werden kann ist fraglich
Foto: H.J. Koch

benen Wahlergebnis zufolge konnte sich das Zentrum 81,6 Prozent aller erreichbaren Parlamentssitze sichern, während den Liberalen zwölf Mandate blieben und sich die Tagammu-Gruppe mit ganzen zwei Sitzen begnügen mußte.

Außerdem gab es immerhin 50 unabhängige Kandidaten im neuen Parlament, wobei deren 'Unabhängigkeit' sich zumeist aus dem Umstand ableitete, daß sie mit eigenen Plattformen zuvor nicht zum Zuge gekommen waren.

Es ergab sich somit eine Situation, in der die Unabhängigen die zweitstärkste 'Fraktion' bildeten und zwar mit weitem Abstand vor den Liberalen. Als tatsächliche parlamentarische Opposition blieben so neben dem ein oder anderen Unabhängigen nur die beiden Tagammu-Abgeordneten übrig, ein wahrlich mageres Ergebnis eingedenk der Tatsache, daß Sadat außerdem noch von seinem Recht Gebrauch machte, zehn weitere Parlamentarier zu ernennen, was die entgültige Zahl des Maglis as-Shaab auf 360 brachte. Nur eine Woche nach den Wahlen von 1976 verkündete Sadat in seiner Eröffnungsrede zum neuen Maglis as-Shaab, daß sich die drei Plattformen nur in eigenständige Parteien umwandeln könnten.

An diesem Punkt erscheint es sinnvoll, kurz etwas Grundsätzliches zum politischen Gewicht des Maglis as-Shaab anzumerken. Dieser hat nicht zuletzt aufgrund der bis in die Gegenwart gültigen ägyptischen Verfassung vom September 1971 extrem eingeschränkte politische Entscheidungsbefugnisse und Einflußmöglichkeiten.

Ein kurzer Blick auf die 193 Artikel dieser Verfassung macht deutlich, wie groß das Übergewicht des Präsidentenamts ist, oder, umgekehrt formuliert, wie abhängig das Parlament von jeglicher Direktive ist, die aus dem Abdin-Palast, dem Sitz des Staatsoberhauptes, kommt.
Mit der gesteuerten Zulassung von mehr als nur einer Partei ging es Sadat folglich nach seinem Aufstieg ins Amt des Präsidenten auch kaum um ein wirkliches Erstarken der Legislative.

Wie sehr er bei allen 'Liberalisierungsversuchen' auf Nummer Sicher ging, zeigt die Tatsache, wie er das Parlament von 1976 mit seinen 'Getreuen' majorisierte. Doch nicht genug damit. Etwas mehr als ein halbes Jahr nach seiner Konstituierung verabschiedete der Maglis as-Shaab ein Parteiengesetz (Juni 1977), das die Gründung künftiger zusätzlicher Parteien von ganz bestimmten Kriterien abhängig macht.
Dieses Parteiengesetz erschwert die Gründung politischer Organisation überhaupt. Vor allem Gruppierungen mit vorrangig lokaler, religiöser oder internationalistischer (Trotzkistische, kommunistisch) Ausprägung werden damit auf Dauer ausgeschlossen.

Die Opposition wird ausgeschaltet

Das öffentlich verfolgbare politische Geschehen nahm auch im Jahr 1987 einen Verlauf, der keinen Zweifel daran ließ, wie eng aus der Sicht Sadats die Grenzen oppositioneller Aktivität zu ziehen waren.
Im Frühjahr rief der Staatspräsident zu einem Referendum auf, das ihm u. a. die Vollmacht geben sollte, gegen „Elemente" vorzugehen, die unter Nasser von Revolutionsgerichten verurteilt worden waren, die sich kommunistischer Aktivitäten schuldig gemacht oder sich als Feinde der Religion erwiesen hatten, also gegen jeden, der Sadat — aus welchen Gründen auch immer — nicht ins politische Konzept paßte.
Es war offensichtlich, daß dieses 'Ermächtigungsgesetz' sich insbesondere gegen die zwei wichtigsten Oppositions-Politiker richtete. Der eine war Chaled Mohieddin, wichtigster Mann der Tagammu-Partei, der andere Fuad 'Pascha' Serageddin, der Führer der im August 1977 reaktivierten Wafd-Partei.[3]
Zu dieser Partei sei angemerkt, daß sie schon seit dem Ende des ersten Weltkriegs und 1952 eine wichtige Rolle in der Politik Ägyptens gespielt hatte und stets mit dem Kampf um die volle Unabhängigkeit identifiziert wurde. War die Wafd so zum einen vor der Juli-Revolution diejenige Partei, welche am eindeutigsten für nationalistische Ziele eintrat und damit einen Gegenpol gegen die britische Kolonialmacht und das Königshaus bildete, so war sie zum anderen aber auch die Partei der ägyptischen Finanzbourgeosie und der Großgrundbesitzer gewesen. Die Wafd war dann, ebenso wie alle anderen Parteien, von Nasser nach 1952 verboten worden, was allerdings nichts an der Tatsache änderte, daß sie jederzeit insbesondere bei den Fellachen der Deltaregion und bei den Kopten mit, einer starken Anhängerschaft rechnen konnte.

Ab Mitte der 70er Jahre konnte die politische Bedeutung der Wafd jedoch nicht länger geleugnet werden. Als im Mai 78 bekannt wurde, daß die Zahl der eingetragenen Wafd-Mitglieder in weniger als einem Jahr auf 2 Millionen hochgeschnellt war, schien für Sadat die Zeit reif zum Eingreifen. Mit Hilfe des bereits genannten Referendums und eines darauf basierenden Gesetzes schaltete er die gesamte Führung der Partei aus, darunter neben Serageddin selbst, 20 Angehörige des 35-köpfigen Parteipräsidiums. Auf das Vorgehen gegen ihre Führungsspitze reagierte die Wafd Mitte 1978 mit ihrer Selbstauflösung, nicht ohne die antidemokratische Handlungsweise der Sadatregierung in aller Öffentlichekti aufs Schärfste zu kritisieren.
Chaled Mihieddin dagegen weigerte sich trotz erheblichen Drucks, die Tagammu-Partei aufzulösen. Dies änderte allerdings nichts an der Tatsache, daß ihre beiden Abgeordneten im Maglis as-Shaab weiterhin zur Marginalität verurteilt blieben.

Die Stärke der Tagammu-Partei lag ohnehin — damals wie heute — im außerparlamentarischen Bereich. Besonders in den Großstädten und dort wiederum zumeist in den ärmeren Vierteln stützt sich diese Partei auf eine umfangreiche Anhängerschaft; ein Resultat unermüdlicher politisch-sozialer Basisarbeit. Eine andere Stärke der Progressiven Unionisten ist ihre Wochenzeitung Al-Ahali, die sich mit jeder veröffentlichten Nummer, der besonderen Aufmerksamkeit der Zensoren sicher sein kann. Auch wenn ihr Erscheinen schon des öfteren verhindert wurde, so ist sie doch zur wichtigsten und meistgelesenen Zeitschrift der Opposition geworden.

Der chronologischen Vollständigkeit halber sei noch erwähnt, daß Sadat das innenpolitisch bewegte Jahr 1978 ebenfalls nutzte, um die entgültige Auflösung der ASU (Juli 78) zu verkünden und mit der NDP eine neue Partei ins Leben zu rufen. Zugleich setzte er für das kommende Jahr vorgezogene Parlamentsneuwahlen an, wofür er mehrere Gründe hatte:
Ein für die Regierungspartei günstiges Wahlergebnis ließ sich als eindeutige Unterstützung der ägyptischen Bevölkerung für den im März zuvor abgeschlossenen Friedensvertrag mit Israel verkaufen.
Dann ging es darum, der neuformierten NDP durch eine Wahl die notwendige Legitimation zu verschaffen. Noch waren außerdem die Folgen des politischen und wirtschaftlichen Boykotts seitens der übrigen arabischen Staaten für das die Mehrheit der ägyptischen Bevölkerung nicht spürbar. Und schließlich hatte sich mit der

Sozialistischen Arbeiterpartei (allgem. kurz: Amal-Partei) auf Ermunterung des Staatspräsidenten eine weitere Partei formiert, der wohl künftig statt den unbequemen Progressiven Unionisten die Rolle der linken Opposition zufallen sollte.

Sadat bekam das Wahlergebnis, das er sich wünschte[4], wobei es ihn offenbar wenig störte, daß sogar die ihm sonst so wohlgesonnene westliche Auslandspresse sich nicht davon abhalten ließ, von massiven Wahlmanipulationen zu berichten.

Ab 1979 stand somit einer überwältigenden NDP-Mehrheit im Parlament ein kleines Häuflein Aufrechter gegenüber, das sich aus drei Liberalen, zehn Unabhängigen und neunundzwanzig Amal-Abgeordneten zusammensetzte.

Das einzig Positive, was es somit von der Wahl zu berichten gab, war die Tatsache, daß bei ihr durch eine Zusatzklausel erstmalig vor der Abstimmung bereits feststand, daß zumindest 30 weibliche Kandidatinnen ins Parlament kommen würden.

Was die Amal-Partei betrifft, so sei noch angemerkt, daß sich sich in den letzten fünf Jahren erfolgreich von dem Stigma gelöst hat, eine von Sadat protegierte Alibi-Opposition zu sein. Amal-Parlamentarier, die manchem aufgrund ihrer ideologischen Ausrichtung (national-sozialistisch-islamisch) anfangs ein wenig suspekt erschienen, erwiesen sich im Maglis as-Shab als artikulierte Kritiker bestehender Verhältnisse.

Die Tagammu-Partei, eindeutig das Hauptopfer handfester Wahlbeeinflußung durch Anhänger der Regierungspartei, gelangte erst durch Nachwahlen in den achtziger Jahren wieder ins Parlament. Sie gab aber in der Zwischenzeit ein überzeugendes Beispiel dafür ab, daß politischer Einflu" und Resonanz bei der Bevölkerung auch ohne parlamentarische Repräsentanz zu erzielen ist. Überhaupt setzte sich im nicht-parlamentarischen Bereich der ägyptischen Innenpolitik ein Prozeß fort, der die These bestätigt, daß in der dort gegebenen politischen Kultur Parteien soch um Zeitungen herum bilden, sozusagen aus ihnen heraus erst entstehen.

Zunehmend wurden die Wochenzeitungen der verschiedenen Oppositionsparteien zu einem wichtigen Instrument politischer Auseinandersetzungen.

Die Hofberichterstattung der staatliche kontrollierten Tageszeitungen erfährt so zumindest ab und zu eine kritische Ergänzung.

Was Al-Ahali für die Tagammu-Partei ist, findet mit Al-Ahrar von den Liberalen und As-Shaab, dem Organ der Amal-Partei sein Gegenstück bei den anderen Oppositionsparteien.[5] Wie ernst man seitens der Regierung diese Publikationen nahm, belegt die Tatsache, daß die NDP noch zu Sadats Lebzeiten mit Mayo ebenfalls versuchte, eine respektabele Wochenzeitung aufzubauen.

Sadats Ende

Die achtziger Jahre der ägyptischen Innenpolitik begann mit zwei Paukenschlägen. Am 4. September '81 veranlaßte Sadat in einer Nach-und-Nebel-Aktion die Verhaftung von ca. 1500 Oppositionellen. Ein knappes Jahr hatte der Staatspräsident gebraucht, um zu erkennen, daß ein in allen Belangen kontrolliertes Parlament regimekritische Aktivisten nachgerade dazu trieb, ihre Aktionen gegen die Sadatregierung zu verstärken.

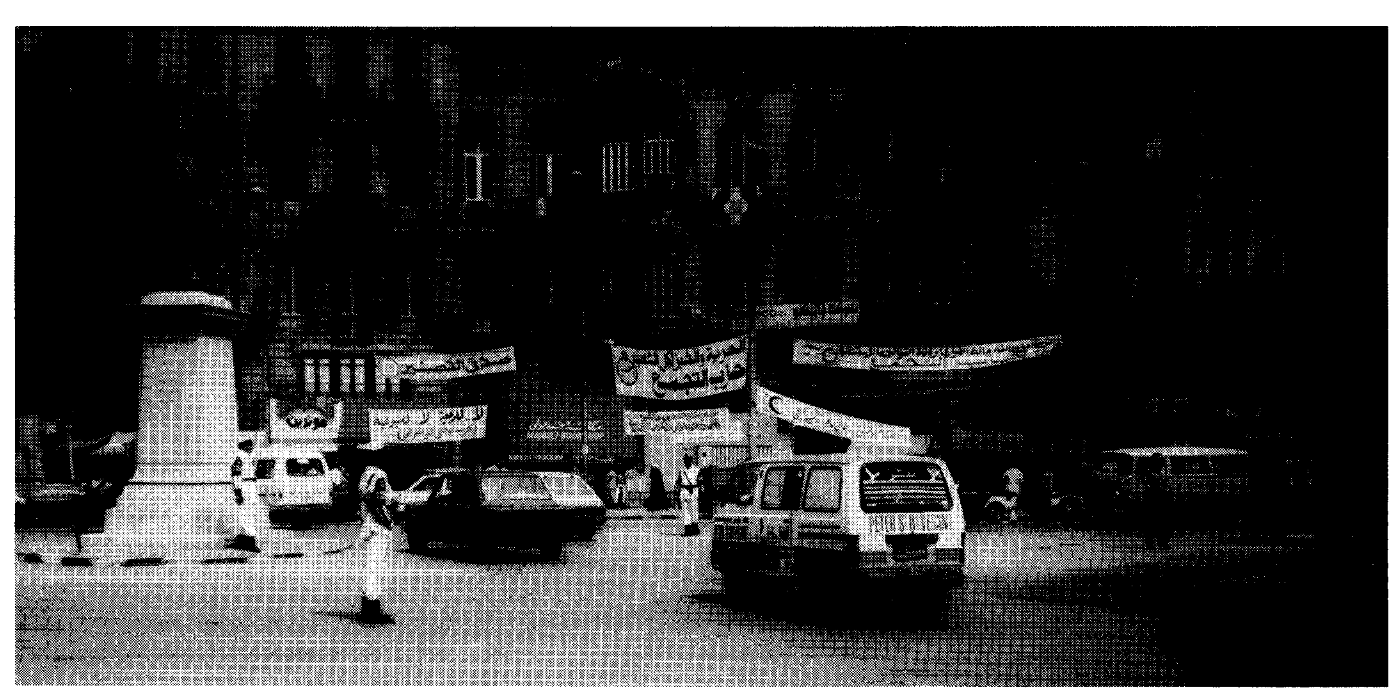
Mit seiner Verhaftungsaktion handelte Sadat genauso schnell wie skrupellos. Zu den Festgenommenen gehörten neben Fuad Serageddin und Omar Tlimsani, dem Führer der Moslembruderschaft, Leute wie Muhammad Hassanin Heikal, der einstige Nasser-Vertraute und Al-Ahram-Herausgeber, zahlreiche Ex-Minister, Künstler, Journalisten, religiöse Führer, darunter Kopten genauso wie Moslems[6]

Aus dem Kreise Letzterer sollte dann auch derjenige kommen, der ein gutes Jahr später mit den tödlichen Schüssen vom 6. Oktober 81 die Ära Sadat zu einem abrupten Ende brachte.

Ägyptens drittem Präsidenten seit der Juli-Revolution von 1952, Hosni Mubarak, ging es nach seiner Amtsübernahme zunächst einmal um eine Beruhigung der gespannten innenpolitischen Lage. In gewisser Weise bot sich im eine Chance zum Neuanfang, hatte sich doch der Zorn der Opposition vor allem gegen Sadat, „den Verräter der islamischen Idee und der arabischen Einheit, den Kollaborateur mit Israel" gerichtet. Sozusagen als erstes Zeichen, daß er es mit einer innenpolitischen Aussöhnung und Annäherung ernst meint, ließ Mubarak noch im Laufe des Jahres 82 alle im Herbst zuvor Festgenommenen wieder frei.

Die Opposition reagierte darauf mit allgemeiner Skepsis. Zu sehr war jenes politische Hin und Her noch in Erinnerung, bei dem Sadat in den acht Jahren seiner 'Demokratisierungskampagne Oppositionellen von rechts und links abwechselnd den Arm zunächst freundschaftlich auf die Schultern legte, um sie dann im nächsten Moment unvermittelt in den Würgegriff zu nehmen. Es blieb abzuwarten, ob Mubarak tatsächlich bereit war aus den innenpolitischen Fehlern seines Vorgängern zu lernen.

Mit einer groß angekündigten Kampagne gegen Korruption und Vetternwirtschaft wurde ein Zeichen dafür gesetzt, daß bei weitem nicht alles, was sich bisher der Protektion des Sadat-Clans erfreut hatte, sa-



Banner mit Parolen und den Parteisymbolen am Midan Talaat Harb in Kairos Zentrum *Foto: H.J. Koch*

krosankt und unabtastbar bleiben würde. Die graduelle Annäherung an die arabischen Staaten erfreute die islamische Gemeinde Ägyptens, ähnlich wie die Kopten durch die Rehabilitierung ihres von Sadat verbannten Papstes Schenuda davon überzeugt wurden, daß der neue Staatspräsident keinerlei Intentionen hatte, sie politisch weiter zu isolieren oder an die Wand zu drängen.
Mubarak selbst forderte sogar zu konstruktiver Kritik an all dem auf, was im Zuge der 'Offenen-Tür'-Wirtschafts-Strategie falsch gemacht worden war, allerdings mit dem Vorbehalt, daß Infitah nicht grundsätzlich in Frage gestellt werden dürfe.
In früheren Zeiten undenkbar schließlich war die Art und Weise, mit der man die Entscheidung des höchsten Gerichtshofs akzeptierte, die Neo-Wafd-Partei wieder zuzulassen.

Angesichts der dadurch indizierten größeren Autonomie der dritten Gewalt blieb für die Zukunft abzuwarten, inwieweit Hosni Mubarak gewillt war, auch der Legislative einen stärkeren Anteil an politischer Einflußnahme zuzugestehen.
Eine Antwort auf diese Frage würden sicherlich die für 1984 anstehenden turnusgemäßen Wahlen zum Maglis as-Shaab geben, eine Tatsache, die schon sehr früh das öffentliche Interesse in Ägypten auf eben diese Wahlen lenkte. Hinzu kommt, daß gut ein Jahr nach diesen Parlamentswahlen die Präsidentschaftswahlen stattfinden, wobei die Verfassung vorsieht, daß das direkt gewählte Staatsoberhaupt einer Zwei-Drittel-Mehrheitsbestätigung durch die Volksvertretung bedarf. Es mehrten sich deshalb die Spekulationen darüber, ob Mubarak bereit war, wirklich freie Wahlen zuzulassen. Denn um seine Wiederwahl sicherzustellen, ist seine Partei auf Koalitionen und Zuständnisse an andere im Parlament vertretene Gruppierungen angewiesen.

Im Vorfeld der Wahlen von 1984

Ende 83 gab es ein erstes Indiz dafür, daß der Sadat-Nachfolger zwar prinzipiell nichts gegen mehr parlamentarische Opposition einzuwenden hat; er aber zugleich keineswegs gewillt war, sein eigenes politisches Schicksal von schwer kalkulierbaren Risiken abhängig zu machen. Nur so ist nämlich die übereilte Art und Weise erklärbar, mit der die NDP im Parlament eine Reihe von Verfassungszusätzen einbrachte, die in ihrer Gesamtheit einer regelrechten Wahlreform gleichkamen.[7] Herzstück dieser Änderungen war eine Klausel, derzufolge eine Partei landesweit zehn Prozent aller bei Parlamentswahlen abgegebenen Stimmen auf sich vereinigen muß, um in den neuen Maglis as-Shaab einziehen zu können. Die Reaktionen der Opposition auf diese neue Klausel waren einhellige Kritik und Empörung.
Man verwies darauf, daß dies das Ende aller unabhängigen Kandidaten bedeute, genauso wie es den Einzug kleinerer Gruppierungen ins neue Parlament so gut wie unmöglich mache. Nach äußerst hitzig geführten Kontroversen in den Medien und zum Teil auch im Parlament beugte sich die Regierungsseite zwar nicht vollends dem oppositionellen Druck, machte allerdings immerhin eine Konzession, indem sie die Mindestklausel von zehn auf acht Prozent senkte.
Unverändert blieb jedoch jener Verfassungszusatz, demzufolge alle Stimmenanteile der Parteien, die an der Acht-Prozent-Hürde scheiterten, jener Gruppierung zugeschlagen werden sollte, die landesweit am Besten abschnitt.

Zum Jahresende '83 waren die Führer der beiden linken Oppositionsparteien Amal und Tagammu in einem Dilemma. Denn es galt abzuwägen, ob über einen Wahlboykott der Öffentlichkeit die Kritik an der neuen Wahlgesetzgebung vermittelt werden sollte. Andererseits hoffte man auf die für die Opposition günstigeren Nachwahlen. In diesem Falle mußte mit vollem Einsatz für den nicht auszuschließenden Einzug ins Parlament gekämpft werden. Für eine Beteiligung am Wahlkampf sprach auch, daß er den Zusammenhalt und das Engagement der Aktivisten vorantreiben könne. Außerdem ließ sich nur auf diese Weise testen, inwieweit die Exekutive bereit war, die politische Liberalisierung zuzulassen.
Schließlich zeichnete sich nach der Wiederzulassung der Neo-Wafd-Partei ab, daß damit neben den Liberalen eine weitere konservative Partei das politische Spektrum bevölkern wird. Es war zu befürchten, daß es bei den Anhängern und potentiellen Unterstützern der Linken kaum auf Verständnis stoßen würden, überließ man der Regierungspartei und den Rechten kampflos das Feld.

Die Ausgangssituation für die 'heiße' Wahlkampfphase ab Mitte März gestaltete sich folgendermaßen. Nachdem sie ein politisches Programm vorgelegt hatten, erhielten neben der NDP mit Tagammu-, Amal-, Ahrar-, Neo-Wafd- und Umma-Partei fünf weitere Parteien die Erlaubnis, ihre Kandidaten in den 48 Wahlkreisen aufzustellen.
Gemeinsam war den Plattformen allesamt ein mehr oder weniger explizites Bekenntnis zum Islam, wobei hierbei — das sei betont — auch die sich selbst als fortschrittlich-sozialistisch bezeichnenden Parteien keine Ausnahme bildeten. Keine politische Organisation kann es sich derzeit in Ägypten erlauben, als un- oder gar anti-islamisch stigmatisiert zu werden. Damit ist man zwar immer noch sehr weit von einer islamischen Theokratie entfernt. Es war aber immerhin schon möglich, daß im Mai trotz der eindeutigen Sprache des Parteiengesetzes mit der Umma-Partei eine Gruppe zu den Wahlen antrat, deren politisches Programm nahezu ausschließlich aus dem Koran abgeleitet ist.
Über diese kleinste aller zugelassenen Parteien war es selbst für interessierte Einheimische schwierig Informationen zu bekom-

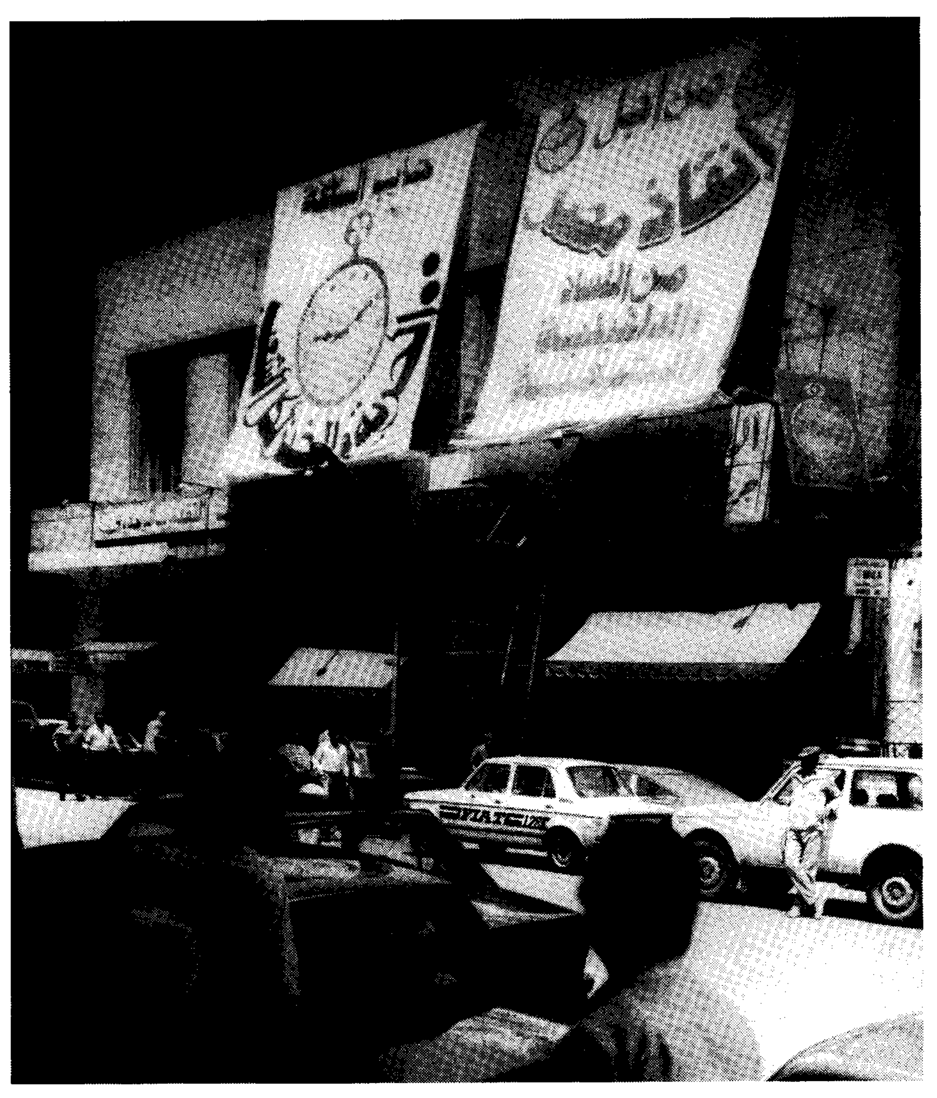
men und es ist bezeichnend, daß die meisten der westlichen Medien, welche über die Wahl berichteten, sie erst gar nicht erwähnten.

Dabei bestand immerhin zunächst die Möglichkeit, daß eine hauptsächlich auf islamisches Gedankengut und Werte rekurrierende Partei durchaus zu einem nennenswerten Wahlergebnis hätte kommen können.

Erst als es zu der überraschenden Koalition zwischen der Neo-Wafd und der Moslembruderschaft kam, war abzusehen, daß jedwede islamisch-fundamentalistische Klientel, sollte sie überhaupt zu den Wahlurnen gehen, sich nun hinter dieses Bündnis stellen würde.

Was der Umma-Partei überdies auf jeden Fall fehlte, war eine über Kairo hinausgehende organisatorische Struktur.[8] Ein weitaus ernstzunehmenderer Herausforderer der NDP war demgegenüber die zum zweitenmal reaktivierte Neo-Wafd-Partei. Wie schon 1977 war er ihr unmittelbar nach der endgültigen Wiederzulassung gelungen, durch überwechselnde NDP-Abgeordnete noch vor dem eigentlichen Wahltag zu parlamentarischer Repräsentation zu kommen. Aber nicht allein dieser Umstand ließ vermuten, daß sich diese Gruppierung schnell wieder zu einem gewichtigen Faktor in der Politik Ägyptens entwickeln werde. Schnell zeigte sich, daß die Wafd im Grunde, oder sollte man sagen im Untergrunde, niemals völlig aufgehört hatte zu existieren.

Die Parteispitze setzte sich in erster Linie aus Männern zusammen, welche schon zu König Faruks Zeiten politisch aktiv gewegen waren, nicht wenige, wie Fuad Serageddin, sogar als Minister. Geschickt stilisierte man die eigene politische Vergangenheit als die der unermüdlichen Kämpfer gegen staatliche Willkür und fremde Unterdrücker. Eine Rolle, die man in Ägypten der Gegenwart durchaus wieder übernehmen konnte, will man-vordergründig — ein Konzept anbieten, das das Land aus der Krise führen soll. Es verwundert kaum, daß eine derartige politische Botschaft, verschwommen wie sie war, bei jung und alt, in den Städten genauso wie auf dem Land neue Hoffnungen zu wecken vermochte. Von Anfang an machte die Wafdführung allerdings auch klar, daß es ihr weniger um Opposition um jeden Preis ging, sondern mehr um einen möglichst großen Anteil an politischer Macht. Man war realistisch genug einzusehen, daß das bestehende politische System nicht auf Anhieb aus den Angeln zu heben war. Dementsprechend fiel es nicht schwer, Präsident Mubarak vorab für den Fall eines Einzugs ins Parlament ein gehöriges Maß an Loyalität zuzusagen. Für den Staatspräsidenten schien damit zunächst eine Entwicklung absehbar, die mit dem Wahltag so etwas wie eine Wunschopposition ins Parlament brachte, ohne daß man dadurch sogleich in den Verdacht der Wahlbeeinflußung geraten würde. Eine völlig neue Situation aus der Sicht der NDP, entstand allerdings, als es der Wafd gelang, der NDP ihren islamischen Partner auszuspannen.


Das Parteihauptquartier der Progressiven Unionisten während des Wahlkampfs

Gemeint ist der mehr oder weniger offizielle Flügel der Moslembruderschaft[9] angeführt von Omar Tlimsani. Zu diesem hatte die NDP in der Nach-Sadat-Ära ihre Kontakte kontinuierlich ausgebaut. Nicht zuletzt aus der Hoffnung heraus, dadurch die religiösen Bewegungen nach und nach unter Kontrolle bringen zu können. Tlimsani als Vertreter des gemäßigten Teils der Bruderschaft hatte umgekehrt jedoch wiederholt klar gemacht, daß es für ihn zwar so etwas wie durch den Koran legitimierte säkulare staatliche Autorität akzeptabel sein könne, daß aber politische Parteien im herkömmlichen Sinne, oder gar eine Kooperation der Brunderschaft mit denselben absolut undenkbar sei.

Als nun bekannt wurde, die Moslembrunderschaft plane eigene Kandidaten auf der Wafd-Liste in den Wahlkampf zu schicken, machten sich im Abdin-Palast und im NDP-Hauptquartier Schreckensvisionen breit die alsbald bittere Wirklichkeit werden sollten: etwa Ulemas, die beim Freitagsgebet dazu aufriefen, den Kandidaten der Neo-Wafd zu wählen oder die allgemein üblichen Stoffbanner mit den Slogans allein dieser Partei, die über den Eingängen unzähliger Moscheen in ganz Ägypten wehen. Für die Neo-Wafd-Partei selber hatte das Bündnis eine mögliche positive und eine negative Konsequenz. Man hatte nun guten Grund zu hoffen, auch bei der jüngeren Generation, die sich in beträchtlicher Zahl für islamische Ideen begeistert, Unterstüzung zu finden. Sie verlor aber zugleich die traditionelle bürgerlich-liberale Klientel, die aus historischen Gründen nicht selben koptischen Glaubens war.

Die Reaktion der staatlich kontrollierten Medien zeigte, wie verärgert und irritiert man im Regierungslager über diese merkwürdige Koalition war. Mit einem Mal war die Wafd vom gehätschelten Juniorpartner zu einem Konkurrenten geworden, der etablierte Mehrheiten im Maglis as-Shaab gefährden konnte.

Die Prognosen für den Stimmenanteil der Neo-Wafd lagen in den letzten Tagen vor der Wahl dementsprechend zwischen 20 und 45 Prozent.

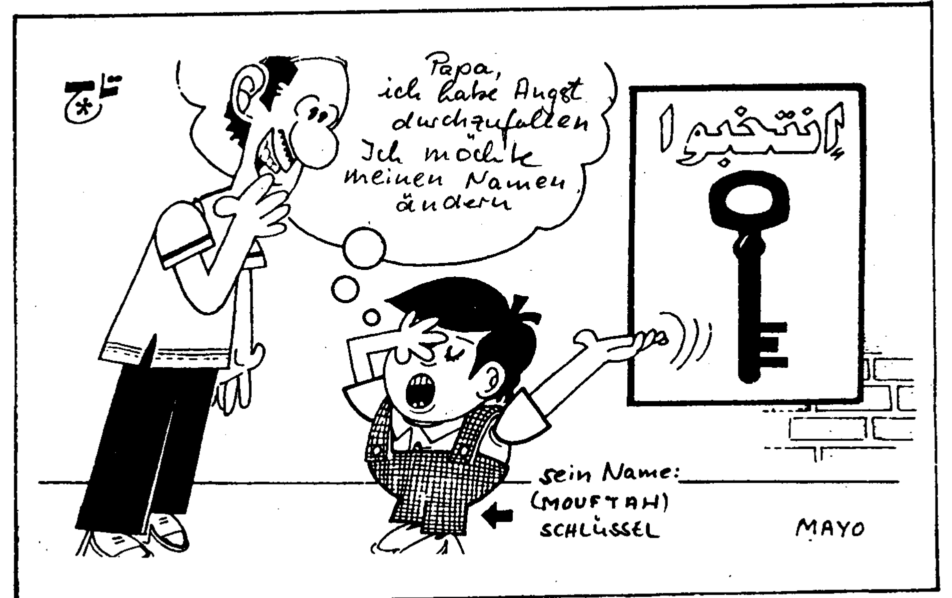
Weitaus geringere Chancen gab man von vorne herein den übrigen Oppositionsparteien. Immerhin hatten es die Progressiven Unionisten geschafft, im Januar ihren Kandidaten in einer Nachwahl in Alexandria

durchzubringen, wobei es dort, bei niedriger Wahlbeteiligung, den zu einer Koalition der rechten und linken Opposition gegen den Kandidaten der NDP gekommen war.
In eine mögliche niedrige Wahlbeteiligung setzten deshalb insbesondere die Amal- und Tagammu-Partei ihre Hoffnungen. Sie konnten davon ausgehen, daß es ihnen leichter als den übrigen Parteien fallen würde, ihre potentielle Wählerschaft auch tatsächlich zu mobilisieren. Ob dies allerdings ausreichen würde, um landesweit auf acht Prozent zu kommen, blieb abzuwarten.
Die liberal-konservative Ahrar-Partei, wie schon 1976 und '79 von Mustafa Kamil Murad angeführt, lief Gefahr zwischen Neo-Wafd und NPD vollends aufgerieben zu werden. Nachdem man schon vor fünf Jahren erhebliche Stimmenanteile verloren hatte, sahen die Chancen diesmal noch düsterer aus.
Zur NDP ist anzumerken, daß ihre diesjährige Kandidatenliste sich erheblich von der der 79iger Wahl unterschied. Eine beträchtliche Anzahl der bisherigen Abgeordneten, genauer ein gutes Drittel, die inzwischen durch zu große Nähe zum Sadat-Clan kompromittiert schienen, wurden durch jüngere, weniger umstrittene Kandidaten ersetzt, darunter ehemalige Filmhelden genauso wie Ex-Fußballstars.

Der Wahlkampf

Der eigentliche Wahlkampf fand zunächst fast ausschließlich in den verschiedenen Parteiorganen statt. Die Neo-Wafd ergänzte mit ihrer donnerstags erscheinenden Zeitschrift Al-Wafd den Chor der oppositionellen Wochenzeitungen, während die NDP dazu überging Mayo täglich zu drukken.
Die drei Tageszeitungen berichteten anfangs mit einer gewissen Zurückhaltung über den Verlauf der Geschehnisse und achteten vor allem tunlichst darauf, daß Präsident Mubarak nicht allzusehr mit der NDP identifiziert wurde. Die Organisation und Führung des NDP-Wahlkampfes oblag dem Ministerpräsidenten Fuad Mohieddin.
Allen Parteien war gestattet Versammlungen zu veranstalten soviel sie wollen, vorausgesetzt diese wurden rechtzeitig angemeldet. Es überrascht kaum, daß NDP-Veranstaltungen für viele Ägypter allein (!) deswegen besuchenswert erschienen, weil ansonsten schwer erhältliche Dinge wie Elektrogeräte, Werkzeug oder Kunstdünger zu Niedrigstpreise verkauft oder gar verschenkt wurden.
Etwas drei Wochen vor dem Wahltag nahm die Zahl der Wahlplakate und Stoffbanner mit Parolen und Symbolen der verschiedenen Parteien sprunghaft zu. Gerade die Symbole haben wegen der hohen Analphabetenrate in Ägypten nach wie vor besondere Bedeutung. Nur durch sie weiß der leseunkundige Wähler, wo er am Wahltag sein Kreuz zu machen hat und welche Wahlbanner mit Parolen er sich vorlesen lassen muß, will er sich über die eine oder andere Partie informieren.

Ganze vierzehn Tage bis zum Wahltag bleiben noch, nachdem sich offizielle Stellen endlich dazu durchringen konnten, jeder Partei vierzig Minuten Fernseh-Sendezeit zuzugestehen. Diese durften allerdings nicht in Form von Werbespots, sondern nur durch eine wesentlich unspektakulärere Rede des jeweiligen Parteivorsitzenden genutzt werden.
Zentrales Wahlkampfthema waren bis hin zum letzten Tag die allgemein ökonomische Situation Ägyptens sowie die Beziehungen zu Israel und den anderen arabischen Staaten. Was das erstgenannte betrifft, so wurde von rechts die Parole ausgegeben, es gälte Infitah mit Strategien auszubauen, die den produktiven Einsatz zur Verfügung stehender Ressourcen forcierten. Innerhalb der Linken war man sich in der Kritik all dessen einig, was mit der Offenen-Tür-Politik zusammenhing. Infitah habe, so hieß es dort, die Prioritäten im Lande von Thawra (Revolution) zu Tharwa (Reichtum) verlagert.
Die Tagammu-Partei forderte konkret eine größere ökonomische Unabhängigkeit Ägyptens, die Reorganisation und letztendliche Stärkung des öffentlichen Produktionssektors, sowie eine liberalere Streikgesetzgebung.



Kontakte:

Der AK Dritte Welt innerhalb der Arbeitsgemeinschaft Kritische Tiermedizin in der BRD sucht Kontakte zu Leuten, die Erfahrung mit Projekten (Tiermedizin, Landwirtschaft, Medizin) in der Dritten Welt haben, oder zu Arbeitsgemeinschaften mit entsprechender Thematik.

Kontaktadresse:
Gisela Bolbecher, Schellingstr. 69,
8000 München 40

Bezüglich des Vertrages mit Israel hüllte man sich seitens der NDP in verschämtes Schweigen, während die übrigen Parteien über die Unzuverlässigkeit der wortbrüchigen Israelis lamentierten. Nur die Progressiven Unionisten gingen soweit, eine weitestgehende Revision des Camp-David-Abkommens zu fordern. Schließlich sei noch auf die Tatsache verwiesen, daß die Wahlen auf dem Lande auf größeres Interesse stießen als in den Städten. Wie groß das Interesse in Ägypten allgemein war, in schwer einzuschätzen.

Vor dem 27. Mai bereits war absehbar, daß die Wahlbeteiligung sicher nicht das gewachsene Interesse der ägyptischen Bevölkerung für innenpolitische Vorgänge widerspiegeln würde. Den Wahlkampf mit Aufmerksamkeit zu verfolgen war eine Sache. Ob man dann allerdings auch zu den Wahlurnen ging, stand auf einem ganz anderen Blatt.
Viele Ägypter ließen erkennen, „diesmal noch nicht zu wählen". Man wollte erst abwarten, ob es tatsächlich zu fairen Wahlen käme. Spätestens in fünf Jahren, so lautete das Argument, wäre dann ja Gelegenheit, wirklich selber am politischen Prozeß teilzunehmen. Als Beispiel dafür, wie sehr politisches Interesse und tatsächliche Bereitschaft zur Wahlteilnahme auseinanderklafften, soll eine Umfrage im Kairoer Clubhaus des ägyptischen Schriftstellerverbandes dienen. Dabei kam heraus, daß zwei Wochen vor dem Wahltermin sich noch niemand als Wahlberechtigter hatte registrieren lassen, und die meisten zudem auch gar nicht daran dachten, dies zu tun. Registrierung wiederum, zu der zunächst einmal 27 Millionen erwachsene Ägypter aufgerufen waren, ist ihrerseits unabdingbare Voraussetzung, um überhaupt wäh-

len zu können. Dem Registrierungsaufruf folgten dementsprechend nur 45,5 Prozent (12,33 Millionen) aller Wahlberechtigten, wovon dann wiederum nur ca. 5, 15 Millionen auch tatsächlich am Wahltag zu den Urnen gingen. Die Wahlbeteiligung betrug 43,15 Prozent aller eingeschriebenen und knapp 24 Prozent aller theoretisch zur Stimmabgabe berechtigten Ägypter.
Das endgültige offizielle Wahlergebnis[10] sah folgendermaßen aus:

Partei	Wählerstimmen		Parlamentssitze
Registrierte Wähler	12 339 418		
abgegebene Stimmen	5 146 565		
NDP	3 756 359	(72,98 %)	390
Neo-Wafd	778 131	(15,11 %)	58
Amal-Partei	364 040	(7,07 %)	—
Tagammu-Partei	214 587	(4,16 %)	—
Ahrar-Partei	33 448	(0,68 %)	—

Le Monde 31/5/84

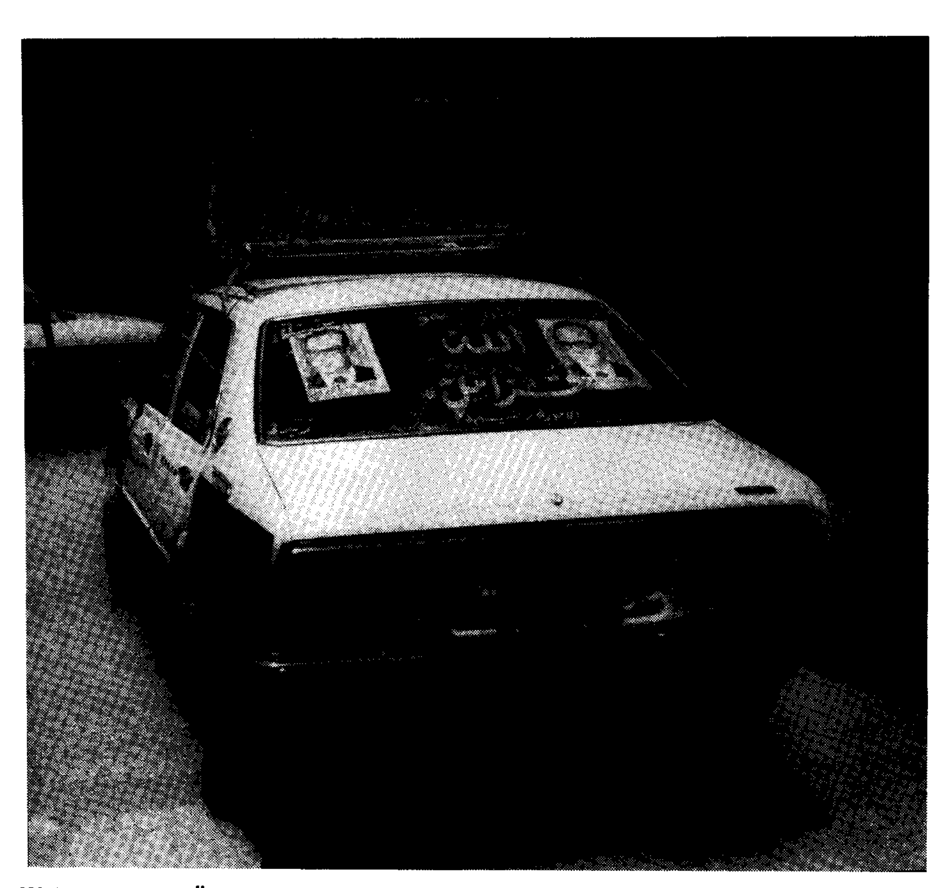
Die NDP ist der große Sieger

Ehe es zu einer Interpretation dieses Resultates kommt, sollen noch einige Ereignisse vom Wahltag Erwähnung finden. Von der offiziellen Tageszeitungen weitestgehend verschwiegen, kam es anscheinend in zahlreichen Gegenden des Landes zu gewalttätigen Auseinandersetzungen. Dies war besonders dort der Fall, wo höherrangige NDP-Mitglieder zur Wahl antraten und ebenso in den Wahlkreisen, in denen prominente Oppositionspolitiker kandidierten.

Während Innenminister Abu Basha die Zwischenfälle mit nur 23 bei insgesamt 23000 Wahllokalen herunterzuspielen versuchte,[11] beklagten die gescheiterten Oppositionsparteien in den Tagen nach der Wahl neben beträchtlicher offener Gewalt — in Quena wurde die Kandidation der Amal-Partei sogar Opfer eines tödlichen Pistolenanschlages — vor allem verdeckte Wahlmanipulationen zugunsten der NDP.

So seien zahlreiche Wahlurnen durch die Zettel registrierter oder gar toter Nichtwähler aufgefüllt worden, was dann immer zu einem eindeutigen Sieg des NDP-Kandidaten geführt habe. Den ganzen Wahltag über fuhren überall in Ägypten Dienstwagen der unterschiedlichsten Behörden und Staatsunternehmen vor den Wahllokalen vor, die allein der NDP zur Verfügung gestellt worden waren, um ihren Anhängern die Wahlentscheidung im doppelten Sinne des Wortes zu erleichtern.
Wer dagegen das Pech hatte, als Unterstützer einer der kleinen Oppositionsparteien bekannt zu sein, dem konnte es passieren, daß ihm durch umständliche und schikanöse, sich z. T. über Stunden erstreckende Identifizierungsprozeduren sein Recht auf freie Stimmabgabe ganz schön verleidet wurde. Es wundert somit wenig, daß die Opposition nach der Bekanntgabe des Wahlergebnisses keinen Hehl aus ihrer Ansicht machte, sie sei letztendlich in einem mit unsauberen Mitteln geführten Wahlkampf geschlagen worden. In welchem Ausmaß Manipulationen stattgefunden haben, wird natürlich — wie früher schon in Ägypten — niemals völlig geklärt werden.
Viel wichtiger ist mithin die Frage, welches Maß an politischer Legitimation der neue Maglis as-Shaab in den Augen der ägyptischen Bevölkerung nach allem, was geschah, überhaupt noch besitzt.
Mit 58 Neo-Wafd-Abgeordneten, darunter zwischen acht und zwölf Angehörige der Moslembruderschaft, kann man davon ausgehen, daß zumindest für die allernächste Zukunft sich eine begrenzte konservativ-islamische Bevölkerungsgruppe im Parlament tatsächlich vertreten fühlt.

Wann allerdings dieses Gefühl bei fortgesetzter NDP-Übermacht im Parlament in Frustation und völlige Ablehnung parlamentarischer Politik umschlägt, ist wohl nur eine Frage der Zeit.
Die für die kommenden fünf Jahre auf ausserparlamentarische Aktion beschränkten übrigen Parteien werden jedenfalls keine Gelegenheit auslassen, das Parlament für alle Fehlentscheidungen der Regierung mitverantwortlich zu machen.
Die Diktion und Schlagrichtung für künftige Kritik gab Chaled Mohieddin an, als er unmittelbar nach der Abstimmung Staatspräsident Mubarak ausdrücklich von der Verantwortung für den irregulären Wahlausgang freisprach. Schuldig sei vielmehr das 'Kabinett der Millionäre', allen voran — der inzwischen verstorbene — Ministerpräsident Fuad Mohieddin. Diese Äußerung deutet an, daß man im linken Lager derzeit noch nicht soweit geht, mit der Exekutive vollends zu brechen.
Hosni Mubarak, dem auch viele seiner politischen Gegner eine gewissen persönliche Integrität bescheinigen, scheint in den knapp drei Jahren seiner Amtszeit genügend Geschick entwickelt zu haben, um eine völlige Polarisierung der innenpolitischen Szene vorläufig vermeiden zu können. Das Gros der Bevölkerung wird Erfolg oder Mißerfolg dieses Präsidenten danach beurteilen, inwieweit und wie schnell er es schafft, eine spürbare Erleichterung der angespannten sozio-ökonomischen Verhältnisse herbeizuführen. Daß es den Angehörigen des neugewählten Parlamentes gelingen wird, eine konstruktive Rolle in diesem Bemühen zu spielen und diese sodann auch noch für die Massen transparent zu machen, ist zu bezweifeln.
Im Falle einer eskalierenden innenpoliti-



Wahlkampf auf Ägyptisch *Foto: H.J. Koch*

schen Krise kann man damit rechnen, daß, nach alter Manier die Militärs eingreifen werden. An ihrer Spitze steht jetzt schon mit Verteidigungsminister Abu Ghazalia, der zweitmächstigste Mann Agyptens.

Gegenüber Technokraten seines Kalibers, ausgestattet mit einer ausgeprägten antisozialistischen und pro-amerikanischen Orientierung, erscheint vielen Hosni Mubarak als das kleinere Übel.

Daß Mubarak allerdings vielleicht wirklich kein zweiter Sadat ist, deutet eine Meldung an, die nach dem 19. Juni den Weg in die Weltpresse machte.

Ihr zufolge hat der ägyptische Staatspräsident an diesem Tag von seinem verfassungsmäßigen Recht Gebrauch gemacht und weitere, diesmal sechs Parlamentarier für den neuen Maglis as-Shaab ernannt. Die eigentliche Neuigkeit bei dieser Nachricht ist, daß unter diesen ernannten Abgeordneten vier Angehörige der Amal-Partei sind, sowie mit Milad Hanna, einem bekannten christlichen Architekturprofessor, sogar ein Mitglied der Progressiven Unionisten.

Ob sich damit die ursprüngliche angestrebte Integration aller wirklich relevanten Kräfte ins etablierte politische System sozusagen durch die Hintertür bewerkstelligen läßt, nachdem man zuvor gezeigt hat, wer Herr im Hause ist, bleibt abzuwarten.

Hans-Jürgen Koch

Anmerkungen

(1) Das im Folgenden benutzte Zahlenmaterial ist, wenn nicht anders indiziert, entweder aus **Marvin G. Weinbaum,** Politics & Development and Foreign Aid-US Economic Assistance to Egypt 1975-82 (The Middle East Journal, Vol. 27, Nr. 4, Herbst 1983 S. 636-57) oder aus **Arab News,** Jeddah, Egypt's Farm Plan Faces Problems, vom 14. 10. 83.

(2) Vgl. **Wolfgang S. Freund,** Aktuelle Bemerkungen zur Lage in Kairo, (Die Dritte Welt, Nr. 3/4 1981, S. 239.

(3) Die Wafd (arab.: Delegation) ist indirektes Resultat der Nichtzulassung einer eigenständigen ägyptischen Delegation zur Versailler Friedenskonferenz. Der Wortführer einer solchen Forderung, Saad Zaghloul, wurde in der Folgezeit, obwohl zeitweise im Exil, der erste Führer einer zahlreiche Strömung vereinenden nationalistischen Bewegung, die maßgeblich am Volksaufstand von 1919 beteiligt war. Konsequenzen dieses blutig niedergeschlagenen Volksaufstandes waren Zugeständnisse von Seiten der britischen Kolonialmacht, welche 1924 zu den ersten ägyptischen Parlamentswahlen führten, bei denen die Wafd 206 von 188 Sitze gewinnen konnte. Ih der Folgezeit erwies sich die Wafd als einzige, wenn auch immer noch sehr eingeschränkte, nennenswerte Opposition gegen Königshaus und Briten.

(4) Vgl. Sadat's Landslide Victory, in: The Middle East, Juli 1979

(5) Wie wichtig die gedruckten Medien in Ägyptens politischer Kultur sind zeigt der Versuch Sadats sie 1980 an die kurze Leine zu legen. Damals diskutierte man im Parlament und in aller Öffentlichkeit ernsthaft die landesweiten Zeitungen und Zeitschriften zur verfassungsmäßig definierten vierten Gewalt zu erklären. Sadats Ende war dann auch das Ende dieser fixen Idee, welche die gesamte Presse in 'staatstragende Verantwortung' genommen, sprich aller ihrer Freiheiten beraubt hätte. Vgl. auch: The Middle East, Januar 1984, 'Egypt launches its fourt estate'.

(6) Vgl. 'Is this the Price of Peace? in: The Middle East, Oktober 1981.

(7) Hierzu: 'Voting Reforms face rough Passage', in: The Middle East, November 1983.

(8) In manchen Wahlkreisen war es ihr deshalb nicht einmal möglich, eigenen Kandidaten aufzustellen. Die Tatsache schließlich, daß der Stimmenanteil dieser Partei nicht einmal mehr im endgültigen offiziellen Wahlergebnis aufgeführt wurde, bestätigt die Vermutung einiger Kenner der politischen Szene, die von der Umma-Partei als ein auf Kairo beschränktes Familienunternehmen des Vorsitzenden Ahmad Al-Sabahi sprachen.

(9) Die Moslembruderschaft ist ein 1928 von Hassan Al-Banna in Ismailia gegründeter islamischer Geheimbund, der eine moslemische Theokratie, besierend allein auf dem Text des Korans, als einzig legitime Form politischer Herrschaft akzeptiert. Von Ägypten ausgehend haben sich in anderen Ländern des islamischen Einflußbereichs lokale Spielarten der Bruderschaft herausgebildet, welche dort alle mehr oder weniger starken Einfluß auf das politische Geschehen nehmen. Seit der Gründung hat es Abspaltungen durch noch orthodoxere Fundamentalisten gegeben, die gelegentlich (Sadats Tod!) zur Erreichung ihrer Ziele auch auf militante und gewalttätige Aktionen zurückgreifen. Im Zuge des sogenannten islamischen Revivalismus hat die Bruderschaft in Ägypten wieder an politischem Einfluß gewonnen. Auch in Pakistan gibt es eine sehr aktive Bruderschaft.

(10) Aus: Le Monde, 31. Mai 1984 S. 4.

(11) Vgl. International Herald Tribune, 30. Mai 1984.

Quellen

Le Monde: 12. 11. 83; 30. 3., 20. 5., 26, 5., 31. 5. 84, 21. 6. 84
NZZ: 25. 5., 29. 5., 30. 5., 31. 5./1. 6., 3./4. 6. 84
International Herald Tribune: 26./27. 5., 30. 5. 84
SZ: 26./27. 5. 84
TAZ: 2. 6. 84
The Middle East: Juli 79, October 81, Oktober 83, November 83, Januar 84, März 84, April 84
The Egyptian Gazette: 29. 5., 5. 5., 6. 5., 8. 5., 11. 5., 12. 5. 84
The Middle East Times: 5.-12. 5. 84
Cairo today: April 84
Kuwait Times: 2. 2. 84
Saudi Gazette: 4. 1. 84

‚Revolution bis zum Sieg' — ein gescheitertes Konzept

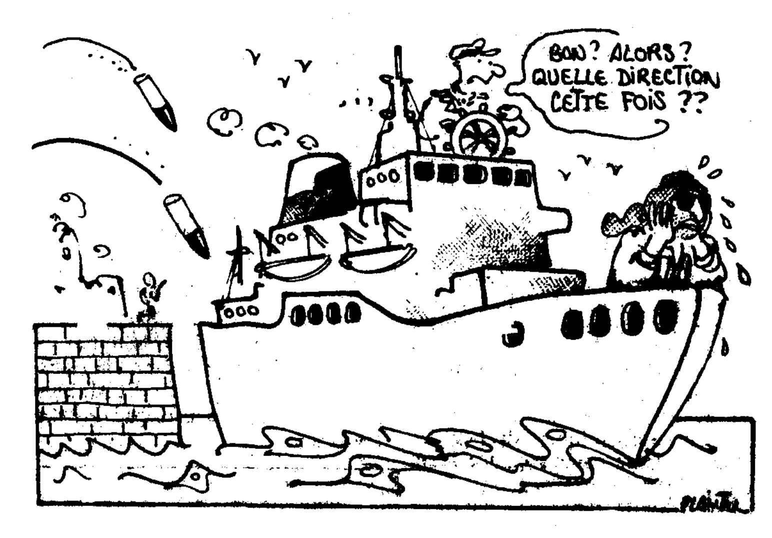
Im Januar 1984 gab Jean Genet dem Westberliner TIP ein Interview, in dem er kategorisch feststellte, auch in Zukunft — d. h. nach dem Abzug aus dem nordlibanesischen Tripoli und dem Besuch in Kairo bei Mubarak — werde man mit Yassir Arafat rechnen müssen. Als daraufhin der TIP-Fragesteller den Einwand machte, aber Arafat fehle doch jetzt die militärische Macht, fuhr Genet fort:

> *Nein, sie fehlt ihm nicht erst jetzt, sie hat ihm immer schon gefehlt. Die PLO war immer schlechter bewaffnet als der kleinste arabische Staat. Arafat hat keine Flugzeuge und nur eine handvoll schrottreife Panzer. Die Palästinenser waren immer nur eine ideelle Gemeinschaft.*

Geret spricht damit die Grundstruktur der Palästina-Frage, das wesentliche Problem an, das sich jeder politischen, nationalen Bewegung des arabisch-palästinensischen Volks stellt: Die materielle Basis dieses Volkes, seine eigenständige wirtschaftliche Produktion und Reproduktion und die sich darauf gründenden sozialen Strukturen, sind durch den Prozeß fortschreitender zionistischer Landnahme und vor allem durch die Kriege und Vertreibungen 1948 und 1967 weitgehend zerstört. Soweit sich zusammenhängende gesellschaftliche Strukturen haben erhalten können (vor allem in der Westbank), sind diese verkrüppelt. Versuche der wirtschaftlichen und sozialen Reorganisierung — sei es in Israel, in den besetzten Gebieten oder in den arabischen Aufnahmeländern — sind notwendig geprägt von diesem Zustand äußerster Fragmentierung der arabisch-palästinensischen Gesellschaft. Unter diesen Umständen bedeutet jegliche wirtschaftliche und soziale Entwicklung das Eingehen neuer Abhängigkeiten und politischer Kompromisse:
In Israel und in den besetzten Gebieten übt der zionistische Staat die Kontrolle aus und sorgt mit allen Mitteln dafür, den Prozeß der Landnahme als irreversibel festzuschreiben. In den arabischen Aufnahmeländern sorgen die jeweiligen Regime mit wechselnden Methoden[1] und wechselnden Erfolgen dafür, daß sich die wirtschaftlich-soziale Entwicklung 'ihrer' palästinensischen Bevölkerungsteile nicht zu einem politisch-sozialen Gefährdungspotential für den Bestand der Regime entwickeln kann.

Angesichts einer solcherart fehlenden materiellen Basis haben sich in der palästinensischen Gesellschaft keine politischen Strukturen herausbilden können, die unmittelbar durch wirtschaftliche Macht vermittelt wären. Sofern sich wirtschaftliche Macht überhaupt hat konzentrieren können, sich also Ansätze zu einer nationalen Bourgeoisie herausbilden, bleibt diese von Enteignung, Verfolgung und Entrechtung bedroht — dies gilt sowohl für Israel wie für die arabischen Aufnahmeländer. Die Interessenlagen der rudimentären bourgeoisen Gruppen unterscheiden sich entsprechend der jeweiligen Situation, in der sie leben: In Israel suchen sie nach gleichen Chancen in der israelischen Wirtschaft, in den besetzten Gebieten fordern sie den eigenen Staat (in enger wirtschaftlicher Verbindung mit Jordanien), und im arabischen Exil sehen sie nur in der Rückkehr in ein befreites Gesamtpalästina eine Lösung ihrer Probleme. — Hinzu kommt das Problem der traditionellen Segmentierung der palästinensischen Gesellschaft in Familien und Familiengruppen (Clans), welche die Vertreibung und geographische Zersplitterung der Bevölkerung weitgehend unbeschadet überstanden hat. Im Gegenteil: durch den Prozeß fortschreitender wirtschaftlicher Entwurzelung hat diese Struktur als 'Netz sozialer Sicherung' eher noch an Bedeutung gewonnen. Diese Segmentierung hat daher auch sehr tiefgehend die Gruppen und Organisationen des palästinensischen Widerstandes geprägt. Und es haben sich damit eine ganze Reihe von Gruppen und Personen herausgebildet, die zwar Führungsansprüche stellen, sich aber ansonsten allesamt durch eines auszeichnen: keine reale Machtbasis zu besitzen.

Der palästinensische Widerstand seit den 60er Jahren, der sich alsbald als 'Palästinensische Revolution' institutionalisierte, mußte sich seine eigene Machtbasis bzw. das, was dafür gehalten werden konnte, erst schaffen: Er ging aus von der Strategie des bewaffneten Focus, um auf dem Wege der militärischen Gewaltausübung das politische Ziel, die Machtübernahme im historischen Palästina, zu erreichen. Mit der unreflektierten Anlehnung an die Focus-Strategie[2] der kubanischen Revolution und der Hereinnahme von Theorieversatzstücken des algerischen und vietnamesischen Befreiungskampfes blieben die wesentlichen und besonderen Grundbedingungen der fragmentierten palästinensischen Gesellschaft außer betracht: Mit militärischen Konzepten, die in den genannten drei Beispielen — außer gegen die kolonialen bzw. imperialen Gegner — stets gegen den inneren, d. h. den Klassen-Feind gerichtet waren, sollte hier ein *äußerer* Feind bekämpft werden, der im übrigen übermächtig ist. Und mehr noch: Dieser Kampf sollte — und mußte seit 1967 vollständig — von fremden Territorien aus geführt werden, deren Gesellschafts- und



„Also gut, wohin geht's diesmal?"

Herrschaftsverhältnisse für die Palästinenser zweifach bedeutsam waren und sind: zum einen sind die Exil-Palästinenser zu nicht wegdefinierbaren i n n e n-politischen Faktoren der jeweiligen Gesellschaften geworden[3]; zum anderen erweisen sich die jeweiligen Regime im Zweifelsfalle als ebensolche ä u ß e r e Gegner wie das ‚zionistische Gebilde'. Um dieses Dilemma zu kaschieren, nahmen die zur politischen Klasse aufgestiegenen Führungsgruppen der institutionalisierten 'Palästinensischen Revolution' ein strategisch viel vernichtender wirkendes Dilemma in Kauf': um nicht in inneren, d. h. Klassen-Auseinandersetzung der arabischen Aufnahmeländer aufgerieben zu werden, stellte die ideologische Propaganda der Führung die Frage sozialer Veränderungen und Kämfpe zugunsten der Verkündung des militärischen Kampfes zur Befreiung Palästinas zurück. Damit wurde — drastisch gesagt — das strategische, nur auf dem Wege langer sozialer und politischer Kämpfe verwirklichbare Ziel zu einem taktischen Schritt degradiert.[4]. Alle weitere Veränderung — um das Stichwort von der Revolution aufzugreifen — sollte auf den Zeitpunkt nach der Etablierung von palästinensischer Herrschaft auf souveränem palästinensischem Territorium vertagt bleiben.

'Palästinensische Revolution' war daher immer nur 'Putsch-*Plan'* — Plan eines Putsches, dessen Nicht-Gelingen unter den gegebenen militärisch-strategischen Kräfteverhältnisse von vorneherein vorprogrammiert war. Die Illusion, die nicht vorhandene materielle Bais durch die 'Macht der Gewehrläufe' ersetzen zu können, erwies sich am überlegenen Zugriff israelischer, syrischer und jordanischer Militärs. Die bitteren Lektionen für den Traum von der 'Revolution bis zum Sieg' wurden 1970 in Amman, 1876 in Beirut, 1982 wiederumg in Beirut und 1983 in Tripoli erteilt.

Doch nicht nur die Toten und Verletzten dieser Kriege und Bürgerkriege sind der Preis für eine verfehlte Strategie, in der militärische Selbstüberschätzung an die Stelle von politischer Phantasie trat und die vom jeweiligen Gegner konsequent und mit voller Brutalität ausgenutzt worden ist. Mehr noch sind über Jahre Chancen vertan und Schwierigkeiten geschaffen worden, die noch lange Auseinandersetzungen in der palästinensischen Gesellschaft prägen werden:

Das Hintanstellen der *s o z i a l e n* Kämpfe hinter die als erste *nationale* Forderung propagierte Befreiung des Territoriums[5] hat viele Möglichkeiten der Entwicklung von 'subversiver Phantasie', des Sich-Einschalten in die Vielfältigkeiten der sozialen und Klassen-Auseinandersetzungen innerhalb der israelischen Gesellschaft verschüttet. Denn für den Araber Palästinas, der unter israelischer Herrschaft lebt — ob in Israel oder in den besetzten Gebieten —, stellt sich objektiv nicht die Frage nach der Existenz des 'zionistischen Gebildes' — es ist alltägliche Wirklichkeit. — Die Fragmentierung zwischen jenen Teilen der palästinensischen Gesellschaft in Palästina, d. h. unter israelischer Herrschaft, und jenen im Exil, hat daher in der Vergangenheit wiederholt politischen Ausdruck gefunden: so in den latenten Gegensätzen zwischen der Rakah[6] und der PLO-Führung, aber auch Ende der 70er, Anfang der 80er Jahre in den Meinungsverschiedenheiten zwischen der PLO in Beirut und dem Nationalen Führungskomitee in der Westbank.

Für das Exil allerdings erwies sich schwerwiegender als das Hintanstellen des *Sozialen* — das im Libanon in Form von Samed-Werkstätten[7] wie Limonade ins Meer der Bitternis gegossen wurde — das Voranstellen des *Militärischen,* der vermeintlichen materiellen 'Basis', vor das *Politische.* Denn diese Priorität war immer *zugleich* höchst real wie völlige Fiktion. Sie war real insofern, als der gesamte bürokratische Organismus, der beschönigend 'Palästinensische Revolution' genannt worden ist, auf die Erfordernisse der Militärs zugeschnitten war: bis hin zur Invaliden-Kasse für die 'Märtyrer der Revolution' und der Anlage riesiger Waffendepots mit schwerem Gerät noch 1981/82, welche die Israelis unversehrt übernehmen konnten. Diese Priorität war zugleich völlige Fiktion, da die engere politische Führung, während sie ihre Militärs dazu anhielt, die Bevölkerung in den Flüchtlingslagern des Libanons weiterhin mit dem Drill an der Waffe zu therapieren, stets und zum guten Teil hinter verschlossenen Türen mit politischen Karten versuchte zu reizen. So wurden z. B. unter Einschaltung von arabischen Regierungen (Ägypten, Saudi Arabien) permanent politische Kompromißangebote über territoriale Lösungen an die USA und die EG gemacht, die Israel zu territorialen Kompromissen veranlassen sollten. Natürlich muß ein Umschlagpunkt ausgemacht werden, an dem sich der Übergang von der bewaffneten Revolte der Formationsjahre, der noch ungetrübten Utopie jener 'Revolution bis zum Sieg', hin zur formierten politischen Klasse der 'Führer der Revolution' mit ihrer politischen Demagogie vollzogen hat. Äußerer Anlaß waren die verschiedenen diplomatischen Initiativen in Folge des Oktober-Krieges 1973; damals stand monatelang eine umfassende Nahost-Konferenz in Genf in Aussicht, an der möglicherweise palästinensische Kreise hätte teilnehmen sollen. In denselben Zeitraum fällt der Auftritt Yassir Arafats vor der Generalversammlung der Vereinten Nationen (November 1974) und die Welle von diplomatischen Anerkennungen von PLO-Vertretungen in der Mehrzahl der Staaten der Welt. Doch als eigentlicher Umschlagpunkt muß der 'Schwarze September' 1970 in Amman gesehen werden: dort hatte sich die Aussichtslosigkeit der beschriebenen militärischen Strategie erwiesen. — Kennzeichnend für die Führung der 'Palästinensischen Revolution' war fortan die Unfähigkeit, aus der Niederlage zu lernen und eine umfassende politische Perspektive zu entwickeln: Gegenüber der Bevölkerung wurde am Konzept des 'bewaffneten Kampfes' festgehalten, ihr wurde weiterhin versichert, sie könne Palästina mit der Waffe in der Hand befreien; das Militär sollte als gleichsam materielle Basis die Existenz der 'Palästinensischen Revolution' sichern. Abgehoben davon entstand eine seltsam verkümmerte politische Sphäre, in der *Politik* von den palästinensischen Führern allenfalls als *Diplomatie* verstanden worden ist und wird. Die Trennung dieser Ebenen und das mangelhafte Politikverständnis der palästinensischen Führung haben zu verheerenden Konsequenzen geführt:

— Noch zu einem Zeitpunkt, als die Führung in Beirut — unerschüttert von der unübersehbar katastrophalen Lage und dem sich abzeichnenden endgültigen Desaster — Kampfesslogans gegen den zionistischen Aggressor verbreitete, stimmte (seit etwa 1979) die Bevölkerung in den Lagern bereits mit den Füßen ab. Wer es sich irgendwie ermöglichen konnte, etwa durch verwandschaftliche Beziehungen, suchte eine Zukunft im Ausland.
— Nach der Zerstörung des Hauptquartiers und weiter Teile des Apparats im Sommer 1982 mußten die militärischen Ambitionen und die real-politischen/diplomatischen Offensiven notwendig weiter auseinanderklaffen. Als schließlich im Frühjahr 1983 die politische Führung 'ihren' Militärs durch die Einsetzung von dafür 'ge-

eignet' erscheinender Befehlshaber in der Beqaa-Ebene signalisierte, daß sie die Militärs wohl nur noch als 'Beschäftigungstherapeuten für die Massen' begreift, war die darauf folgende bewaffnete Auseinandersetzung nur konsequent — wenngleich tragisch.

Das palästinensische Volk als politisch-sozialer Faktor — seine nationale Vertretung: die PLO

Bei all den bezeichneten Fehlern und Mängeln war die PLO der Ausdruck des kämpfenden palästinensischen Volks und damit das Bindeglied für die *nationale* Identität dieser fragmentierten Gesellschaft. Mit dem *Bürgerkrieg von Tripoli* — wenngleich vom syrischen Regime geschürt — ist ein Riß durch die PLO gegangen. der *so* nicht mehr gekittet werden kann; d. h. die derzeit noch existierenden Bruchstücke der PLO der 60er bis 80er Jahre lassen sich nicht in der alten Formation der 'Palästinensischen Revolution' zusammensetzen.
Nun ließe sich angesichts fehlender nationaler Formierung mit dem — eingangs zitierten — TIP-Fragesteller schließen: „Schön, es gibt Palästina, aber nur in den Köpfen der Palästinenser." Dem entgegnete Jean Genet:
„Das stimmt doch nicht! In Ihrem Kopf doch auch. Sonst würden Sie nicht hier mit mir über Palästina sprechen."
Diese Bemerkung läßt sich gut und gerne verlängern:
Natürlich auf Israel, aber auch auf die Regierungen und politischen Gruppierungen in Syrien, Libanon, Jordanien usw. usf. Für sie stellt sich die Frage der Existenz der Palästinenser — und wenn als eine Art 'negative Materie', von der ständig eine potentielle Bedrohung der aktuellen Existenzformen der jeweils anderen ausgeht. (Die Bedrohung liegt in der sozialrevolutionären Sprengkraft einiger Gruppen in der PLO).
Hieraus ergeben sich die Konfliktpunkte, welche die vielfältigen *sozialen, politischen, kulturellen,* aber letztlich auch unmittelbar *wirtschaftlichen* Auseinandersetzungen markieren, in denen sich die Palästinenser als *nationale* Gemeinschaft in der nächsten Zeit re-formieren werden. Ohne daß man zur Zeit angeben kann, welcher Weg eingeschlagen und welche Politik eine ggf. neu-formierte PLO verfolgen wird, läßt sich mit Sicherheit festhalten, daß nur eine alle Lebensbereiche der fragmentierten palästinensischen Gesellschaft berücksichtigende Strategie Erfolg haben kann. Dies berührt insbesondere die große Spaltung der Palästinenser in diejenigen, die unter israelischer Herrschaft, und jene, die im Exil leben. Ein Wiederaufwärmen der Konzepte einer 'Revolution bis zum Sieg', also eines Anrennens gegen das 'zionistische Gebilde' als äußerer Feind, wird erneut sein notwendiges Scheitern erleben.



Palästinenser im Flüchtlingslager Rashidiya im Südlibanon

Auf diesem Hintergrund sei eine abschließende Bemerkung zur Figur von *Yassir Arafat* gemacht:
Er galt und gilt als die Integrationsfigur des palästinensischen Volks. In der Vergangenheit wurde seine spezifische Stärke unter den Gruppen des Exils häufig damit erklärt, daß er über keine eigene militärische 'Hausmacht' verfügt[8], daß er also die gefährlichen Rivalitäten der übrigen Führer in eigene politische Stärke ummünzen könne. Im Sommer 1982 galt er in Beirut schon als 'einsam'; seine politischen Initiativen 1983 wurden vielfach als 'abgehoben' kritisiert; nach seinem Besuch bei Mubarak in Kairo wird er als 'isoliert' bezeichnet.
Im Blick auf seine Verhandlungen mit Hussein über eine eventuelle Konförderation zwischen einem palästinensischen Teilstaat und Jordanien soll er hier versuchsweise als *ideeller Gesamtkapitalist* der palästinensischen Gesellschaft postuliert werden. Zugleich wird damit ein bestimmendes Dilemma dieser Gesellschaft und für die Zukunft des palästinensischen Volks als natioanle Einheit deutlich:
Wie eingangs ausgeführt, kann sich durch den Zustand äußerster Fragmentierung in dieser Gesellschaft keine durch materielle Macht vermittelte politische Struktur herausbilden, worunter unter den gegebenen Bedingungen des inner-gesellschaftlichen Status quo nur eine nationale Bourgeoisie vorstellbar wäre. Damit entfällt im Gesamtkontext des Palästina- und Nahostkonflikts auf palästinensischer Seite fortwährend der Counterpart für wie auch immer denkbare Vertragsabschlüsse (was sich in wiederholten amerikanischen und europäischen Bemerkungen, wer denn nun der Sprecher des palästinensischen Volks sei, manifestiert). In dieser Situation bietet sich Arafat den vielen sich widerstreitenden Führungspersonen und -gruppen, die weder allesamt noch einzeln über materiell vermittelte Macht verfügen, als eine Art 'virtueller Gesamtbourgeois' an. Wird er als solcher am Verhandlungstisch akzeptiert, kann er den in Fragmentierung lebenden 'Habenichtsen' über Nacht zu reel existierender Macht verhelfen. Nichts ist hier erfolgreicher als der Erfolg! Scheitert Arafat, läßt man ihn fallen und bezichtigt ihn des Verrats an der nationalen Sache.

Im konkreten Fall der Verhandlungen mit Hussein geht es um die Annäherung an den alten Hussein-Plan eines Vereinigten Arabischen Königreiches von 1972 (in seiner Neuauflage auch Reagan-Plan genannt) unter Berücksichtigung der Beschlüsse des Arabischen Gipfels von Fez. Käme es je zu einer wie auch immer gearteten Konföderationslösung zwischen einem palästinensischen Teilstaat aus Westbank und Gaza-Streifen einesteils und Jordanien anderenteils, würden wesentliche Teile der fragmentierten palästinensischen Bourgeoisie aus Landwirtschaft, Industrie und Handel zusammengeführt und könnten sich national, d. h. auch politisch, formieren. Rund 55 Prozent der palästinensischen Gesamtbevölkerung wären von einer solchen Lösung unmittelbar betroffen; durch zu erwartende Migration (vor allem aus dem Libanon) würde der Anteil sehr schnell größer.

Es darf hier unterstellt werden, daß keine der potentiell betroffenen wirtschaftlich interessierten Gruppen unter den Palästinensern gegen eine derartige Lösung ernsthafte Einwände vorbringen würde. Nur ihr 'ideeler Vertreter', der als 'vorweggenommener staatlicher Gesamtkapitalist' agiert, müßte am Verhandlungstisch als

solcher akzeptiert werden. Da dies allererst durch die Amerikaner zu geschehen hätte, weil nur sie die 1967 besetzten Gebiete aus dem israelischen Herrschaftsbereich herausbrechen könnten, wird man sich in Washington weiterhin überlegen, wer für die USA im Nahen Osten der bessere Verbündete ist: die bewährt starke israelische Bourgeoisie oder die noch zu formierende palästinensische. Allerdings darf hier gleich angemerkt werden, daß allein die Tatsache, daß Israel für das amerikanische Budget als der 'preiswerteste' — weil effektivste — 'US-Stützpunkt' auf der Welt gilt, den Griff zur zweiten, der arabischen Lösung völlig unwahrscheinlich macht. — Aber im Zweifelsfalle wird man sich in Washington der Frage entsinnen, wer denn eigentlich Yssir Arafat sei; und gegebenenfalls erschallt aus Jerusalem ein unüberhörbares „Mörder!" — oder umgekehrt.

Friedhelm Ernst



Anmerkungen

1. Das Regime in **Jordanien** kam im 'Schwarzen September' 1970 einem möglichen Umsturzversuch durch die blutige Niederschlagung des palästinensischen Widerstandes zuvor; etwa 20.000 Menschen verloren das Leben. — Die Regime am **Golf** beugen möglichen politischen Forderungen der dort lebenden palästinensischen Bevölkerung, die zudem viele einflußreiche Positionen in den Golf-Staaten bekleidet, durch 'finanzielle Abgeltungen' an die PLO und die Widerstandsorganisationen vor. Es ist bekannt, daß vor allem Al Fatah auf diese Weise seine Kasse füllt.
2. Hierunter wird die Initiative eines bewaffneten militärischen 'Kerns', einer Gruppe, verstanden. Die zunächst in ihrem Charakter rein militärische Initiative zur Veränderung politisch-gesellschaftlicher Verhältnisse wird in der klaren Erwartung einer sich entwickelnden massenhaften Unterstützung durch die unterdrückte Bevölkerung ergriffen. Die Initiative der Gruppe von Fidel Castro gilt hierfür als ein erfolgreiches Beispiel.
3. In **Jordanien** zum Beispiel machen die Palästinenser rund 60 Prozent der Gesamtbevölkerung aus (vgl. auch Anm. 1). Im **Libanon** tragen sie seit der Mitte der 60er Jahre, dem Beginn des wirtschaftlichen Niedergangs des Libanons, gleichsam als 'Hefe im Teig' wesentlich zur Verschärfung der Spannungen in der ohnehin zerrissenen, von Stammesauseinandersetzungen geprägten libanesischen Gesellschaft bei.
4. Das progagierte **strategische** Ziel, der „Traum" (Yassir Arafat), eines 'demokratischen Palästinas', in dem alle Muslime, Christen und Juden gleichberechtigt leben können, wird dem auf diesem Wege zu erfolgende **taktischen** Schritt der militärischen Machtübernahme untergeordnet. Alle mit dem „Traum" eines 'demokratischen Palästinas' verbundenen notwendigen sozialen Umgestaltungen in der arabisch-palästinensischen Gesellschaft werden de facto nicht verfolgt sondern auf den 'Sankt-Nimmerleins-Tag' nach der erhofften militärischen Machtübernahme verschoben.
5. Darauf, daß in der von der Tradition einer Fellachengesellschaft geprägten palästinensischen Diktion hier immer die Unmittelbarkeit des 'Bodens' — also allererst 'terra' und nicht 'Territorium' — gedacht ist, kann in der Kürze dieses Beitrags nicht eingegangen werden.
6. Israelische Kommunistische Partei, die in den letzten Jahren — mangels anderer politischer Vertretungsmöglichkeiten — hauptsächlich von den Palästinensern in Israel in die Knesseth (das israelische Parlament) und in die Kommunalvertretungen gewählt worden ist. Dabei trat die Rakah zumeist im Wahlbündnis mit anderen Gruppierungen auf, bewahrte sich allerdings jeweils die führende Rolle im Bündnis. — Diese Konstellation könnte sich bei den bevorstehenden Knessethwahlen ändern, da eine weitere arabisch-jüdische Liste zu den Wahlen antritt.
7. Es handelte sich um Werkstätten der Fatah, die (besonders in den Flüchtlingslagern) handwerkliche und kunstgewerbliche Produkte herstellten. Der Sinn lag zum einen in arbeitsmarktpolitischen und wirtschaftlichen Effekten — in den Samed-Werkstätten waren über dreitausend Palästinenser beschäftigt und es wurde auch für den Export produziert, (z. B. Möbel). Zum anderen sollte — gerade im kunstgewerblichen Bereich — die palästinensische Kultur und Tradition erhalten werden.
8. Arafat ist als Kommandeur des Militärs zwar verantwortlich, aber er ist kein Truppenführer im engeren Sinne.

Dritte Welt im Schuldturm

Ursachen und Folgen der Verschuldung in der Dritten Welt

Der folgende Artikel ist als Auftakt zu einem Themenblock „Verschildung in der Dritten Welt" anzusehen, in dem u. a. auf die Rolle der Privatbanken, des IWF, der historischen Einordnung von Staatsverschuldungen genauer eingegangen wird. Geplant ist dieses Schwerpunktheft für den Oktober 1984.

Ein Anstieg der Zinsen in den USA, ausgelöst durch das Redkorddefizit der US-Bundesregierung in Höhe von rund 200 Mrd. $, droht die internationale Verschuldungskrise erneut zu verschärfen. Schon 1982 und 1983 konnte ein Kollaps des internationalen Finanzsystems nur durch Umschuldungen im Wert von mehr als 100 Mrd. $ verhindert werden. Inzwischen dürfen die Gesamtschulden der Dritten Welt den Betrag von 800 Mrd. $ überschritten haben, allein an Zinsen dürften 1984 rund 80 bis 100 Mrd. $ fällig sein. Immer mehr Staaten geraten so in eine neue ökonomisch-juristische Form der Abhängigkeit, die Schuldknechtschaft; sie sitzen ausweglos fest wie in einem Schuldturm.

Der folgende Beitrag versucht die verschiedenen Ursachen der Schukdenkrise aufzuzeigen und die derzeitige Lage zu umreißen.

In einer geplanten Fortsetzung soll auf die Diskussion um die Lösungsvorschläge und deren Wirkungen auf die Schuldenraten eingegangen werden.

Die Ursprünge der Verschuldungskrise reichen zurück in die frühen 70er Jahre. Der Weg in den Schuldturm vollzog sich dabei in drei Etappen: einer ersten, etwa von 1972/73 bis 1979, in der hohe Schulden aufgetürmt wurden; einer zweiten, in der es aufgrund der weltweiten Wirtschaftskrise zu einem Rückgang der Deviseneinnahmen bei gleichzeitigem drastischen Anstieg der Zahlungsverpflichtungen kam. Als 1982 daraufhin nacheinander mehrere Staaten nicht einmal mehr in der Lage waren, ihre Zinsen auszubringen, kam es zum offenen Ausbruch der Verschuldungskrise. Die seitdem laufende dritte Etappe zeichnet sich durch Umschuldung einerseits, drastische Reaktionen und Auflagen der Gläubiger andererseits aus.

Schuldenursache 1: Nichtproduktive Verwendung der Kredite

Für viele Staaten, insbesondere die Schwellenländer, war der erste Schritt auf dem Weg in den Schuldturm ausgerechnet ihr verstärktes Bemühen um die Steigerung des BSP durch Industrialisierung und den Ausbau der Infrastruktur. Anfang der 70er Jahre waren die Voraussetzungen dazu vergleichsweise gut. Denn nach Wachstumsraten in den 60er Jahren wie zu den besten Zeiten des deutschen „Wirtschaftswunders" — durchschnittlich 6,4 Prozent standen diesen Ländern bei Kreditgebern alle Türen offen. Angesichts der seinerzeit niedrigen Zinsen schien sich eine Verschuldung dieser Länder im Ausland auch durchaus zu lohnen: mit den gepumpten Dollars konnten auf dem Weltmarkt Waren gekauft werden, die zur Stärkung der Wirtschaftskraft gebraucht, im Inland aber noch nicht produziert wurden. Solange diese Investitionen einen Ertrag abzuwerfen versprachen, der über dem zu zahlenden Zins lag, schien sich das Schuldenmachen allemal zu lohnen; zumal seinerzeit die relativ hohen Inflationsraten die Schuldner zusätzlich begünstigten.

Nicht aufgehen konnte diese Rechnung allerdings, wenn das Kapital ineffizient — ohne *Devisenertrag* — eingesetzt wurde; oder aber bei einem Anstieg der Zinskosten. Diese grundlegenden ökonomischen Zusammenhänge wurden Ländern wie Brasilien, Mexiko und vielen anderen zum Stolperstein. Denn in der allgemeinen Aufschwungseuphorie wurden Projekte finanziert, die sich in volkswirtschaftlicher Rechnung als Minusgeschäft erwiesen. So lei-

Exportproduktion



In der Zeitung hier steht, daß unser Land seinen Schuhexport gesteigert hat.



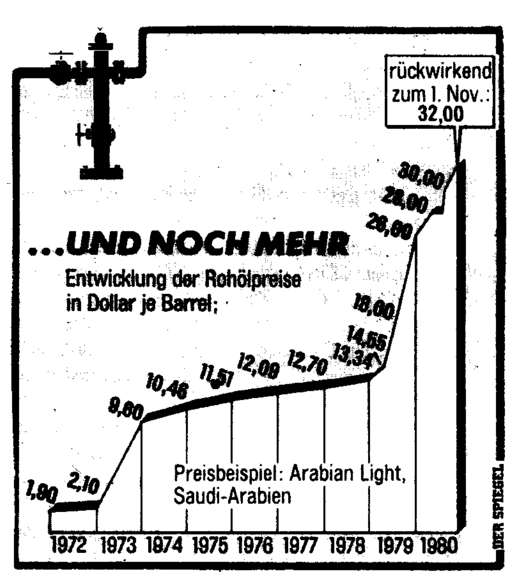
Es heißt, daß sie billig sind und sich in den USA und in Europa gut verkaufen lassen.



Diese Exporte haben unsere Auslandsschulden um 1,07 % verringert.



... Dann wird es wohl noch eine Zeit dauern, bevor wir selbst welche an den Füßen haben ...



steten sich viele Staaten aufwendige Prestigebauten ohne jeglichen Ertrag oder verpulverten Milliarden in die Aufrüstung von Militär und Polizei. Getreu dem Prinzip „Zuckerbrot und Peitsche" wurden die Kredite bisweilen auch dazu verwandt, Grundnahrungsmittel zu importieren und zu staatlich subventionierten Preisen abzugeben, um so die für jede Regierung gefährlichen Millionen von Slumbewohnern in den Hauptstädten stillzustellen. Über Korruption und Vetternwirtschaft versickerte zudem nicht selten ein beträchtlicher Teil der Kredite in die Taschen der herrschenden Elite, um dann eiligst außer Landes geschafft zu werden — etwa auf geheime Konten in der sittenstrengen Schweiz oder zu lohnenden Anlagen in den USA. Die OECD schätzt für Ende 1982 das Ausmaß der Kapitalflucht aus Nicht-OPEC-Entwicklungsländern (NOPEC-Staaten) auf 50 bis 100 Mrd. $. (2)

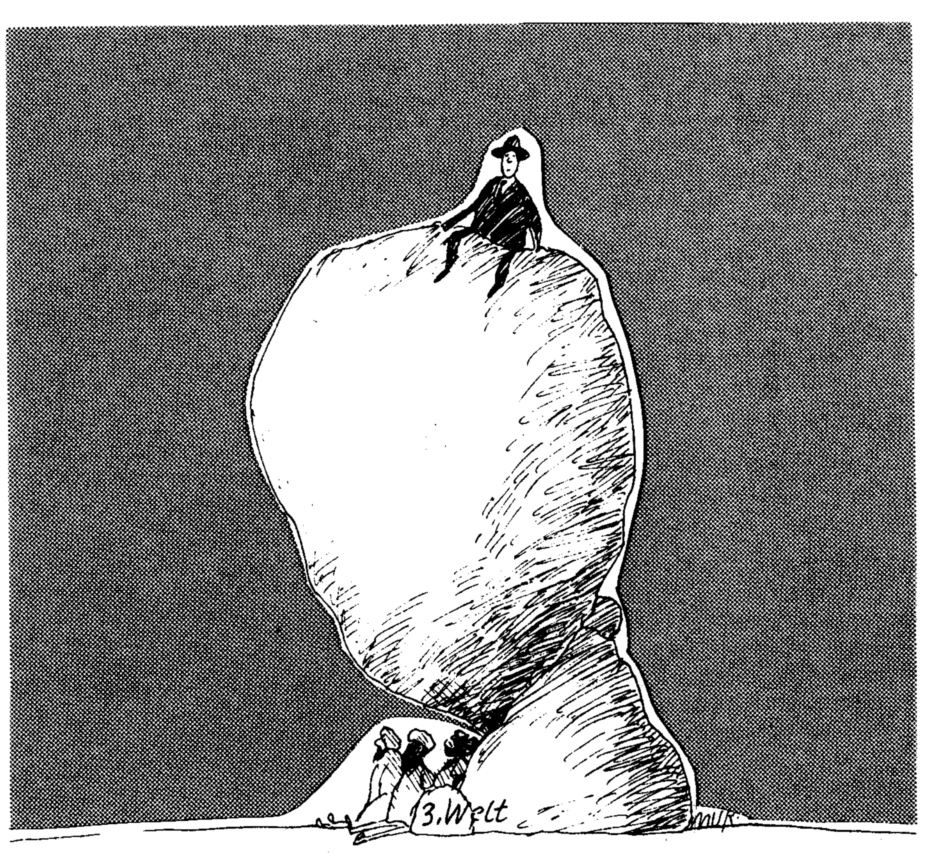
Schuldenursache 2: Ineffiziente Investitionen

Wurden die Kredite aber nicht nur „verfrühstückt", sondern tatsächlich investiert, so erwiesen sich die aufgebauten Produktionskapazitäten auf dem Weltmarkt häufig als nicht konkurrenzfähig. Mangelhafte Qualität, zu hohe Transport- und sonstige Kosten, Fehler des Managements usf. trieben viele Unternehmen in die Pleite. Doch auch grundsolide Investitionsprojekte erwiesen sich häufig als Fehlschlag, denn im Verlauf der 70er Jahre verschlechterte sich die Lage auf dem Weltmarkt,auf dem die Devisen zur Rückzahlung der Schulden verdient werden mußten. Dazu kam, daß die Industrieländer ihre Märkte gegen Importe aus Dritte-Welt-Staaten durch Protektionismus abschotteten, insbesondere seit Beginn der Weltwirtschaftskrise Anfang der 80er Jahre. So etwa lieferten die Europäer den Brasilianern in den 70er Jahren zahlreiche Stahlwerke — auf Kredit. Als die Brasilianer aber ihren billigen Stahl nach Europa exportieren wollten, um mit den Devisenerlösen ihre Schulden abzutragen, erzwang die notleidende europäische Stahlindustrie Importrestriktionen, diplomaten-ökonomisch „Selbstbeschränkungsabkommen" genannt.[2a] Ergebnis: Der Stahl ist in Europa teurer als nötig, Brasilien aber sitzt auf seinem billigen Stahl und den Schulden.

Schuldenursache 3: Teures Öl

Für die ärmeren Länder begann der Weg in den Schuldturm zumeist mit der drastischen Verteuerung der Ölpreise 1972/73. Denn die meisten Länder, die sich am Vorbild der Industriestaaten orientiert und dementsprechend auf Öl als wichtigste Energiequelle gesetzt hatten, konnten ihren Ölverbrauch nicht reduzieren, waren weiterhin auf den Import des teuren Öl angewiesen.

Doch anders als die Industriestaaten waren die unterentwickelten Länder nicht in der Lage, ihr Ölrechnung durch verstärkte Warenlieferungen an die OPEC-Staaten zu begleichen. Sie mußten Kredite teils vom IWF, teils von Regierungen reicher Länder, teils von privaten Gläubigern aufnehmen. Als 1979/80 die Ölpreise sich erneut mehr als verdoppelten, gerieten die Zahlungsbilanzen vieler Dritte-Welt-Staaten völlig aus dem Lot. Seitdem leben eine ganze Reihe dieser Länder auf Pump — und auf Sparflamme.



Welt-Schuldenberg

Finanzierung des Schuldturms über den Eurodollarmarkt

Die gewaltigen Finanzströme, die die schlagartige Vervielfachung des Rohölpreises 1972/73 auslöste, ließen binnen kurzem einen neuartigen Markt für Kapital aufblühen: den Eurodollarmarkt. Denn die über Nacht reichgewordenen OPEC-Staaten konnten nur einen Teil der ihnen zufließenden Dollars für Konsumgüter oder Investitionen in Fabriken und Infrastruktur im eigenen Lande ausgeben; für den Rest suchten sie nach ertragreichen Anlagen im Ausland. Aufgrund zahlreicher Bestimmungen war die Anlage von großen Dollarguthaben für Ausländer in den USA jedoch schwierig und unattraktiv; so etwa durften aufgrund der sogenannten „Regulation Q" Guthaben bei amerikanischen Banken nicht oder nur relativ niedrig verzinst werden.[3] Zudem dürften viele der neureichen Ölmilliardäre, die die Industrieländer mit ihrem Preiskartell empfindlich schröpften, eine Beschlagnahme ihrer Konten in den USA befürchtet haben — hatte die US-Regierung seinerzeit doch sogar militärische Aktionen gegen OPEC-Miglieder öffentlich erwogen. In dieser Situation kam den Ölfürsten zugute, daß sich in Europa eine Art exterritorialer Markt für Dollar gebildet hatte. Ermuntert durch freizügige Regelungen waren Banken in Europa nämlich dazu übergegangen, ausländische Währungen in ihrem Besitz, z. B. Dollars, nicht wie bislang üblich an das Ursprungsland zurückzuverkaufen, sondern auf eigene Rechnung zu verleihen. Ein gewaltiger Vorteil bei diesem Geschäft besteht dabei darin, daß Einlagen im Fremdwährung, anders als solche in heimischer Währung, nicht den Bestimmungen der jeweiligen Notenbank unterliegen; insbesondere auch nicht der für die Banken kostspieligen Verpflichtung, einen Teil des Einlagenbetrags bei der Notenbank zinslos als Mindestreserve zu unterhalten. Die derart ermöglichten Kostenersparnisse aber wurden von den Eurobanken in Form von Zinsnachläßen an die Kreditnehmer weitergegeben. Damit aber bot der Euromarkt nicht nur Freiheit von lästiger Aufsicht und gesetzlichen Reglementierungen, sondern auch vergleichsweise günstige Zinsen.

Auf diesem Geldmarkt nun boten die OPEC-Staaten ihre überschüssigen Dollarmilliarden aus dem Ölgeschäft an — unter dem Eindruck der unsicheren politischen Lage allerdings in der Regel nur kurzfristige für drei Monate, um ihr Kapital gegebenenfalls wieder abziehen zu können. Die Eurobanken gewährten deshalb aber langfristig Kredite nur unter der Bedingung, daß die Schuldzinsen alle drei Monate an die Marktzinsen angepaßt wur-

den. Diese — von den bis dahin üblichen Regelungen abweichende — Vereinbarung *flexibler* Zinsen aber sollte sich für die Schuldner als gewaltiger Pferdefuß entpuppen. Denn im Laufe der 70er Jahre stieg der Euro-Leitzins LIBOR von 8,3 % 1972/73 auf schwindelerregende 17,4 % 1981. Damit aber stiegen auch die Zinsverpflichtungen der Schuldner. Deviseneinnahmen mußten nun für Zinszahlungen verwandt werden — anstatt wie geplant zum Abbau der Schulden und damit auch der Zinsverpflichtungen.

Ausschaltung des IWF durch „Kommerzialisierung des Zahlungsbilanzausgleichs"

Aber nicht nur die auf dem Euromarkt übliche Vereinbarung flexibler Zinsen erwies sich im nachhinein als problematisch. Bis Anfang der 70er Jahre mußten Zahlungsbilanzdefizite eines Landes, entstanden durch zu hohe Importe im Verhältnis zu den Exporten, in der Regel durch Kreditaufnahme beim IWF finanziert werden. Der IWF aber, eine supranationale Institution, knüpft an die Kreditvergabe politische Auflagen, die dazu beitragen sollen, das Zahlungsbilanzdifizit abzubauen. Diese Auflagen waren und sind Gegenstand heftiger Kontroversen, beinhalten sie doch schmerzliche Eingriffe in die Belange souveräner Regierungen; zudem treffen die auferlegten Maßnahmen nicht selten gerade die armen Bevölkerungsschichten in den betroffenen Ländern besonders hart. Last but not least sind die Maßnahmen nicht selten auch „sachlich" umstritten. Ganz allgemein wird von vielen Wirtschaftsexperten die einseitige Ausrichtung der IWF-Politik an der sogenannten „monetären Zahlungsbilanztheorie" kritisiert, derzufolge das Ziel „Wirtschaftswachstum" und „gerechte Einkommensverteilung" rangiert.[4]

Der Eurodollarmarkt nun schien eine Möglichkeit zu bieten, die durch die Ölpreissteigerungen entstandenen Zahlungsbilanzdefizite zu finanzieren — zu relativ günstigen Zinssätzen und vor allem ohne vormundschaftliche und im eigenen Lande unpopuläre Auflagen durch den IWF. Andererseits verleitete die Möglichkeit der Verschuldung auf den Euro-Märkten aber auch dazu, die Probleme schleifen zu lassen: anstatt die teuren Öl — und sonstigen Importe nach Möglichkeit abzubauen, wurde von der in kurzer Sicht bequemeren Möglichkeit zur Finanzierung der Importüberschüsse durch kommerzielle Kredite Gebrauch gemacht. Den Defizit-Ländern schmackhaft gemacht wurde diese „Kommerzialisierung des Zahlungsbilanzausgleichs" von den Euro-Banken, denen seinerzeit „Petro-Dollars" aus den OPEC-Staaten in Milliardenhöhe zuflossen; da es aber aufgrund des Rückgangs der Investitionen in den entwickelten Ländern an Anlagemöglichkeiten fehlte[5], drängten die Eurobanken nach Angaben von Beobachtern jedem noch halbwegs akzeptabel er-

Fehlinvestition

Es begann verheißungsvoll: 1974 klingelten in Togo die Kassen, denn der Weltmarktpreis für Phosphat hatte sich vervierfacht. Binnen Jahresfrist stiegen so die Devisenerlöse dieses wichtigsten Exportguts von knapp 30 auf über 140 Mio. $ Im Rausch dieses plötzlichen Reichtums ließ sich die selbstherrliche Militärregierung unter Staatschef Eyadema von eigennützigen Beratern eine Industriealisierungsstrategie aufschwatzen — zum Schaden der rückständigen, aber durchaus ausbaufähigen Landwirtschaft. Die hochfliegenden Pläne liebgewonnen, ignorierte die Regierung auch, daß schon in den folgenden Jahren die Phosphaterlöse erst auf 80 und dann auf 50 Mio. $ sanken — und stopfte die Löcher in der Devisenkasse mit Auslandskrediten.

So lieferte die Schweizer Firma BBC trotz Krise auf dem europäischen Stahlmarkt zunächst — kostenlos — eine optimistische Studie über die Absatzchancen für Stahl — und durfte dann auch prompt — für rund 100 Mio. DM — ein Stahlwerk bauen; die Schweizer Bankgesellschaft stellte die Kredite. Dabei verfügt Togo nur über unwesentliche Eisenerzvorkommen und einen unbedeutenden eigenen Absatzmarkt. Die auf 40.000 Tonnen ausgelegte Kapazität des Werkes war dann auch nie mehr als ein Viertel ausgelastet. 1983 wurden gerade 10 % der Kapazität genutzt, 1984 ging der Schmelzofen kaputt; seitdem ist das Werk de facto stillgelegt.

Auch eine englische Firma kam gut ins Geschäft. Zwar gibt es in Togo keine Rohölvorkommen, doch hinderte dies die Engländer — unterstützt von Regierungskrediten — nicht, der togolesischen Regierung eine komplette Raffinerie für rund 100 Mio. DM aufzuschwatzen. Das Öl sollte aus dem Nachbarland Nigeria importiert und auf dem Spotmarkt in Rotterdam gewinnbringend verkauft werden. Aus dem Geschäft wurde nichts — nicht zuletzt auch wegen des billigeren englischen Nordseeöls. 1980, zwei Jahre nach Inbetriebnahme, mußte die auf eine Million Tonnen ausgelegte Raffinerie in Togo wieder dichtmachen ...

Als Faß ohne Boden erwies sich auch der Aufbau der Tourismusindustrie, der Togo Angang der 70er Jahre in einer UN-Studie empfohlen wurde — obwohl Togo weder besondere landschaftliche Reize noch eine touristische Infrastruktur aufzuweisen hatte. Selbst ein so harmloses Touristenvergnügen wie Baden im Meer ist in Togo aufgrund der gefährlichen Brandung kaum möglich; in den Binnengewässern aber droht den Badeurlaubern Gefahr durch tropische Parasiten. Mit Hilfe einer deutschen Consulting-Firma wurden dennoch in kurzer Zeit mehrere touristische Großprojekte — von riesigen Hotelkomplexen über eine Gastronomiefachschule bis hin zum Tierreservat — geplant und teilweise realisiert. Experten schätzen, daß Togo trotz dieser erheblichen Investitionen bisher noch keine Mark und keinen Dollar am Tourismus verdient hat, vielmehr nach wie vor jährlich zweistellige Millionenbeträge (in DM) zubuttern muß.



Der derzeitige Vorsitzende des Bundesrats und Möchtegern-Außenminister und Krediteinfädler Franz-Josef Strauß überbrachte zur Feier der 100-jährigen Unabhängigkeit Togos von Deutschland ein Kreditgeschenk: Die BRD erläßt Togo 270 Mio. DM Schulden.

und Verschwendung: Das Beispiel Togo

Einen permanenten Aderlaß für den ohnehin defizitären Staatshaushalt verursacht auch das nach betriebswirtschaftlichen Kriterien völlig unrentable „Hotel du 2 Fevrier" mit seinen 52 Präsidenten- und Ministersuiten, Konferenzsälen, Casino usf... Der ruhmsüchtige Präsident Eyadema wollte mit diesem über 200 Millionen DM teuren Prunkbau eine Konferenz — oder gar den Hauptsitz — der „Organisation für Afrikanische Einheit" (OAU) nach Lomé locken. Dieser Traum des Präsidenten, Togo zu einer „afrikanischen Schweiz" zu machen und an der Spitze dieser „Oase der Stabilität" eine bedeutende Rolle als politischer Vermittler im afrikanischen Einigungsprozeß zu spielen, kommt die Togolesen teuer zu stehen: allein der Unterhalt der bestenfalls zu 20 Prozent ausgelasteten Edelherberge kostet jeden Monat mindestens 700.000 DM ...

Im Dezember 1982 mußte Staatspräsident Eyadema vor den Mitgliedern der Einheitspartei zugeben, daß die 1974 eingeleitete Industrialisierungsstrategie ein völliger Fehlschlag war. Allein für die stillgelegte Raffinerie, das Stahlwerk und ein ebenfalls marodes Textilunternehmen hatte der Staat in den vergangenen Jahren umgerechnet rund 2,7 Mrd. DM aufwenden müssen, die größtenteils aus Darlehen von Geschäftsbanken finanziert wurden. Die Auslandsschulden wurden für Ende 1983 ebenfalls auf rund 2,7 Mrd. DM beziffert.



Die Vernachlässigung der Landwirtschaft rächt sich jetzt bitter: seinerzeit unterblieb der relativ billige Bau von Brunnen allzu oft; so wurden während des Fünfjahresplans von 1971 bis 1976 anstatt der geplanten 470 Brunnen (für durchschnittlich 200.000 DM) nur etwa 100 gebaut, — obwohl viele Menschen auf dem Land täglich zehn Kilometer und mehr zu Fuß bis zur nächsten Wasserstelle zurückzulegen haben. Die derzeitige Dürre in Afrika trifft deshalb die Bevölkerung in Togo jetzt auch besonders hart. Neben Ernteausfällen bei den Exportprodukten Kaffee und Kakao fehlt es nun auch an Grundnahrungsmitteln. Zur Behebung der dringendsten Not mußte das eigentlich fruchtbare Togo bereits Getreide in Frankreich, Kanada und den USA bestellen.

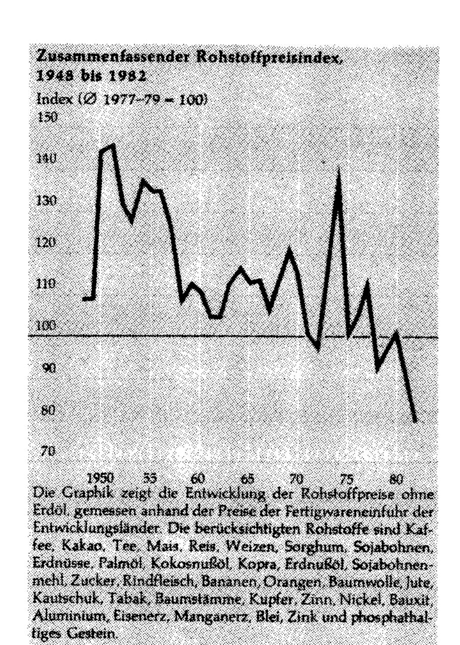
Um dem permanent defizitären Land weitere Kredite und damit Warenimporte zu sichern, mußte Präsident Eyadema nach anfänglichen Weigerungen 1983 doch die Auflagen des IWF und der Gläubigerstaaten erfüllen: sechs marode Staatsbetriebe — darunter auch das öffentliche Nahverkehrsunternehmen für Lomé — wurden geschlossen, ein siebenter Betrieb wurde privatisiert. Die Staatsausgaben — ausgenommen das Schulwesen — mußten um 15 Prozent gekürzt, Gehaltserhöhung für Staatsbedienstete wieder zurückgenommen werden. Auf Druck von IWF und Weltbank mußten die staatlichen Monopole, an die die Bauern ihre Produkte liefern müssen, ihre Ankaufpreise erhöhen; so sollen den Erzeugern Anreize geboten werden, mehr zu produzieren. In der staatlichen Planung wird nun der ländlichen Entwicklung (mit den Unterzielen „Selbstversorgung" und „Förderung von Agrarexporten") oberste Priorität eingeräumt.

Die togolesische Bevölkerung hat für die fehlgeschlagenen Investitionsprojekte und die ungünstige Entwicklung auf dem Weltmarkt, für Prestigesucht und Zinsanstieg bitter bezahlen müssen: Seit 1980 ist das reale BSP um mindestens zehn Prozent zurückgegangen; seit Ende 1982 rangiert Togo auch wieder offiziell unter den LLDC's, den ärmsten Staaten.

scheinenden Schuldner die Kredite gerade zu auf[5a].

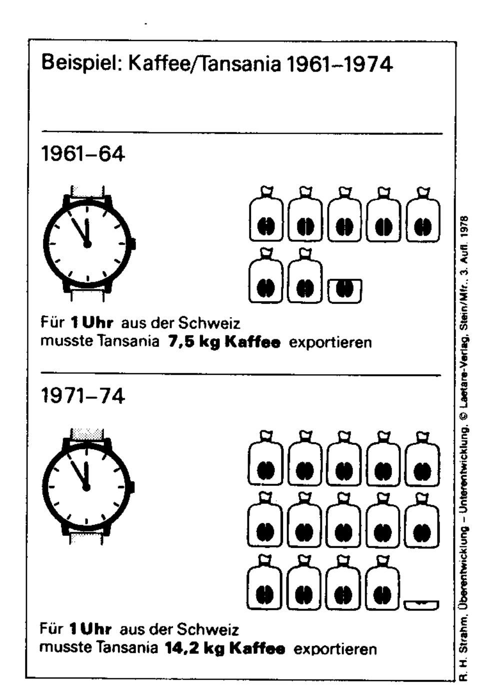
Schuldenursache 4: Rückgang der Exporterlöse

Endgültig in den Schuldturm gerieten zahlreiche Länder infolge der weltweiten Wirtschaftskrise seit Anfang der 80er Jahre. Ausgelöst nicht zuletzt durch die erneute Steigerung der Ölpreise durch das OPEC-Kartell, ging in den meisten Industriestaaten die Produktion zurück — damit aber auch der Bedarf an Rohstoffen, den nach wie vor wichtigsten Devisenbringern der Dritten Welt. Völlig durcheinander aber gerieten die Import-Export-Bilanzen vieler Länder schließlich dadurch, daß nicht nur der mengenmäßige Absatz vieler Rohstoffe sank, sondern auch deren Preise drastisch verfielen. Real gemessen — nach Bereinigung um den Anstieg der Preise für Fertigwaren, die die Entwicklungsländer importieren — waren die Rohstoffpreise 1982 niedriger als zu jeder Zeit nach dem 2. Weltkrieg. Die sogenannten Terms of Trade, mit denen das Verhältnis von Export- zu Importpreisen gemessen wird, gingen für die ärmeren NOPEC-Staaten vom Indexwert 100 (1975) auf 87 (1981) zurück.[6] Um also ein bestimmtes Fertigprodukt auf dem Weltmarkt kaufen zu können, mußten 1981 rund 15 Prozent mehr Rohstoffe als Gegenwert geliefert werden als 1975; und das bei schrumpfender Nachfrage nach eben diesen Rohstoffen — für viele Länder ein heilloser Teufelskreis.



Die Graphik zeigt die Entwicklung der Rohstoffpreise ohne Erdöl, gemessen anhand der Preise der Fertigwareneinfuhr der Entwicklungsländer. Die berücksichtigten Rohstoffe sind Kaffee, Kakao, Tee, Mais, Reis, Weizen, Sorghum, Sojabohnen, Erdnüsse, Palmöl, Kokosnußöl, Kopra, Erdnußöl, Sojabohnenmehl, Zucker, Rindfleisch, Bananen, Orangen, Baumwolle, Jute, Kautschuk, Tabak, Baumstämme, Kupfer, Zinn, Nickel, Bauxit, Aluminium, Eisenerz, Manganerz, Blei, Zink und phosphathaltiges Gestein.

Kaufkraftverluste für die Entwicklungsländer

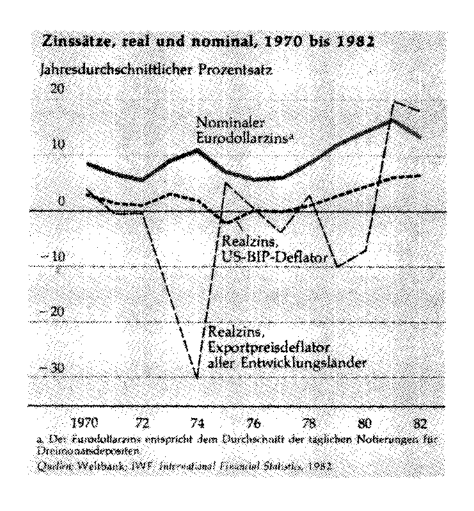


R. H. Strahm, Überentwicklung – Unterentwicklung, © Laetare-Verlag, Stein/Mfr., 3. Aufl. 1978

Schuldenursache 5: Anstieg der Zinsen

Doch nicht genug — zum Rückgang der Exporterlöse kam noch ein weiteres Übel hinzu: Anfang der 80er Jahre kletterten die Zinsen auf Rekordhöhe; damit aber für die Schuldner — vor allem diejenigen, die flexible Zinsen vereinbart hatten — auch die Zinskosten. Ursache für den Zinsanstieg war insbesondere ein 1979 erfolgter Kurswechsel der US-Notenbankpolitik, der dazu führte, der Bekämpfung der Inflation oberste Priorität einzuräumen. Denn nach den Lehren des Wirtschaftstheoretikers Milton Friedman und seiner monetaristischen Gefolgsleute liegt der letzte Grund für die Krisen, die die industrielle Marktwirtschaft im letzten Jahrzehnt immer stärker beutelten, in den wachsenden Inflationsraten; nach Ansicht der Monetaristen nämlich setzt die Inflation die Selbststeuerung der Marktprozesse über die Preissignale außer Kraft und zerrüttet so die gesamte Marktwirtschaft. Um die Inflation zu stoppen, halten deshalb in den letzten Jahren die Notenbanken der wichtigsten Industrieländer die Geldmenge vergleichsweise knapp.

Anfang der 80er Jahre ließ diese Anti-Inflationspolitik durch knappes Geld nicht nur die nominalen, sondern auch die realen Zinsen emporschnellen. Dies u. a. auch



a. Der Eurodollarzins entspricht dem Durchschnitt der täglichen Notierungen für Dreimonatsdepositen.
Quelle: Weltbank; IWF, International Financial Statistics, 1982.

deshalb, weil mit der Reagan-Administration, die Jahr für Jahr Rekord-Defiziten für das US-Staatsbudget in Kauf nahm, ein „zinsrobuster" Großnachfrager nach den knappen Dollars auf den Plan trat.

Auch auf den internationalen Kapitalmärkten änderte sich die Szenerie. Infolge der zweiten Ölpreisanhebung und der durch sie mitverursachten Weltrezession sank die Nachfrage nach Öl, so daß 1981 einige OPEC-Staaten ihrerseits Kredite aufnehmen mußten. Die ehrgeizigen Entwicklungspläne dieser OPEC-Staaten ließen sich mit den sinkenden Öleinnahmen nämlich nicht mehr finanzieren, so daß diese Länder — etwa Algerien, Venezuela und Nigeria — aus der Position des Nettogläubigers und Geldgebers in die des Nettoschuldners und Kretitnachfragers wechselten. Stellten die OPEC-Staaten in ihrer Gesamtheit im ersten Halbjahr 1981 den internationalen Kapitalmärkten noch Mittel in Höhe von netto 7,7 Mrd. $ bereit, so nahmen sie im 2. Halbjahr netto 8,8 Mrd. $ an Darlehen auf.[7]

Als Ergebnis dieser vermehrten Dollar-Nachfrage bei knappem Angebot stieg der Leitzins LIBOR für Kreditnehmer bester Bonität auf 17,4 Prozent. Kunden mit schlechterem „standing" mußten i. d. R. noch weit mehr bezahlen.

Dauerhaft hohe Zinsen?

Trieb somit das mehr und minder zufällige Zusammenwirken verschiedener Faktoren das Zinsniveau 1981 vorübergehend auf Rekordniveau — und es ließ es 1983 wieder absinken — so rechnen Experten inzwischen mit der Möglichkeit, daß sich das *durchschnittliche* Zinsniveau insgesamt auf Dauer nach oben verschoben haben könnte. Das aber würde den Schuldnern trübe Zukunftsaussichten bescheren. In den letzten Jahren nämlich veränderte sich aufgrund des Einsatzes von Computern und Liberalisierungen des US-Bankwesens das Spar- und Anlageverhalten der US-Bürger. Anstatt wie bisher brav und bieder überschüßiges Geld auf relativ niedrig verzinste Sparkonten einzuzahlen, suchen immer mehr Sparer nach höher verzinslichen Anlageformen. Zwar entwickelten gleichzeitig die US-Banken trickreiche Arrangements, die ihre Kosten durch Abbau der Mindestreservepflichten senken, doch scheint sich insgesamt die Mittelbeschaffung für die Kreditinstitute zu verteuern. Dies aber müßte ihnen dann Anlaß sein, auf Dauer höhere Zinsen für gewährte Kredite zu verlangen.[8]

Schulden nicht gleich Schulden

Bei Beurteilung der Lage der einzelnen Länder ist zu berücksichtigen, daß Kredit nicht gleich Kredit ist. Als Kreditgeber kommen nämlich u. a. staatliche Institutionen der Industrieländer wie Regierung und Notenbank, supranationale Organisationen wie IWF, Weltbank und IDA, schließlich auch private Banken und internationale Zu-

sammenschlüsse von Banken in Frage; Kreditnehmer sind große private Unternehmen, halbstaatliche Organisationen wie z. B. Entwicklungsbanken, schließlich auch Notenbanken und Regierungen. Die Palette der Kredittypen umfaßt subventionierte Darlehen mit langen Laufzeigen im Rahmen der Entwicklungshilfe, langlaufende multilaterale Kredite zu Marktpreisen (Weltbank) oder Subventionspreise (IDA), kurzfristige, teilweise staatlich subventionierte und/oder garantierte Exportkredite sowie rein kommerzielle Darlehen mit unterschiedlichen Laufzeiten — entweder zu fixen oder zu flexiblen Marktzinsen.

Auch spielt eine Rolle, ob die Schulden auf Dollar, DM oder Franken lauten, da sich



aus den Wechselkursschwankungen für den Schuldner Vor- und Nachteile ergeben können — je nachdem, in welcher Währung er die meisten Exporterlöse erzielt. Insgesamt lauteten nach Schätzungen der OECD 1983 etwa 56 Prozent der Dritte-Welt-Schulden auf Dollar; bei den Krediten zu kommerziellen Bedingungen belief sich der Prozentsatz allerdings auf 90 %. Aufgrund von Berechnungen kommt die OECD aber zu dem überraschenden Ergebnis, daß eine zehnprozentige *Abwertung* des Dollars letztlich den Schuldenstand der Dritten Welt um ca. 30 Mrd. $ erhöhen würde; die Schuldendienstverpflichtungen würden um 4 Mrd. $ steigen.[9] Schließlich ist zu bedenken, daß eine ganze Reihe von Staaten der Dritten Welt — oder aber Privatpersonen aus diesen Ländern — auch beträchtliche Guthaben auf Konten in der Ersten Welt unterhalten. Nach Schätzungen der OECD flossen allein durch Kapitalflucht bis 1982 zwischen 50 und 100 Mrd. $ aus NOPEC-Staaten ab. Die „offiziellen" Guthaben dieser Staaten wurden 1983 auf 150 Mrd. geschätzt, so daß sich die *Nettoschulden* dieser Staaten demnach „nur" auf rund 410 Mrd. $ belieferi.[10]

Nicht alle Staaten der Dritten Welt haben Schuldenprobleme

Der erneute Anstieg der Rohölpreise 1979/80, Rückgang der Exporterlöse, Anstieg der Zinsen, Fehlschlag von Investitionsprojekten, Kapitalflucht usf. betrafen die einzelnen Länder, je nach den individuellen Voraussetzungen und den verfolgten Strategien, recht unterschiedlich. Einigen Ländern gelang es, trotz der schwierigen Rahmenbedingungen relativ ungeschoren davonzukommen. Leuchtendes Beispiel ist für die OECD Südkorea, das trotz absolut hoher Schulden keine Zahlungsprobleme kennt. Diesem Land gelang es mit den aufgenommenen Auslandskrediten immer ausreichende Devisenerlöse zu erzielen; die Kreditgeber honorieren die hohe „Bonität" Südkoreas, indem sie auf hohe Risikoaufschläge auf die Kreditzinsen verzichten, mithin vergleichsweise niedrige Zinsen fordern. Andere Länder ohne ernsthafte Schuldenprobleme sind Malaysia, Thailand und Taiwan.[10a]

Allerdings dürften gerade diese von der OECD als Musterfälle angeführten Staaten von den westlichen Industrieländern aus politischen Gründen bevorzugt behandelt worden sein — ungeachtet der häufig repressiven Innenpolitik dieser Staaten.

Generell kam die Weltregion Südostasien bisher am besten durch die Krise. Einige südostasiatische Staaten könnten aus ihr sogar gestärkt hervorgehen, denn sie haben inszwischen den Schwellenländern Lateinamerikas den Rang als bevorzugten Standort für Investitionen abgelaufen.

Aussichtslose Lage für viele ärmere Staaten

Der größere Teil der Staaten der Dritten Welt jedoch verschuldete sich seit Anfang des Jahrzehnts bis über die Halskrause. Auf Dauer in Schuldknechtschaft begeben haben sich eine Vielzahl von kleineren Staaten der Dritten Welt. Zwar haben die 62 ärmsten Staaten (LICs: Low-Income-Countries, darunter 36 LLDCs: Least Developed-Countries) Kredite hauptsächlich bei staatlichen Institutionen der Industrieländer aufgenommen, auf die sie im Schnitt nur subventionierte vier Prozent Zinsen zu zahlen haben, doch türmen sich in diesen Ländern die Auslandsschulden besonders hoch. So hatte etwa Mauretanien 1981 langfristige Auslandsverbindlichkeiten in Höhe von 871 Mio. $. Das Bruttosozialprodukt — Meßgröße für die Wirtschaftskraft eines Landes — belief sich 1981 aber nur auf ca. 710 Mio. $. Auf jeden der knapp 1,6 Millionen Mauretanier entfielen somit Auslandsschulden in Höhe von 540 $ — bei einem jährlichen Pro-Kopf-Einkommen von 460 $. Wie aussichtslos die Lage für Mauretanien ist, kann ein Rechenbeispiel verdeutlichen: um die vier Prozent Zinsen aufbringen zu können, müßte das BSP um fünf Prozent steigen — und der gesamte Mehrertrag ans Ausland transferiert werden; tatsächlich lag das Wirtscaftswachstum in den 70er Jahren bei 1,7 Prozent — bei fallender Tendenz. 1982 beliefen sich Mauretaniens Auslandsverbindlichkeiten denn auch schon auf 1005 Mio. $ ...[11]

Der südamerikanische Staat Guyana hatte 1981 langfristige Verbindlichkeiten in Höhe von 689 Mio. $ — bei einem BSP von 580 Mio. $. Die Volksrepublik Kongo stand 1981 allein mit langfristigen Verbindlichkeiten in Höhe von 1,2 Mrd. $ im Ausland in der Kreide; das BSP wird von der Weltbank mit 1,8 Mrd. $ ausgewiesen. 1982 summierten sich die Schulden schon auf 1,4 Mrd. $ auf. Im volkreichen Ägypten schließlich erzielte 1981 jeder der 43,3 Millionen Einwohner durchschnittlich ein Jahreseinkommen von 640 $ — die langfristigen Auslandsschulden betrugen pro Kopf 350 $, 1982 schon knapp 400 $.

Für die beispielhafte angeführten Länder besteht kaum Aussicht, daß sie sich aus eigener Kraft je werden aus dem Schuldturm befreien können. Denn die aufgetürmten Schulden sind Ergebnis der Tatsache, daß diese Volkswirtschaften im Laufe der 70er Jahre mehr Güter importierten als exportierten. So zynisch es klingt: Trotz aller Armut gerade in diesen Ländern wurde insgesamt mehr verbraucht, als die eigene Volkswirtschaft produzierte. Durch das Schuldenmachen aber haben sich die Probleme noch verschärft, da jetzt auch noch die Zinsen durch Exporte verdient werden müssen.

Schmerzhafte Sanierungsauflagen mit ungewissen Erfolgsaussichten

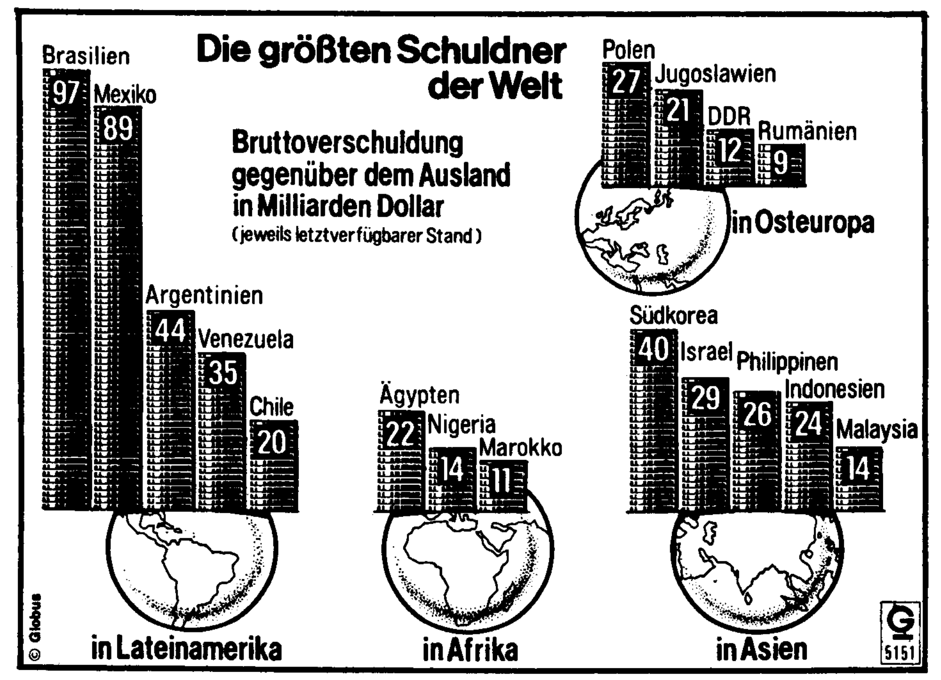
Inzwischen aber werden von den Gläubigern Kredite i. d. R. nur noch locker gemacht, wenn das betreffende Land auch einen Kredit vom IWF erhält — und die dazu notwendigen Auflagen erfüllt. Insbesondere auch die privaten Eurobanken, die Jahre zuvor durch die „Kommerzialisierung des Zahlungsbilanzausgleichs" die umstrittene politische Institution IWF quasi ausgeschaltet hatten, bestehen nun auf diesen Auflagen. Die aber laufen meist darauf hinaus, daß die Importe drastisch reduziert werden — erzwungen etwa durch eine Freigabe der politischfixiertenWechselkurse, die i. d. R. eine starke Abwertung der heimischen Währung und damit Verteuerung ausländischer Waren zur Folge hat. Ferner wird häufig eine Kürzung und Umstrukturierung der staatlichen Budgets verlangt — weg von konsumtiven hin und investiven Ausgaben. Ein Element dieser „Staatssanierung" ist dabei oft der Abbau von Subventionen für Grundnahrungsmittel bei gleichzeitiger Erhöhung der Erzeugerpreise. Kleinbauern sollen dadurch Anreize erhalten, über den eigenen Bedarf hinaus auch für die städtische Bevölkerung zu produzieren, deren Grundbedarf nicht selten über Importe gedeckt werden mußte. Andere Maßnahmen zielen auf die Aufgabe nicht-effizienter Importsubstitutionsstrategien, die Förderung des heimischen Kapitalmarktes usf. Kritiker bezweifeln allerdings, daß diese schmerzhaften Sparmaßnahmen sinnvoll sind; denn solange die Nachfrage nach Rohstoffen schwach bleibe, könnten die unterentwickelten Wirtschaften ohnehin nicht gesunden.

Bisher konnten diese Auflagen nicht verhindern, daß die NOPEC-Staaten auch 1982 noch ein Leistungsbilanzdefizit von insgesamt rund 59 Mrd. $ eingingen und in dieser Höhe neue Schulden auftürmten; doch verringerte sich das aus *Warenlieferungen* stammende Defizit immerhin von 1980 38 Mrd. $ auf 15 Mrd. $ 1982.[12] Schon dieser bloße Rückgang der Außenhandelsdefizite aber führte in vielen Ländern zu schwersten binnenwirtschaftlichen Problemen; gerade in der Gruppe der mittleren und ärmeren NOPEC-Staaten dürfte 1983 das Sozialprodukt pro Einwohner noch stärker geschrumpft sein als schon in den beiden Jahren zuvor.[13] Die breiten Bevölkerungsschichten müssen nun die Zeche für staatliche Prunksucht und Fehlinvestitionen, Kapitalflucht und steigende US-Zinsen zahlen. Nach Angaben der Weltbank ist inzwischen nicht mehr auszuschließen, daß in den armen Ländern Afrikas das Pro-Kopf-Einkommen 1990 unter dem von 1960 liegen wird. Hohe Wachstumsraten also allein für Armut und Elend ...[14]

Wirtschaftsrückgang auch in den Schwellenländern

Auch die bisherigen „Musterschüler in Sachen Entwicklungspolitik", die südamerikanischen Schwellenländer, müssen nun bitter für die „Kommerzialisierung des Zahlungsbilanzausgleichs" bezahlen. Während auf die 36 ärmsten Staaten (LLDCs) 1982 insgesamt nur etwa 5 % der Gesamtschulden der Dritten Welt entfielen, machte der Anteil allein von Brasilien, Mexiko und Argentinien rund 30 % aus. Trotz der absolut wesentlich höheren Schulden ist das Verhältnis von Gesamtschulden zu Bruttosozialprodukt in den Schwellenländern jedoch günstiger als bei vielen ärmeren Staaten. Das besondere Problem dieser vormals reichen und damit kreditwürdigen Schwellenländer liegt aber darin, daß sie sich besonders stark bei privaten Banken zu kommerziellen Konditionen — und damit zu flexiblen Zinssätzen — verschuldeten: so betrug 1983 der Anteil der Schulden mit flexiblen Zinssaätzen an den Gesamtschulden für Argentinien und Brasilien jeweils 70 %, für Mexiko gar 78 %.[15]

Der rapide Anstieg der Zinsen 1980 bis 1982 betraf diese Länder deshalb ganz besonders — und ließ alle Stabilisierungsbemühungen scheitern. Denn obwohl es diesen drei Ländern unter schwersten binnenwirtschaftlichen Opfern — drastischem Rückgang des Pro-Kopf-Einkommens (16) — gelang, ihr *Handels*bilanzdefizit von 12 Mrd. $ 1980 nicht nur abzubauen, sondern bis 1982 sogar in einen Überschuß von 1,5 Mrd. $ zu verwandeln, verharrte ihr *Leistungs*bilanzdefizit aufgrund der gestiegenen Zinsverpflichtungen bei jährlich etwa 24 Mrd. $. 1982 mußten diese drei Länder mehr als 50 % ihrer Exporterlöse allein für Netto*zins*zahlungen aufwenden;[17] als daraufhin die fälligen Raten nicht mehr aufgebracht werden konnten, kam es zum offenen Ausbruch der Verschuldungskrise.



DER WELT-SCHULDENBERG. *Die Entwicklungsländer und der Ostblock haben einen Berg von Auslandsschulden angehäuft, der sich nach Berechnungen der Dresdner Bank gegenwärtig auf etwa 890 Milliarden Dollar beläuft. Der Jahreswert aller Exporte der Entwicklungsländer und aller Exporte des Ostblocks würde nicht ausreichen, um diesen Berg abzutragen. Tatsächlich ist von einem Schuldenabbau auch keine Rede. Vielmehr zeigen sich immer mehr Schuldnerländer außerstande, auch nur die fälligen Zinsen zu bezahlen. Zahlungsaufschub, Umschuldungen und vorläufige Zahlungseinstellungen sind an der Tagesordnung.* (SZ)

1982: Haarscharf am Zusammenbruch des Weltwirtschaftssystems vorbei

Ausgelöst wurde die Verschuldungskrise, als es im Laufe des Jahres 1982 zu einer massiven Flucht mexikanischen Kapitals in die USA kam.[18] Die mexikanische Regierung sah sich daraufhin außerstande, die nötigen Dollar auch nur für die fälligen Zinszahlungen aufzutreiben — Spätfolge einer verfehlten Wirtschaftspolitik, die blindlings auf steigende Öleinnahmen gesetzt hatte. Hatte sich für Insider das Desaster schon längere Zeit abgezeichnet — die plötzliche Kapitalflucht deutet darauf hin —, so packte die eiligst nach Mexiko eingeflogenen Krisenmanager doch das nackte Entsetzen, als sie feststellen mußten, daß nicht einmal die mexikanische Regierung auch nur einen annähernden Überblick über das gesamte Ausmaß der fälligen Verbindlichkeiten besaß: zu viele Kreditgeber hatten im Rausch der Gründerjahre des Euromarktes zu vielen mexikanischen Institutionen ihre Kredite aufgedrängt...

Als 1982 nacheinander auch noch die Großschuldner Ungarn, Brasilien, Argentinien und Jugoslawien in Zahlungsschwierigkeiten gerieten, stand das Weltfinanzsystem auch nach Ansicht der Deutschen Bundesbank am Rande des Zusammenbruchs.[19] Die einseitige Zahlungsunfähigkeits-Erklärung eines dieser Länder hätte



Staaten Lateinamerikas mehr als das zweieinhalbfache ihres Eigenkapitals ausgeliehen, allein an Brasilien rund 2 Mrd. $. Hätten sich diese Länder zahlungsunfähig erklärt, wäre es dieser und anderen Gläubiger-Banken kaum gelungen, durch Wertberichtigungen und Auflösung „stiller Reserven" den eigenen Bankrott zu vermeiden. Aufgrund der starken Interbanken-Verschuldung wäre es dann aber zu einer weltweiten Kettenreaktion mit unabsehbaren Folgen für die gesamte Menschheit gekommen. Denn der Zusammenbruch des Finanzsystems hätte vermutlich — ähnlich wie in der Weltwirtschaftskrise 1929 — schwerste Störungen auch im Produktionsbereich nach sich gezogen: u. a. wäre zumindest zeitweise der internationale Handel und damit die Lieferung lebenswichtiger Güter zum Erliegen gekommen. Seinerzeit führten Massenarbeitslosigkeit und Verarmung weiter Bevölkerungskreise zu politischer Radikalisierung und schließlich zum Faschismus...[20]

ditgeber rund 60 % ihrer Ausleihungen, gar 94 % ihrer Nettoausleihungen ohne Regierungsgarantien, auf die „großen Vier" Argentinien, Brasilien, Mexiko und Südkorea konzentriert;[21] dabei hatten etwa die Hälfte der gegenüber privaten Banken aufgelaufenen Dritte-Welt-Schulden in Höhe von zum damaligen Zeitpunkt eine Kette von Bankzusammenbrüche nach sich ziehen müssen. Denn in der Annahme, daß Staaten nicht wie Unternehmen pleite machen könnten und im Zweifelsfall — wie tatsächlich geschehen — politische Unterstützung finden würden, hatten viele private Banken Kredite ohne Rücksicht auf altbewährte Erfahrungsregeln bankmännischer Vorsicht ausgeteilt. Manufactures Hanover etwa, die fünftgrößte US-Bank, hatte an fünf 250-350 Mrd. $ eine Restlaufzeit von nur einem Jahr und kürzer — eine hochbrisante Situation.[22]

Problematische Umschulungen: Tilgungskrise aufgeschoben, aber nicht aufgehoben

„Gemeistert" wurde die Krise in Mexiko wie in den folgenden etwa 40 Fällen mit Hilfe des Instruments der Umschuldung, organisiert im Zusammenspiel von privaten Banken, staatlichen Notenbanken und supranationalen Institutionen wie dem IWF und der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ).[23] Im Prinzip laufen die Umschuldungen meist darauf hinaus, daß das betreffende Land um einen Kredit beim IWF nachsucht, den es nur erhält, wenn es dessen „Sanierungsprogramm" erfüllt — Maßnahmen, die die Zahlungsbilanz des Landes aufbessern sollen. Auf der Grundlage eines solchen mit dem IWF vereinbarten Programms erklären sich die privaten Gläubiger dann bereit, die fälligen Tilgungszahlungen hinauszuschieben — nicht aber die Zinszahlungen. Die fälligen Zinsen werden vielmehr in der Regel über neue Kredite finanziert. Deren Zinsen aber liegen regelmäßig deutlich höher: südamerikanische Schuldner müssen für derartiges „fresh money" inzwischen 20-30 Prozent Jahreszinsen aufbringen,[24] auch 40 Prozent sollen schon verlangt und bezahlt worden sein.

Trotz dieser hohen „Risikoprämien" haben die privaten Banken inzwischen kalte Füße bekommen. Sie reduzierten ihre Kreditvergabe an NOPEC-Staaten von rund 70 Mrd. $ 1981 auf gerade noch 20 Mrd. $ im vergangenen Jahr.[25] Mit welcher Vorsicht die Banken derzeit Kredite vergeben, zeigt sich daran, daß in die letztjährige „Umschuldungsaktion Brasilien" nicht weniger als 850 Geschäftsbanken eingespannt werden mußten, um die benötigten 6,5 Mrd. $ „einsammeln" zu können. Durch die Zurückhaltung der privaten Banken aber wird die Lage für die Schuldner nur noch schlimmer, denn aufgrund des knappen Angebots an Krediten steigen in der Tendenz die Zinsen ...

Ist die derzeitige Knausrigkeit der privaten Banken also ein Faktor, der die Krise eher noch anheizt, so ist sie aus der Sicht des jeweiligen Banken-Managements doch durchaus geboten, soll Schaden vom eigenen Unternehmen abgelenkt werden: Denn da durch die Umschuldungen die Fälligkeit der Altschulden nur um sechs bis acht Jahren hinausgeschoben wird, ist für die zweite Hälfte der 80er Jahre eine weiter Tilgungskrise bereits vorprogrammiert.[26]

Nach der „Kommerzialisierung des Zahlungsbilanzausgleichs" nun die „Sozialisierung des Ausfallrisikos"

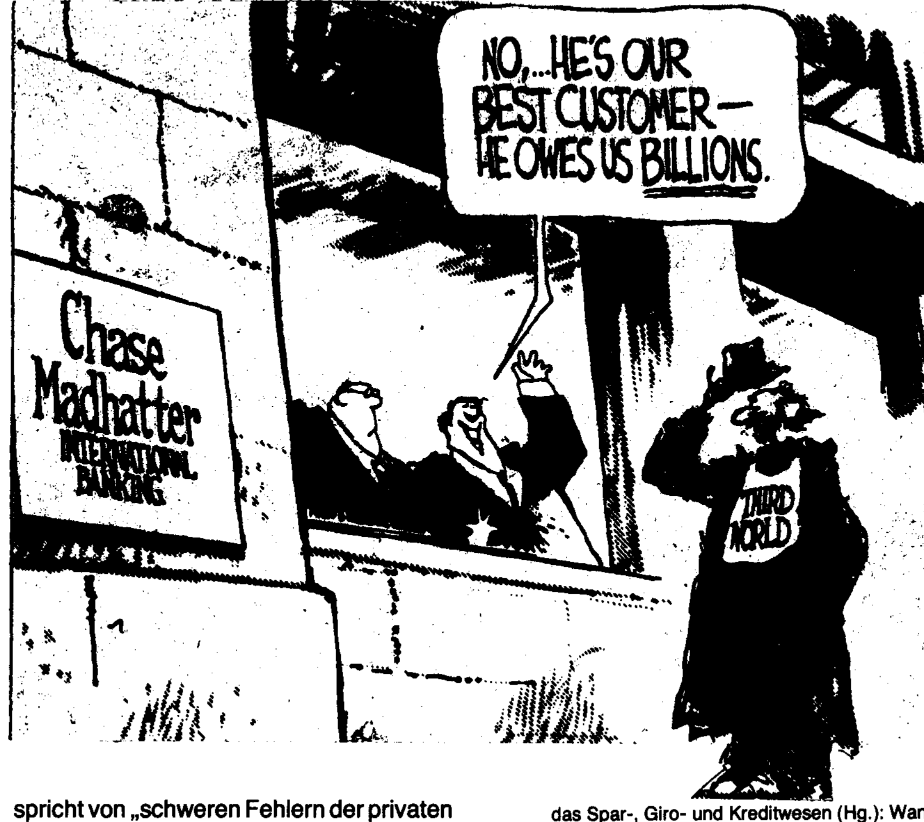
Für diesen Zeitpunkt sorgen die Banken inzwischen schon kräftig vor: In der Bundesrepublik zumindest gingen sie still und einvernehmlich dazu über, zwar nur niedrige Sparzinsen zu vergüten, dennoch aber hohe Zinsen auf vergebene Kredite zu berechnen. Die auf diese Art zusammengescheffelten Rekordgewinne benutzen sie, um auf ihre Auslandsforderungen „Wertberichtigungen" vorzunehmen — allein die deutschen drei Großbanken und ihre „Töchter" legten auf diese Weise in den vergangenen Jahren vorsorglich ca. 9 Mrd. DM auf die hohe Kante;[27] wobei der besondere Clou dieser Abschreibungen darin liegt, daß sie den zu versteuernden Gewinn schmälern. Steuerersparnis: 56 Prozent. Der effektive Verlust reduziert sich so auf 44 Prozent.

So folgt auf die „Kommerzialisierung des Zahlungsbilanzausgleichs" nun die „Sozialisierung des Ausfallrisikos": Bankkunden und Fiskus werden an den Kosten unseriöser Kreditvergaben — auch die BIZ

Kredite amerikanischer Großbanken an lateinamerikanische Länder

	Bilanzsumme	Kredite	Internation. Kredite	Eigenkapital	Kredite an Argentinien	Brasilien	Mexiko	Venezuela	4 Länder zusamm.
	Milliarden Dollar				in Prozent des Eigenkapitals				
Citicorp	134,7	89,2	46,3	5,77	18,9	81,4	50,3	26,0	176,6
Bank of America	121,2	82,4	27,7	5,14	7,8	48,4	53,3	31,4	140,9
Chase Manhattan	81,9	55,9	34,9	3,05	25,4	83,9	50,9	40,2	200,4
Manufacturers Hanover	64,3	45,5	21,1	2,67	49,5	79,7	71,7	40,6	241,5
Morgan Guaranty	58,0	33,1	20,8	3,32	22,3	53,8	35,4	14,0	125,5
Chemical Bank	51,2	33,7	13,2	2,31	16,0	55,4	61,3	33,7	166,4
Continental Ill.	42,1	30,4	10,2	1,73	23,2	27,5	40,4	25,1	116,2
Bankers Trust	40,0	23,7	10,4	1,79	12,8	41,6	71,8	24,4	150,6
First Chicago	36,3	22,3	7,9	1,74	14,4	39,5	50,0	17,2	121,1





spricht von „schweren Fehlern der privaten Banken"[28] — beteiligt. Sollte also der bis dato noch undenkbare Fall eintreten — daß nämlich souveräne Staaten sich als bankrott erklären und die Bankenforderungen tatsächlich zu Totalausfällen werden — so könnten die Banken und ihre Anteilseigner mit einem blauen Auge davonkommen. Auch verringern derartige Abschreibungen die Gefahr eines Zusammenbruchs des Weltfinanzsystems — nehmen damit gleichzeitig den Großschuldnern aber auch ein letztes Druckmittel. Denn mit der Drohung, sich bankrott zu erklären und damit auch die Banken mit in den wirtschaftlichen Untergang zu reißen, hatten zumindest die Großschuldner beim Pokern um die Konditionen der Umschuldung ein letztes As im Ärmel. Andererseits aber eröffnen die Abschreibungen auch die Möglichkeit, daß die privaten Banken von sich aus auf Teile ihrer Forderungen verzichten. Zumindest ein partieller Schuldenerlaß erscheint über kurz lang als nicht unwahrscheinlich.

Sollten die Schulden hingegen doch noch in voller Höhe getilgt werden, so müßten die Wertberichtigungen aufgelöst und nachversteuert werden. Den Zinsgewinn aus der Steuerstundung hätten die privaten Banken dann aber allemal — bei einer über mehrere Jahre währenden Steuerstundung in Höhe von rund 5 Mrd. DM ein auch nicht zu verachtendes Zubrot ...

Anmerkungen

1. vgl. Weltbank, Weltentwicklungsbericht 1983, S. 177
2. vgl. OECD, External Debt of Developing Countries, 1983 Survey, Paris 1984, S. 37
2a. vgl. DER SPIEGEL 47/1982, S. 161
3. vgl. Ehrlicher, W.: Veränderungen der internationalen monetären Verflechtung, in: Institut für das Spar-, Giro- und Kreditwesen (Hg.): Wandel des monetären Sektors, Freiburg 1984 (grüne Reihe Nr. 10)
4. vgl. dazu auch Konrad, W.: Wege aus der Schuldenkrise, in: Wirtschaftsdienst III/1984 S. 140 ff
5. vgl. zu dieser Variation der marxistischen These vom Fall der Profitrate als Ursache kapitalistischer Krisen insbes. Altvater, E.: Das Ende vom Anfang der Verschuldungskrise, in: WSI-Mitteilungen 4/1984 S. 198 ff, hier S. 200
5a. vgl. z. B. auch Lipfert, H.: Der Geldmarkt, 8. völlig neu bearbeitete Auflage, Frankfurt 1975, insbes. S. 121 f.
6. vgl. Weltentwickl.-Bericht a.a.O., s. 13, s. 190
7. vgl. BIZ, 52 Jahresbericht, Basel 1982, S. 135
8. vgl. Menkhoff, L.: Innovationen im amerikanischen Bankwesen, in Grüne Reihe Nr. 10, a. a. O., S. 27
9. vgl. OECD, Survey 1983, S. 32 und 39 ff
10. ebda, S. 37 und 66, 10a ebda, S. 15
11. Alle Zahlen hier und im folgenden zusammengestellt aus Weltentwicklungsbericht 1983, Weltatlas 1983 und OECD Survey 1983, (Die OECD gibt nur die langfristigen Verbindlichkeiten an.) Mauretanien und Marokko, die jahrelang um die spanische Ex-Kolonie Westsahara kämpften, hatten vor gleichsweise besonders hohe Militärausgaben.
12. vgl. BIZ, 53. Jahresbericht, Basel 1983, S. 138
13. vgl. DIW, Wochenbericht 4/83, S. 39
14. Weltbank, Weltentwicklungsbericht 1983, S. 2
15. OECD Survey 1983, S. 38
16. Nach Angaben des Weltentwicklungsberichts 1983, S. 2, sank das Bruttoinlandsprodukt Lateinamerikas insgesamt zwischen 1980 und 1982 um 3,6 Prozent.
17. vgl. BIZ, 53. Jahresbericht, S. 130 ff
18. vgl. ebda, S. 142
19. vgl. Geschäftsbericht 1983, S. 81
20. vgl. dazu auch Hankel, W.: Die Schuldenkrise, ein Problem der Dritten oder Ersten Welt?
21. vgl. OECD Survey 1983, S. 68
22. vgl. BIZ, 53. Jahresbericht, S. 133 und 140
23. vgl. ebda, insbes. S. 142 ff, OECD Survey 1983, S. 47 ff und S. 69 ff sowie Weltentwicklungsbericht 1983, S. 26 f
24. vgl. Hankel, a. a. O., S. 71
25. vgl. Bundesbank, Jahresbericht 1983, S. 85
26. vgl. z. B. Konrad, a.a.O., S. 140
27. vgl. „Stern" Nr. 17/1984, S. 216
28. vgl. BIZ, 53. Jahresbericht, S. 145

Kenia — Interview

Politische Gefangene auf der „Insel der Stabilität"

Interview mit Yussuf Hassan vom Komitee für die Freilassung der politischen Gefangenen in Kenia

Auf Einladung des Organisationskomitees der Afrika-Solidaritätsgruppen in der Bundesrepublik (OK), des „Arbeitskreis Dritte Welt Frankfurt" und anderer Solidaritätsgruppen informierte Yussuf Hassan vom Komitee für die Freilassung der politischen Gefangenen in Kenia (London) im April dieses Jahres in Frankfurt, Schwäbisch-Hall und Tübingen über die aktuelle Situation in Kenia.
Hassan stammt aus dem an Somalia angrenzenden Nordosten Kenias. Er begann eine Journalistenausbildung in Kenia, wo er als Reporter tätig war, arbeitete dann einige Zeit als Redakteur bei der „Arab Times" im Nahen Osten und wechselte schließlich zur BBC nach London, wo er bis Anfang dieses Jahres einer der Chefredakteure der Afrika-Nachrichtensendungen war. Seitdem ist er Chefredakteur des afrikanischen Nachrichtenmagazins „Mambo", das ab Sommer dieses Jahres in London erscheinen wird.
Das nachstehende Interview entstand während der Informationsreise Hassans im April; die Fragen stellte Frank Schulze vom Arbeitskreis Dritte Welt Frankfurt.

F.: Der Titel der Veranstaltungsreihe, mit der Sie in mehreren Städten der Bundesrepublik über die aktuelle Situation in Kenia informieren wollen, lautet „Politische Gefangene im Ferienparadies — ein Musterland auf Abwegen". Könnten Sie zunächst einmal kurz erläutern, was zur Gründung des „Komitees für die Freilassung der politischen Gefangenen in Kenia" geführt hat?

A.: Das Komitee für die Freilassung der politischen Gefangenen in Kenia wurde als Reaktion auf die politische Entwicklung in unserem Land gegründet, als Reaktion auf eine schon mehrere Jahre anhaltende Repressionskampagne in Kenia. Besonders wichtig in diesem Zusammenhang ist die Internierung (ohne Gerichtsverfahren) von Kritikern der Regierung, von Intellektuellen, besonders Hochschullehrern und Studenten.
Das Komitee wurde 1982 gegründet, um sich für die Freilassung der politischen Gefangenen, besonders der unter dem „Vorbeuge-Gesetz" Internierten, einzusetzen. Dieses allen grundlegenden Menschenrechten zuwiderlaufende Gesetz erlaubt der Regierung, jedermann mittels einer Internierungsverfügung für unbeschränkte Zeit zu inhaftieren, ohne ein Gerichtsverfahren irgendwelcher Art. Wir gründeten uns auch, um unserer Solidarität mit dem Volk von Kenia Ausdruck zu geben, und es in seinem Kampf gegen das repressive Regime in Kenia und das Fehlen demokratischer Rechte zu unterstützen. Wir unterstützen auch den Widerstand gegen die Entscheidung der Regierung, den USA und Großbritannien die Errichtung von Militärstützpunkten in unserem Land zu gestatten — eine Entscheidung, die nur aus Angst um das politische Überleben der herrschenden Klasse getroffen wurde, und bei der die große Mehrheit des kenianischen Volks keine Möglichkeit hatte, mitzuentscheiden.

Harambee — „Selbsthilfe" für die Reichen

F.: Hier in der Bundesrepublik wird häufig die „Stabilität" Kenias beschworen, wird das Bild des „afrikanischen Musterlandes" entworfen. Vielleicht könnten wir einige Aspekte dieser „Stabilität" einmal herausgreifen. Zunächst wäre da das „Harambee"-System, das von der Kenyatta-Regierung bald nach der Unabhängigkeit eingeführt wurde: wohlhabendere Leute, meist Politiker in Zusammenarbeit mit Geschäftsleuten spendeten in einer Art freiwilliger Selbstbesteuerung größere Geldbeträge auf öffentlichen Versammlungen für wohltätige Zwecke, meist für Entwicklungsprojekte wie Schulen, Krankenhäuser usw. Diese Art Patronagesystem hatte ja eine wichtige Rolle im politischen Leben Kenias, und brachte vielleicht auch einen gewissen „Umverteilungseffekt" mit sich. Was war die Funktion des Harambee-Systems im politischen System Kenias, trug es zur „Stabilität" Kenias bei, und wie sieht es heute damit aus?

A.: Die Harambee-Bewegung war ursprünglich durchaus eine fortschrittliche und begrüßenswerte Einrichtung. Sie gründete sich ja auf dem Selbsthilfe-Gedanken — das heißt auf sich selbst gestellt, Entwicklung voranzutreiben, ohne von externen Kräften abhängig zu sein. Der abgefälschte Harambee-Zirkus, der von der kenianischen Elite geschaffen wurde, hatte jedoch hauptsächlich die Förderung wirtschaftlicher und politischer Partikularinteressen zum Ziel. Es entstand ein wohlorganisiertes System der Öffentlichkeitswerbung, das eine Menge mit der amerikanischen Form von Demokratie zu tun hatte. Es beruhte auf einer kleinen Zahl einzelner Persönlichkeiten, die sich ihren Reichtum zusammengestohlen hatten und nun zeigen wollten, wieviel sie für bestimmte Projekte spenden konnten. Die Begrenztheit dieses Systems liegt auf der Hand. Solange Politiker durch die verschiedensten Unternehmungen an große Mengen Geld herankommen konnten (Unternehmungen, auf die der Staat keinen Einfluß nehmen konnte, denn diese Leute waren ja der Staat) konnten sie tatsächlich Unterstützung von der Basis erwarten, denn die Leute dachten, hier handelte es sich um Gelder, die die betreffenden Politiker auf rechtmäßige Weise durch ihre Ämter und Funktionen erworben hatten. In dem Maße, indem sich die Harambee-Versammlungen jedoch zu Komödien entwickelten, auf denen die einzelnen Politiker damit prahlten, wieviel Geld sie dem kenianischen Volk abgenommen hatten, wurde die ganze Sache für die Bevölkerung freilich immer unannehmbarer.

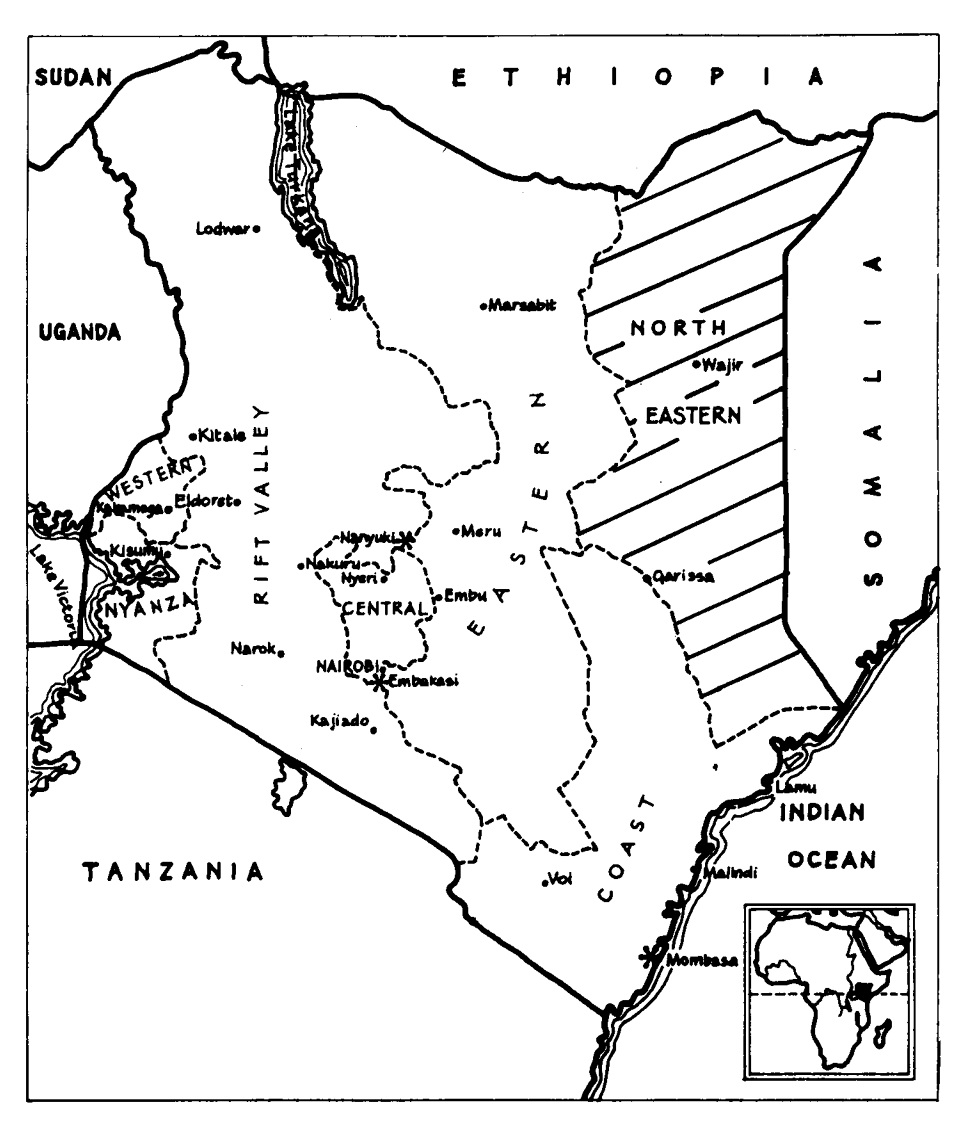
Es war aber nicht die Bevölkerung, die das beendete, denn immerhin stellte es ja eine Möglichkeit dar, wenigstens einen gewissen Teil des gestohlenen Geldes wiederzubekommen, indem es in Entwicklungsprojekte investiert wurde — auch wenn diese Entwicklungsprojekte natürlich auf die Einflußzonen der Politiker beschränkt waren, besonders die dicht besiedelte Central Province und das Rift Valley[1]. Die eigentliche Krise kam vielmehr erst, als es zu Machtkämpfen dieser Politiker untereinander kam, die Machtstruktur brüchiger wurde, die Wirtschaftskrise die Einnahmen der Politiker (ob legaler oder illegaler Art) zunehmend verringerte. Diejenigen Politiker, die nun keinen Zugriff mehr auf große Geldmengen hatten, begannen schließlich, andere zu bezichtigen, sie würden Geld von ausländischen Mächten erhalten. Es wurde eine sehr heikle politische Angelegen-

heit, und die Harambee-Versammlungen sind heute verboten, wegen Sektierertum und politischer Eifersüchteleien innerhalb der herrschenden Elite. Die fortschrittlicheren Kräfte begannen nämlich schon sehr früh zu fragen: wo kommt das Geld eigentlich her? Ein Parlamentsabgeordneter bekommt nur ein vergleichsweise geringes Gehalt von 8 - 10.000 Schilling und spendet plötzlich 2 - 300.000 Schillinge, mit den Worten: das ist von mir und meinen Freunden. Die Bevölkerung begann natürlich zu fragen: wo kommt das Geld her? Wer sind deine Freunde? Die ganze Sache kam erst zum Stillstand, als Leute, die wußten, wo das Geld herkam, aus persönlichen Gründen andere Politiker, die populärer zu werden drohten, angriffen. Die Sache wurde gefährlich, und wurde verboten, um einen Waffenstillstand innerhalb der herrschenden Elite zu erreichen.

F.: Wann genau wurden die Harambee-Versammlungen verboten?

A.: Sie wurden vor den Wahlen im letzten Jahr verboten, im August 1983. Der Präsident nahm die anstehenden Wahlen zum Vorwand und verbot die Harambee-Versammlungen mit dem Argument, daß sie in der Vergangenheit von den Politikern zur Verfolgung ihrer eigenen Interessen ausgenutzt worden seien.

F.: Ein weiterer Aspekt dieser sogenannten „Stabilität" ist ja mit Sicherheit die Einstellung, das Bewußtsein der „kleinen Leute", besonders der Landbevölkerung, gegenüber der Politik der „Elite". Wie weit sind sie von der „Elitepolitik" eigentlich betroffen, bzw. wie weit sind sie an ihr eigentlich interessiert?



A.: In diesem Zusammenhang sind grundsätzlich zwei Dinge von Bedeutung. Zuerst einmal muß man natürlich ganz klar sagen, daß die sogenannte „Elitepolitik" genau *die* Politik ist, die über ihre Zukunft entscheidet, und die die politischen und wirtschaftlichen Probleme, mit denen sie konfrontiert sind, mitverursacht hat. Die Landbevölkerung z.B. ist von der Politik auf höherer Ebene direkt betroffen.
Die Erfahrungen mit dem politischen System, wie es tatsächlich existiert, mit dem Neokolonialismus, haben daher nicht nur die Arbeiter, sondern auch die Bauern in Kenia dazu gebracht, ihren Widerstand zu organisieren und Veränderungen anzustreben. Das ist ja genau der Grund, warum das kenianische Regime so repressiv geworden ist: die Diskussionen, die zunächst nur in den Städten Kenias stattfanden, breiteten sich auch auf die ländlichen Gebiete aus, und die ländliche Bevölkerung fühlte immer stärker, daß sie auf allen Ebenen ausgebeutet wurde.
Als Kaffee-Bauer z.B. wird man vom staatlich kontrollierten Marketing Board[2] ausgebeutet. Als bäuerlicher Tee-Produzent wird man von derselben Regierung ausgebeutet, die einen relativ niedrigen Preis für Agrarprodukte zahlt, während der Preis der Dienstleistungen und Produkte des vom Ausland kontrollierten Industriesektors unaufhörlich angehoben wird. Die Inflationsrate und die Lebenshaltungskosten sind so hoch geworden, daß Bauern inzwischen dazu übergegangen sind, ihre Tee- und Kaffeepflanzen auszureißen, weil sich die ganze Mühe einfach nicht mehr lohnt. Sie haben sich entschieden, stattdessen Nahrungsmittel für ihre Familien zu erzeugen, was natürlich ihre wirtschaftliche Situation entscheidend beeinträchtigt: sie sind jetzt nur noch Subsistenzbauern. Das ist eine eindeutige Aussage, eine eindeutige Entscheidung: die Devisen, die mit dem Export von Tee und Kaffee erzielt werden, dienen dazu, Luxusgüter für die wohlhabenden Teile der Stadtbevölkerung zu beschaffen, und was die Bauern jetzt mit ihrem Verhalten ausdrücken ist, daß sie einfach nicht mehr in der Lage sind, die Entwicklung des städtischen Sektors zu finanzieren.
Der Anteil der Stadtbevölkerung ist sehr klein im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung; die ländlichen Gebiete werden vernachlässigt, die Zahl der Landlosen steigt täglich; der Lebensstandard sinkt, die Schulabgänger, besonders aus den weiterführenden Schulen, drängen in die Städte, wo sie keine Arbeit finden können, und finden sich zum Schluß in Slum-Gebieten wieder. Die meisten von ihnen nehmen in irgendeiner Form an der „Parallel-Wirtschaft", d.h. am Schwarzmarkt, teil. Die Frauen werden unter diesen Umständen gezwungen, sich zu prostituieren. All das trägt dazu bei, eine sehr instabile Gesellschaft, eine explosive Situation zu schaffen.
Ich glaube, man kann die ganze Situation so zusammenfassen, daß der Westen, um seine wirtschaftlichen, militärischen und politischen Interessen zu sichern, hinsichtlich der tatsächlichen Situation Kenias eine völlige Schönfärberei betrieben hat. Man schuf den Mythos der „Stabilität" Kenias, den der Insel der Ruhe und des Friedens in einem Ozean der Unruhe, auf der die Demokratie überlebt hat.

Der Putschversuch vom August 1982

F.: Es ist oft davon gesprochen worden, daß der mißglückte Putschversuch der Luftwaffe vom August 1982 ein Ausdruck der explosiven Situation war, die damals bestand und z.T. sicher auch heute noch weiterbesteht. Wie stand eigentlich die



Mehrheit der Bevölkerung, besonders die von den Ereignissen nicht unmittelbar betroffene Landbevölkerung, diesem Putschversuch gegenüber?

A.: Zufälligerweise war ich gerade in Kenia, als der Putschversuch stattfand. Ich war am Tag zuvor angekommen und hatte eine Reihe von Freunden besucht, die alle große Angst hatten, und der Eindruck, den ich gewann, war, daß jedermann erwartete, daß sich irgendetwas in allernächster Zukunft ereignen würde. Es war eine ungeheure Spannung da. Als wir am Abend des Putschversuchs aus einem der Vororte Nairobis in die Stadt zurückfuhren, hörten wir Schüsse. Mein Freund, der mit im Auto saß, meinte, das wären wahrscheinlich Polizisten auf der Jagd nach Einbrechern oder Straßenräubern — ein Aspekt der Situation in Kenia ist, daß die Kriminalitätsrate ungeheuer zugenommen hat, da es eine sehr geringe Zahl wohlhabender Leute und immer mehr arme arbeits- und landlose Menschen gibt (der 1975 ermordete volksnahe Politiker J.M. Kariuki sagte einmal Kenia sei ein Land von 10 Millionären und 10 Millionen Bettlern). Die wohlhabenderen Leute befestigen ihre Häuser wie Burgen und haben Angst, von den hungrigen Kenianern außerhalb ihrer Mauern angegriffen zu werden — was auch immer wieder vorkommt.
Mein Freund sagte also, vielleicht sind es Einbrecher, aber ich hatte das Gefühl, daß es jetzt soweit war, und daß es vielleicht ein Militärputsch sein könnte. Wie sich später herausstellte, lag ich mit meiner Vermutung richtig.
Als die jüngeren Offiziere der Luftwaffen den Putsch im Radio bekanntgaben, strömten sofort Tausende von Kenianern aus den Slumgebieten des Mathare-Tals, aus Majengo, Kibera und Dagoretti in die Innenstadt, um dort nicht nur einfach passiv ihre Solidarität mit den Putschenden zu demonstrieren, sondern um dort die mit Luxusgütern gefüllten Auslagen zu plündern. Sie nahmen dabei all die Dinge mit, die sie sich normalerweise nicht im Traum leisten konnten, und die hauptsächlich für die Bedürfnisse einer kleinen Oberschicht und der großen Zahl europäischer oder amerikanischer Ausländer, für die Angehörigen internationaler Organisationen usw. bestimmt waren — deren Kaufkraft die Lage der Slumbevölkerung übrigens nicht gerade verbessert.
Die Leute feierten auf den Straßen, die Studenten mischten sich darunter, viele Leute sagten: was immer jetzt auch auf uns zukommen mag, wir sind dafür, wir wollen eine Veränderung. Die Gefühle und Hoffnungen des kenianischen Volks fanden an diesem Tag ihren klarsten und offensichtlichsten Ausdruck. In einer Reihe von Regionen nahmen Staatsbeamte aller Art an den Feiern teil. Der Putschversuch wurde schnell niedergeschlagen, ehe man absehen konnte, was wohl daraus geworden wäre, weil es ein in vieler Hinsicht recht merkwürdiger und schlecht vorbereiteter Putschversuch war. Er wurde sehr blutig niedergeschlagen, und diente dann der Regierung als Vorwand nicht nur alle Kräfte, die mit dem Putschversuch in Verbindung standen, zu eliminieren, sondern auch die nationalistische und linke Opposition zu zerschlagen. Die Regierung hatte ihren Vorwand: der und der ist ein Nationalist, ein Linker, einer, der die Regierung bekämpft: inhaftiert ihn, tötet ihn. Eine Reihe ganz und gar unschuldiger Leute wurden am Tag des Putschversuchs von der Armee getötet, als sie in die Stadt kamen, um sich gegen den Putschversuch auszusprechen, bzw. um ihn zu verhindern.

Wahlen ohne Wähler

F.: Der Putschversuch vom August 1982 hat das Bild Kenias als „Insel der Stabilität" natürlich auch im Westen erschüttert, und zumindest zeitweise in Frage gestellt. Eine der Maßnahmen, mit denen dieses erschütterte Vertrauen wiederhergestellt werden sollte, waren ja wohl die Wahlen im September letzten Jahres. Wie demokratisch waren diese Wahlen wirklich, und wie hat man ihren Ausgang — die eindeutige Bestätigung der Regierungspartei KANU — in Kenia selbst beurteilt?

A.: Die „Wahlen", die im letzten Jahr stattfanden, waren nur dem Namen nach Wahlen. Sie wurden in einem Einparteien-System abgehalten, bei dem sich eine Partei zur Wahl stellte, die es eigentlich gar nicht mehr gibt, die nur noch dem Namen nach existiert. Diese Partei, die KANU, wird nur für die Wahlen wiederbelebt, sie hat keine regionalen Organisationen, keine Büros auf Bezirks- oder gar Dorfebene. Es ist eine Partei, deren Mitgliederzahl sogar von den kenianischen Behörden schamhaft verschwiegen wird, eine Partei ohne Mitglieder. Wenn man also von „Wahlen" spricht, muß einem klar sein, daß hier einige wenige reiche Leute, die genug zusammengerafft hatten, sich die Stimmen der Bevölkerung kaufen konnten. Diese hatte ja keine Wahl, eben weil die große Mehrheit derjenigen, die alternative Ansichten hätten vertreten können, die Vorschläge hätten machen können, Kenia aus der gegenwärtigen Sackgasse herauszuführen, von jeder politischen Betätigung ausgeschlossen wurden. Andere wurden ohne Gerichtsverfahren interniert; Parlamentsabgeordnete, die zusammen mit der herrschenden Parlamentsmehrheit bei den letzten Wahlen gewählt worden waren, und dann kritische Meinungen vertraten, wie Koigi wa Wamwere, sitzen im Gefängnis; James Orengo, ein anderer Parlamentsabgeordneter, floh nach Tansania und wurde kürzlich an Ke-

nia ausgeliefert, wo er sich vor einer Justiz verantworten muß, die längst schon jeden Schein von Gerechtigkeit und unabhängiger Urteilsfindung verloren hat. Chelagat Mutai mußte das Land verlassen. George Anyona, ein anderer Parlamentsabgeordneter, der ein Sprecher der einfachen Leute gewesen ist, der die korrupte herrschende Klasse angegriffen hatte, ist jetzt ohne Gerichtsverfahren interniert. Oginga Odinga, der frühere Vizepräsident des Landes und Gründer der einzigen Oppositionspartei, die es in Kenia gab, der KPU, die 1969 verboten wurde, stand unter Hausarrest. In Nordkenia wurde ebenfalls einer Reihe von Politikern verboten, an den Wahlen teilzunehmen. Es waren also tatsächlich nur Schein-Wahlen, und man kann die Einberufung der Wahlen beim besten Willen nicht als demokratischen Akt der kenianischen Regierung hinstellen: der Präsident hatte keinen Gegenkandidaten, auf keiner Ebene kann man gegen den Präsidenten antreten, das Einparteiensystem garantiert, daß er der einzige Kandidat ist. Die Ergebnisse der Wahlen, die 1983 in Kenia abgehalten wurden, waren bekannt, bevor sie abgehalten worden waren!

F.: Wie hoch war eigentlich die Wahlbeteiligung?

A.: Sie war extrem niedrig. Sogar die herrschende Gruppe selbst mußte das zugeben, selbst die Tageszeitungen schrieben, daß sie eine Enttäuschung gewesen waren; sie suchten nach einer Entschuldigung und schrieben schließlich, vielleicht habe ja der Putschversuch die Leute eingeschüchtert — Wohl eine der naivsten Begründungen, die man sich denken kann.

F.: Wissen Sie die genauen Zahlen?

A.: Landesweit lag die Wahlbeteiligung unter 35 %; in einigen Gebieten sogar nur 5-10 %; auf Landesebene kam dann schon eine „repektablere" Zahl von knapp 35 % heraus — dieselbe Anzahl von Leuten, die bei den letzten Wahlen in El Salvador wählen gingen — wenn man das, was da stattfand, wirklich als „Wahlen" bezeichnen will.

Demokratie in Kenia — ein Luxus?

F.: Vielleicht könnten sie — um diesen Aspekt der „Stabilität" Kenias abzuschließen, grundsätzlich etwas zur Rolle der Demokratie in ihrem Land sagen. Bei uns hört man ja besonders in letzter Zeit immer wieder daß „Demokratie" und „städtische" oder „Eliten"-Politik eigentlich in Dritte-Welt Ländern so etwas wie ein Luxus seien. Besonders in den ärmeren Ländern, z. B. Afrikas, sei die Befriedigung der Grundbedürfnisse der Bevölkerung das Entscheidende, und der politische Überbau (einschließlich demokratischer oder sozialistischer Oppositionsbewegungen) letztlich ein städtischer Luxus. Sich für demokratische Rechte einzusetzen, sei dann zwar sehr ehrenhaft, aber letztlich nicht besonders relevant. Wei beurteilen sie den Stellenwert der Opposition in ihrem Land?

A.: Ich glaube, daß die Ansichten, die sie da erwähnt haben, sehr idealistisch sind; Ansichten, die man in einer bestimmten Phase politischer Entwicklung haben kann. Eines ist jedenfalls klar: die Bevölkerung Kenias, der Dritten Welt insgesamt, braucht dringend einen Feldzug gegen Armut, gegen Krankheiten, und gegen den Analphabetismus. Das bedeutet aber in keinster Weise, daß der „Verantwortlichkeitsfaktor" entfällt: jedes politische Regime muß sich seinem Volk gegenüber verantworten für die Art und Weise, in der es seine Geschikke bestimmt. Wenn man einer Nation oder Gruppe das Recht nimmt, ihre politischen, ökonomischen und kulturellen Geschicke **selbst** zu bestimmen, werden die Möglichkeiten vorn Regierungen, solche Feldzüge zu führen, die Nahrungsmittelversorgung der Bevölkerung sicherzustellen, bedeutend geringer. Was die kenianische Geschichte angeht, muß man einmal ganz klar sagen, daß während des Kolonialismus und auch noch einige Zeit danach Kenia genügend Nahrungsmittel für die eigene Bevölkerung produzieren konnte. Heute dagegen ist das unglücklicherweise nicht mehr der Fall. Der Grund hierfür ist nicht etwa, daß Kenia nicht genügend Land hätte, oder nicht genügend Arbeitskräfte — im Gegenteil, Kenia hat genügend Land und Arbeitskräfte um Nahrungsmittel für sich **und** für den Export zu produzieren, seine Nachbarn mitzuversorgen. Die gegenwärtige Krise in Kenia und in vielen anderen Entwicklungsländern Afrikas und in der Dritten Welt hat ihre Ursache in der katastrophalen Politik einer kleinen Elite, die diese Länder zur Unterwürfigkeit verdammt, und dazu, wie Bettler an entwickelte Länder wie Europa oder die USA heranzutreten. Das ist das grundlegende Problem Afrikas und der Dritten Welt. Im selben Moment, in dem man die Verantwortlichkeit abschafft — und einige Idealisten mögen glauben, was zählt, sei alleine Nahrung und ein Dach über dem Kopf, der Rest sei dann nicht mehr wichtig — im selben Moment begründet man Verhältnisse, in denen die Menschen schließlich verhungern. Die Lösung kann sicherlich nicht ein „kasernierter Sozialismus" sein, eine Machtergreifung von im Ausland ausgebildeten Soldaten, deren Politik in mancher Hinsicht noch verheerender als die ihrer zivilen Vorgänger ist, weil sie auch die militärische Macht besitzen und rücksichtslos einsetzen können. Wir brauchen aber eine Regierung, die vom Volk gewählt und kontrolliert wird — nicht unbedingt nach westlichem Vorbild. Wenn man bei uns von Demokratie spricht, denkt man nicht unbedingt an das Parlament in Westminister oder an das amerikanische Präsidialsystem. Wir haben bei uns Traditionen von Verantwortlichkeit, von egalitären Gesellschaften, und diese Traditionen können von der Bevölkerung genutzt werden, um für ihre Gundbedürfnisse zu kämpfen, um den Imperialismus zu bekämpfen, um ihr wirtschaftliches, politisches und kulturelles Schicksal selbst in die Hand zu nehmen, und um eine egalitäre Gesellschaft zu schaffen, in der es keine Analphabeten mehr gibt, niemand mehr aufgrund von Korruption und Unverantwortlichkeit an Krankheiten stirbt, und niemand mehr verhungert, weil der Staat, der nicht zur Rechenschaft gezogen werden kann, die Nahrungsmittel ans Ausland verkauft, um mit den daraus erzielten Deviseneinnahmen Luxusgüter für die städtische Oberschicht zu kaufen, die die Wirtschaft und Politik beherrscht.

Die Universität als kritische Gegenöffentlichkeit

F.: Sie haben bereits über die Repression in Kenia gesprochen, über die Internierung ohne Gerichtsverfahren, über die Verurtei-



Verhaftete Studenten in der Universität

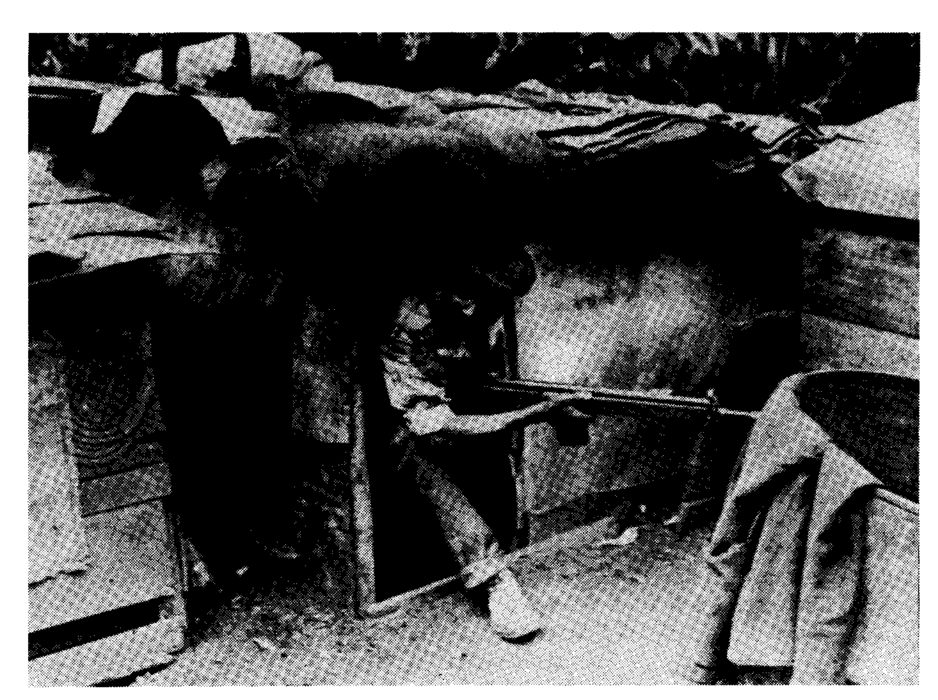
lung aus politischen Gründen. Welche Auswirkungen hat diese Repression auf das Universitätsleben? Viele der Internierten bzw. Inhaftierten waren ja Lehrende oder Lernende an der Universität.

A.: Zunächst einmal muß festgehalten werden, daß ein Hauptproblem vieler Entwicklungsländer das Fehlen qualifizierter Arbeitskräfte ist. Niemand kann also die enorm wichtige Rolle der Universität bei der Herausbildung einheimischer Experten in Frage stellen, die das Land von ausländischen Experten unabhängig machen und den Wohlstand, für den wir uns einsetzen, technisch und organisatorisch möglich machen zu können. An der Universität in Kenia entstand mit der Zeit eine recht fortschrittliche Studentenschaft, die einen wichtigen Beitrag zum politischen Bewußtsein der kenianischen Bevölkerung geleistet hat, und die es möglich gemacht hat, Vertrauen in die eigene Kraft einheimischer Experten bei der Entwicklung des Landes zu haben. Die Universität stand beim Kampf um eine Gesellschaft ohne Korruption und Vetternwirtschaft, für Gleichheit und Fortschritt an vorderster Front. Die Universität spielte auch eine Rolle in der Forschung, die notwendig ist, um die Struktur der kenianischen Gesellschaft besser zu begreifen. Genau hier kam die Universität in Schwierigkeiten. Indem sie die wirtschaftliche Realität Kenias, die Ausbeutung der Bevölkerung durch die herrschende Klasse, die Gier der multinationalen Konzerne, die soviel wie möglich so schnell wie möglich aus dem Land schaffen wollen, aufdeckte und die Rolle der Arbeiter und Bauern im derzeitigen System aufzeigte, wurde sie zu so etwas wie einer stillen Opposition zur herrschenden Klasse, die ihr Überleben durch das Verbot aller politischen Betätigung zu sichern suchte. Die Universität wurde so schließlich zur einzigen Institution des Landes, die in der Lage war, Fakten über die tatsächliche Lage bereitzustellen und diese zu erforschen. Die Regierung machte sich deshalb schon seit langem Sorgen wegen der Aktivitäten der Universität. Die kenianische Regierung kam zuletzt zu dem Schluß, daß sie diese progressive Rolle der Universität nicht mehr tolerieren konnte und handelte — das heißt, die Universität wurde aufgelöst. Nach der Auflösung der Universität wurden viele Studenten, die das Massaker, das die Armee während des Putschversuchs der Luftwaffe unter den Studenten angerichtet hatte, überlebt hatten, inhaftiert; wegen Teilnahme an einer Rebellion, wegen „Hochverrat“. Die Hochschullehrer, die ihrer Sorge um den Weg, die das Land eingeschlagen hatte, Ausdruck verliehen, wurden ohne Gerichtsverfahren interniert. Zur Zeit sind fünf Hochschullehrer auf unbestimmte Zeit ohne Gerichtsverfahren inhaftiert; ein weiterer, Maina wa Kinyatti, der den Kampf der Mau-Mau-Bewegung erforscht hatte, wurde aufgrund seiner Forschungsergebnisse verurteilt, die in den Augen der herrschenden Klasse zum Hochverrat geworden waren — der Kampf des eigenen Volks gegen die Kolonialherren!

Journalisten, die das korrupte Verhalten der Elite, ihre dunklen Geschäfte mit den Multinationalen Konzernen, die Führung bestimmter Ministerien im Stil von Familienunternehmen aufdeckten, wurden inhaftiert oder ohne Gerichtsverfahren interniert — einer von ihnen ist Wangongo Kariuki, der jetzt zu viereinhalb Jahren Haft verurteilt worden ist. Man fand eine Zeitung namens „Pambana“ bei ihm, die die ökonomische und politische Krise klarlegte, die das Land in eine irreversible Krise stürzen würde. Viele andere Leute wurden auf ähnliche Weise fertig gemacht — Leute, die der Universität oder Intellektuellenkreisen angehörten.

Das jetzige Regime in Kenia ist in höchstem Grade intellektuellenfeindlich; es hat sich stattdessen seit dem Putschversuch eng an die Armee angelehnt. Wie man aus Lateinamerika weiß, wo es eine Reihe von Politikern gibt, die sich hauptsächlich auf die Armee stützen, entstehen so leicht Ein-Mann-Diktaturen, die von der Armee und den Sicherheitsorganen mit brutaler Gewalt aufrecht gehalten werden. Ich fürchte, die herrschende Klasse Kenias ist auf dem besten Wege, diesen Zustand herzustellen.

F.: Im Zusammenhang mit der politischen Justiz in Kenia gibt es einen Aspekt, der hier nur wenig bekannt geworden ist, aber, wie mir scheint, eine Menge über die politi-



Polizeiaktion in den Slums von Nairobi

sche Kultur nicht nur in Kenia, sondern auch in Tansania aussagt. Ich meine den Austausch von politischen Flüchtlingen zwischen Kenia und Tansania, der im letzten Jahr stattfand. War das staatspolitische Notwendigkeit, oder ein Akt des politischen Zynismus?

A.: Ich weiß nicht, wie man es nennen soll, aber Zynismus scheint mir noch eine sehr milde Art, das zu bezeichnen, was da geschehen ist, denn es ging hier immerhin um das Leben von Menschen, die sich der herrschenden Klasse in Kenia mit aller Kraft widersetzt hatten, die aus politischen Gründen aus dem Land geflüchtet sind, und die jetzt an ein Land ausgeliefert worden sind, dessen Justizsystem systematisch gleichgeschaltet wurde, zur repressiven politischen Waffe gemacht wurde. 19 Kenianer, Studenten Angehörige der Streitkräfte und Politiker sind in ein Land ausgeliefert worden, wo sie nicht die geringste Chance eines fairen Prozesses haben. Bei diesem „Austausch" wurden alle internationalen Vereinbarungen über die Behandlung politischer Flüchtlinge gebrochen. Inzwischen sind bereits zwei der Ausgelieferten, Ojuka und Okumu, die beiden die den Putschversuch angeführt haben sollen, von einem Militärgericht in aller Eile zum Tode verurteilt worden.

Die Regierung in Nairobi als Kolonialregime: die Massaker im Norden

F.: Eines der jüngsten Ereignisse in Kenia ist hier kaum zur Kenntnis genommen worden: Das Massaker von ungefähr 400 Menschen in Nordkenia. Die besonderen Probleme dieser Region sind bei uns so gut wie unbekannt; vielleicht könnten Sie zunächst einmal über die genauen Ereignisse im Zusammenhang mit diesem Massaker berichten.

A.: Am 5. Februar 1984 wurden Truppen nach Wajir, einem der Distrikte in Nordkenia geschickt, mit der Vollmacht, alle Maßnahmen, die sie für nötig hielten, durchzuführen. Nordkenia befindet sich seit langem im Ausnahmezustand, der den örtlichen Behörden und Sicherheitskräften die absolute Macht gibt, ohne Konsultationen mit der Zentralregierung vorzugehen. Zwischen dem 5. und 10. Februar 1984 wurden 5000 Menschen aus dem Bezirk Wajir zusammengetrieben; die meisten von ihnen mußten sich nackt ausziehen; diejenigen, die sich weigerten, wurden entweder erschossen, zu Tode geprügelt oder bei lebendigem Leibe verbrannt. Das ist ein weiterer Akt der Grausamkeit, den das kenianische Regime in Nordkenia zu verantworten hat, bei dem mindestens 400 Leute ums Leben kamen. Insgesamt verschwanden über 1000 Leute bei diesen „Aktionen", deren Schicksal nicht bekannt ist. Einige von ihnen, unter anderem religiöse Führer, örtliche Politiker und Beamte wurden getötet, ihre Häuser verbrannt. Parlamentsabgeordnete aus diesem Gebiet waren Zeuge dieser Grausamkeiten und berichteten darüber in Nairobi; die keniainischen Behörden sagten jedoch lediglich, sie wollten wohl aus einer kleinen Angelegenheit einen großen Propagandacoup machen, und das gute Ansehen Kenias beschmutzen.

JAILED POLITICAL PRISONERS

Maina wa Kinyatti, lecturer (6 yrs)
S. Muga K'Olale, student (10 yrs)
E. Kinyua Kiria, student (5 yrs)
T. Musyoki Mutuse, student (5 yrs)
David Onyango Oloo, student (5 yrs)
Wang'ondu wa Kariuki, journalist (4½ yrs)
Titus Adungosi Aloo, student (10 yrs)
N. Oginga Ogego, student (10 yrs)
Jeff Kwirikia Mwangi, student (6 yrs)
Francis Opala Ong'ele, student (6 yrs)
Watson Wahinya Bore, student (6 yrs)
Johnson Simiyu Kitui, student (6 yrs)

DETAINED WITHOUT TRIAL

George Moseti Anyona, MP
Otieno Mak'onyango, journalist
Mwangi Stephen Muriithi, civil servant
Mukaru Ng'ang'a, lecturer
Raila Odinga, civil servant
Edward Oyugi, lecturer
Kamoji Wachiira, lecturer
Koigi wa Wamwere, MP



12 Air Force soldiers sentenced to death and 1,000 others jailed for up to 25 years.

F.: Nordkenia hat ja eine sehr bewegte Geschichte hinter sich, die sich vom Rest Kenias in vieler Hinsicht unterscheidet. Das Massaker vom Februar dieses Jahres war ja nicht der erste Zwischenfall dieser Art. Was sind die Gründe für die Sonderstellung Nordkenias und welche Bedeutung haben die Vorgänge dort für die politische Entwicklung insgesamt?

A.: Nun, die „Provinz Nordkenia", wie man dieses Gebiet heute nennt, war bis 1963 als Northern Frontier District NFD (Nördlicher Grenzbezirk) bekannt, und wird von Leuten somalischer Abstammung bewohnt. Vor 1963 verwalteten die Briten diesen Northern Frontier District als völlig eigenständiges Gebiet, das nur militärische Funktion hatte also Pufferzone zwischen dem von weißen Siedlern bewohnten Hochland von Kenia und dem italienischen Somalia sowie Äthiopien. Ein Ergebnis dieser kolonialen Isolierung des NFD vom Rest Kenias war, daß es keinerlei Beziehungen zwischen dem NFD und dem Rest Kenias gab. Das ging soweit, daß jemadn, der aus diesem NFD nach Nairobi reisen wollte, einen Paß sowie eine spezielle von der Verwaltung ausgestellte Ausreisegenehmigung brauchte — in umgekehrter Richtung natürlich ebenso.

Für Großbritannien spielte der NFD in der kenianischen Politik erst in den frühen sechziger Jahren eine Rolle, als die durch die Mau-Mau-Bewegung erzwungene Unabhängigkeit früher als von den weißen Siedlern geplant auf der Tagesordnung stand. Die britische Kolonialregierung hielt 1962 eine Volksabstimmung ab, die über das zukünftige Schicksal der NFD entscheiden sollte. Bei dieser Abstimmung sprachen sich 86 % der Bevölkerung des NFD für den Anschluß an die gerade unabhängig gewordene Republik Somalia. Aufgrund des Drucks der nationalistischen Führer Kenias und der bereits unabhängigen afrikanischen Staaten, die die territoriale Integrität des kenianischen Staats gewahrt wissen wollten, wurde die britische Regierung gezwungen, den Nordosten Kenias im Jahre 1963 zur siebten Provinz des Landes zu erklären. Sie erklärte dort einen Ausnahmezustand, verbot dort alle politischen Aktivitäten, und zwang die damals führende Partei in diesem Gebiet, die Northern Peoples Progressive Party (NPPP), in den Untergrund zu



Nach dem Putschversuch vom August 1982: Die paramilitärische GSV (general Service Unit) durchkämmt die Außenbezirke Nairobis

gehen. Die NPPP begann daraufhin einen bewaffneten Kampf gegen die kenianischen Zentralregierung. Dieser Bürgerkrieg wurde 1967 dadurch beendet, daß die Regierungen Kenias und Somalias ein Abkommen schloßen; eine Art Normalität kehrte wieder in dieser Provinz ein und die Mehrzahl der Leute, die vor dem blutigen, fünfjährigen Krieg, der mehr als 5000 Tote forderte, geflohen waren, kehrten in ihre Heimat zurück.
Die Normalität auf die sie hofften, trat aber niemals ein, weil der Ausnahmezustand nicht aufgehoben wurde. Die kenianische Regierung die in Nairobi und Zentralkenia immer unbeliebter wurde, fand hier eine höchst willkommene Gelegenheit, einen nationalen Zusammenschluß zustande zubringen, indem sie bei allen ökonomischen und politischen Krisen die Aufmerksamkeit der Kenianer auf den Nordosten Kenias lenkte und erklärte, die Bewohner des Nordostens wollten sich von Kenia abspalten, und Somalia wollte einen Teil Kenias für sich beanspruchen. Seit 1967, bis zum heutigen Tage, herrscht eine Schreckensherrschaft in diesem Gebiet. Ngugi wa Thiong'o, der bekannte kenianische Schriftsteller, bezeichnete diesen Teil des Landes als „ein einziges riesiges Gefängnis, in dem die Sicherheitskräfte jeden Aspekt des Lebens kontrollieren". Die Bevölkerung dort ist einer fortwährenden, sehr intensiven Repression ausgesetzt, die unter Leitung des Provincial Commissioner, Benson Kaharia, steht, der während des Mau-Mau-Kampfs Mitglied der „Homeguards", der von der Kolonialregierung geschaffenen afrikanischen „Schutztruppe" war. Die Taktik, die dieser Provinzkommandeur gegenüber der Bevölkerung Nordostkenias anwendet, ist genau die Taktik der britischen Kolonialherren gegenüber der kenianischen Bevölkerung während des zehnjährigen Mau-Mau-Krieges.

Die jüngste Entwicklung sah so aus: im November 1980 brachten Regierungstruppen über 300 Menschen in Garissa, einer kleineren Stadt im Nordosten, um. Die Menschen wurden im Slumgebiet von Garissa in ihren Hütten verbrannt ...

F.: Sie waren Augenzeuge dieser Ereignisse, nicht wahr?

A.: Ich war am 9. November 1980 in Garissa, als dieses Massaker stattfand. Ich überlebte, weil ich in der Nacht zuvor im Hause eines Freundes übernachtet hatte, und nicht im Slumgebiet von Garissa, Bula Karatasi, wo ich eigentlich wohnen sollte. Als ich am nächsten Morgen aufwachte, sah ich den wohl entsetzlichsten Anblick in meinem Leben: ein Inferno, das den größten Teil von Bula Karatasi zerstörte, und in dem viele Unschuldige verbrannten. Schwangere Frauen wurden getötet, kleine Kinder wurden von den Soldaten ins Feuer zurückgeworfen, und am nächsten Morgen wurde die gesamte Bevölkerung von Garissa, unter ihnen die gewählten Parlamentsabgeordneten und ihre Frauen, sowie zahlreiche Beamte, in ein Lager gebracht, wo sie 48 Stunden lang festgehalten wurden. Drei Frauen brachten in dieser Zeit Kinder zur Welt, wo sie ohne Nahrung, ohne Wasser festgehalten wurden. Eine lange Reihe von Leuten wurde dazu gezwungen, sich auszuziehen, Frauen und Kinder unter ihnen; in einer sehr traditionellen Moslem-Gesellschaft zwang man die Menschen dazu, sich vor ihren Verwandten und Freunden nackt auszuziehen. Es war das erniedrigendste Schauspiel, das man sich nur denken kann.
Aber diese Terrorkampagne gegen die Kenianer somalischer Abstammung, die von der Regierung durchgeführt wurde, war nicht auf Garissa beschränkt. Am Tage dieses Massakers durchsuchten die Sicherheitskräfte die Wohngebiete der Somalier in den Städten und nahmen sie fest. Eine Reihe der Festgenommenen waren, wie sich dann später herausstellt, Äthiopier, Sudanesen und andere, den Somaliern äußerlich ähnliche Afrikaner — was der Regierung, die die Lage offenbar nicht mehr unter Kontrolle hatte, sehr peinlich war.
Seitdem ist die Terrorkampagne gegen den Nordosten eingesetzt worden, um in Zeiten wirtschaftlicher oder politischer Krisen an die „nationale Einheit"zu können. Sehr zum Bedauern der Regierung nehmen die Leute diesen billigen Propagandatrick jedoch nicht mehr ohne weiteres hin. Sie stellen jetzt Fragen und wollen wissen, was mit ihren Mitbürgern im Norden des Landes wirklich geschieht, und die Bevölkerung Nordkenias fühlt sich in ihrem Kampf gegen die Repression in ihrem Landesteil nicht mehr allein gelassen. Sie ist jetzt der Ansicht, daß sie solidarisch zusammen mit dem übrigen kenianischen Volk handelt, daß sie gegenüber einem repressiven Regime dieselben Interessen hat, daß sie und das übrige kenianische Volk einen gemeinsamen Kampf gegen den Imperialismus kämpfen, und daß sie gemeinsam gegen die Ungleichheit und für die Schaffung einer egalitären Gesellschaft kämpfen, in der das gesamt keniansiche Volk endlich zu einer Nation wird, die der Selbstbestimmung in Politik, Wirtschaft und Kultur verpflichtet ist, die Kenia auf einen fortschrittlichen Weg bringt, der Wohlstand für alle mit sich bringt.

F.: Sieht die Bevölkerung des Nordostens ihr Schicksal als mit dem Kenias verbunden an, oder gibt es in dieser Region immer noch Bestrebungen, sich von Kenia zu lösen?

A.: Diese Bestrebungen spielen keine Rolle mehr, denn die Mehrheit der Bevölkerung im Norden Kenias sind — wie in den übrigen Landesteilen auch — junge Leute, die den Kolonialismus nicht mehr erlebt haben, die nur die Repression der herrschenden Elite in Kenia kennen, die die politische Situation nicht nur in Kenia, sondern in Afrika verstehen, und die wissen, daß das gemeinsame Problem Afrikas nicht ein Nationalitätenproblem ist. Sie sind der Ansicht, daß, wenn eine fortschrittliche Regierung in Kenia an die Macht kommen sollte, diese Regierung ihre nationale Identität **innerhalb** Republik Kenia anerkennen und respektieren würde, eine nationale Identität, die ihnen garantieren würde, sich politisch und kulturell frei zu entfalten.

Kenias politische Zukunft: die Befreiung vom Neokolonialismus?

F.: Meine nächste Frage hat mit der Einstellung vieler Leute zu tun, die sich kritisch-solidarisch mit dem beschäftigen, was in Afrika vor sich geht. Diese Einstellung scheint mir in vieler Hinsicht entscheidend durch die Tatsache beeinflußt zu sein, daß die Afrika-Solidaritätsbewegungen, Grup-

pen etc. sich auf Befreiungsbewegungen konzentrierten. Die solidarische Unterstützung solcher Bewegungen ist natürlich eine sehr gute und fortschrittliche Sache; was aber dadurch vielleicht weniger entwickelt worden ist, ist ein Bewußtsein der „neokolonialen Normalität". Kenia war ja das erste Land in Afrika, das — in der Form des Mau-Mau-Aufstands in den fünfziger Jahren — einen modernen antikolonialistischen Kampf geführt hat. Jetzt scheint sich eine neue Art von Widerstand zu formieren, sonst würde das kenianische Regime wohl kaum zu solchen Repressionsmaßnahmen greifen. Befindet sich Kenia bereits in einer neuen Phase des Kampfes, einer Phase, die auf die Kämpfe um die nationale Befreiung folgt und die vielleicht erst in Zukunft ihre volle Kraft entfalten und die politische Landschaft Afrikas vollkommen verändern wird?

A.: Ich glaube in der Tat, daß das der Fall ist. Was wir heute in Kenia beobachten können, ist die Herausbildung einer Arbeiterklasse, einer bewußten Arbeiterklasse, die sich von den existierenden kapitalistischen Strukturen ausgebeutet fühlt, sowie einer Klasse von Bauern, die sich einem ähnlichen Druck ausgesetzt sieht. Diese beiden Klassen sind heute im Begriff zu erkennen, daß ihre Schicksale miteinander verbunden sind, daß sie vom selben imperialistischen Weltsystem ausgebeutet werden. Dies ist tatsächlich eine neue Phase und diese Erfahrungen sind vielleicht mit denen in Südafrika vergleichbar, wo ein ähnlicher Kampf stattfindet. Ich glaube, daß dieser Kampf sehr wohl eine neue Phase der Auseinandersetzungen einläutet, Kämpfe um die Befreiung in Länder, die bereits „unabhängig" sind und die sich gegen die neokolonialen Strukturen wehren. Dies könnte die Phase sein, die Afrika eine neue Perspektive, eine neue Einstellung ermöglicht. Die Hoffnungen, Ziele und Aufgaben dieses Kampfes sind völlig anders als die der antikolonialen, nationalistischen Kämpfe in den fünfziger und sechziger Jahren. In Kenia hat dieser Prozeß ganz sicher bereits eingesetzt, denn in dem Maße, in dem sich die Repression verstärkt hat, hat auch der Widerstand der Bevölkerung zugenommen. In dem Maße, indem mehr Menschen inhaftiert und interniert werden oder außer Landes fliehen, kann man immer häufiger feststellen, daß einfache Leute, Bauern, die nicht lesen und schreiben können, Arbeiter ohne Schulbildung, versuchen Flugblätter zu lesen und unter die Leute zubringen, Informationen über die Aktivitäten der Multis und die Korruption und Vetternwirtschaft in ihrem Land zu erhalten und weiterzuverbreiten. Neue Kräfte beginnen sich zu formieren, die neuen Probleme gegenüberstehen; ganz anders als zur Zeit der antikolonialen Kämpfe. Diese Kräfte sind in vieler Hinsicht besser vorbereitet, sie kennen das Spiel besser als ihre Vorgänger, ihre Ziele sind nicht mehr die des antikolonialen Kampfes, den weißen Mann aus Afrika zu entfernen, sondern eine einheimische Elite zu entfernen, die mit dem internationalen Monopolkapital auf internationaler Ebene kollaboriert. Dies ist ein sehr schwieriger Kampf, in vieler Hinsicht zäher und möglicherweise langwieriger, als alle Kämpfe, die das kenianische Volk bis jetzt erlebt hat; ich fürchte auch, er wird blutiger sein, weil sich die Repression verstärken wird. Wahrscheinlich wird es eher ein städtischer Kampf sein, der sich mit Kämpfen auf dem Land verbindet. Der Ausgang dieser Kämpfe läßt sich nicht in Monaten oder Jahren voraussagen, aber ich bin davon überzeugt, daß es ein langer und blutiger Kampf werden wird, in dem sich die Mehrheit des Volkes durchsetzen wird.



August 1982: Ausweiskontrolle

F.: meine letzte Frage bezieht sich auf ihre eigene Rolle, die Rolle des Komitees für die Freilassung der politischen Gefangenen in Kenia, ihrer Aktivitäten, wie auch z. B. Ihrer Besuchs in Deutschland. Wie weit können Sie zu dem oben dargelegten Prozeß beitragen, was ist die Wirkung Ihrer Aktivitäten im Exil?

Das Komitee für die Freilassung der politischen Gefangenen in Kenia ist eine rein humanitäre Organisation. Es ist eine Organisation, die sowohl aus Kenianern wie Nicht-Kenianern besteht. Sie beschäftigt sich nur mit dem Schicksal der politischen Gefangenen und Internierten in Kenia und hat keine andere Funktion, als Ausdruck der Solidarität mit dem kenianischen Volk zu sein, die Freilassung der politischen Gefangenen zu fordern und **außerhalb** des Landes auf ihre Situation hinzuweisen. Was meinen Besuch hier in Deutschland angeht, ist der Zweck, Solidaritätsarbeit zu koordinieren, einen Gedankenaustausch mit Leuten herbeizuführen, die am Schicksal Kenias und generelleren Problemen der Dritten Welt interessiert sind, und genauere Informationen über die wirkliche Situation in Kenia zu verbreiten, was eine bessere Perspektive der Lage dort ermöglichen soll. Abgesehen hiervon möchte Ich noch hinzufügen, daß der Kampf des kenianischen Volkes gegen das neokoloniale Regime in Kenia bereits begonnen hat, und daß dieser Kampf alleine entscheidend ist, und nicht durch Leute im Exil bestimmt oder beeinflußt werden kann. Wenn der Kampf einmal begonnen hat, kann er nicht mehr durch Kräfte außerhalb des Landes bestimmt werden.

1) Großer ostafrikanischer Grabenbruch, dicht bevölkert und von großer ökonomischer Bedeutung
2) Eine zentrale staatliche Einkaufs- und Verkaufsorganisation für bestimmte Agrarprodukte

Für diejenigen, die sich eingehender über die Situation in Kenia informieren wollen, hat der „Arbeitskreis Dritte Welt Frankfurt" eine Broschüre herausgegeben: „Kenia — Politische Gefangene im Ferienparadies. Ein Musterland auf Abwegen." Erhältlich zum Preis von DM 2,- beim iz3w, Postfach 5328, 7800 Freiburg



Ausländer in der BRD

Asylpolitik und Ausländerfeindlichkeit

Seit die Wirtschaftkrise in der Bundesrepublik deutlicher fühlbar wird, sucht man nach Sündenböcken, und das „Ausländerproblem" füllt die Schlagzeilen. Besonders heftig ist die Hetze gegen Asylsuchende, obwohl selbst auf dem Höhepunkt der sogenannten „Asylantenflut" 1980 und vor dem Einsetzen repressiver Maßnahmen, sich nur etwa 100.000 Asylsuchende in der BRD befanden, die kaum mehr als 2 % der 4,5 Millionen Ausländer ausmachten.

Zwar steigt die Zahl der Menschen ständig, die aus politischen und wirtschaftlichen Gründen aus Ländern der Dritten Welt fliehen, die Hauptlast dieser Flüchtlingsströme trägt aber wiederum die Dritte Welt selbst. In der Statistik des Hohen Flüchtlingskommissars der UNO steht die BRD als Aufnahmeland für Flüchtlinge im internationalen Vergleich an 36. Stelle, mit einem Anteil von 0,17 % Flüchtlingen an der Gesamtbevölkerung, während bitter arme Länder wie z. B. Somalia es auf 20 % und mehr bringen.[1]

Auch ohne repressive Maßnahmen der Industrieländer gegen Flüchtlinge wie Visazwang und dergleichen würde dieses Verhältnis im wesentlichen so bleiben, denn den meisten Flüchtlingen aus der Dritten Welt fehlt einfach das Geld für weite Reisen.

Das weltweite Anwachsen der Flüchtlingsströme in den 70er Jahren ist kein Naturereignis, sondern läßt sich auf sehr konkrete Ursachen zurückführen:

Die Hauptursache für diesen Anstieg sind (Bürger)-Kriege, in den meisten Fällen ausgelöst oder geschürt durch die USA: so in Indochina oder Mittelamerika.

Größere Flüchtlingsströme haben auch Israels Einmarsch im Libanon und die brüderliche Waffenhilfe der Sowjetunion für das Regime Afganistans ausgelöst, sowie der Konflikt am Horn von Afrika, den beide Supermächte gemeinsam schüren.

Ein weiterer Grund für das Anwachsen der Flüchtlingsströme ist die Verschlechterung der terms of trade — die wachsende Verschuldung der Dritten Welt begünstigt das Einsetzen diktatorischer Regime, die in der Lage sind, eine unpopuläre Wirtschaftspolitik im Interesse der Industrie- bzw. Gläubigerländer mit Gewalt gegen die eigene Bevölkerung durchzusetzen, wie z. B. in Chile, Brasilien oder der Türkei.

Da die Verantwortung der Industrieländer für das Entstehen wachsender Flüchtlingsströme in der Dritten Welt hierzulande systematisch geleugnet wird, und die betroffenen Menschen erst wahrgenommen werden, wenn die Zahlen der Asylsuchenden in den Industrieländern selbst steigen, lohnt es sich kurz der Frage, wie diese Flüchtlingsströme in der Dritten Welt erzeugt werden, nachzugehen. Nehmen wir als Beispiel die Türken, die vor der Einführung des Visazwangs 1980 als Hauptkontingent der politischen Flüchtlinge in der BRD stellten. Zugleich wird an diesem Beispiel die Funktion der Kampagne gegen „Scheinasylanten" im Rahmen der Ausländerpolitik der BRD deutlich.

Das türkische Militärregime, das 20.000 politische Gefangene[2] hat, könnte ohne internationale Unterstützung, insbesondere ohne die Milliarden der Türkeihilfe, sich nicht an der Macht halten.* Die Summe der Auslandsschulden der Türkei ist etwa halb so groß wie das Bruttosozialprodukt. Angesichts dieser totalen Abhängigkeit der Militärs von ihren Gläubigern sind die Gläubigerländer, in erster Linie auch die BRD, unmittelbar für die Lage der Menschenrechte in der Türkei verantwortlich zu machen.

Hinzukommt, daß die ökonomische Ausbeutung der Türkei durch die Industrieländer sogenannte Armutsflüchtlinge erst hervorbringt. Der Index der terms of trade (des Verhältnisses der Importpreise zu den Exportpreisen) sank von 1973 = 100 auf 1980 = 58,5; d. h. die Türkei verkauft ihre Waren nur noch zum halben Preis. Der Reallohn der Arbeiter sank in nur vier Jahren, von 1976 bis 1980 auf weniger als die Hälfte. Hinzu kommen Massenentlassungen und Firmenpleiten als Folge der wirtschaftspolitischen Auflagen des Internationalen Währungsfonds. Hinzu kommt ferner eine extrem ungleiche Verteilung der Einkommen innerhalb der Türkei selbst, wo die oberen 20 % der Bevölkerung über 56,4 % des Volkseinkommens verfügen, (1973), ein Wert der auf der Welt nahezu einmalig ist.[3]

Wenn die Menschen, die auf diese Weise ins Elend getrieben worden sind, als Asylsuchende zu uns kommen, werden sie von einer zynischen Propaganda gegen „Scheinasylanten" von Opfern zu Tätern gemacht: „Wunderland Deutschland finanziert die Schmarotzer der Welt..." — „Nehmen wir noch mehr auf, gehen wir alle unter ..." (Neue Revue, 11. 12. 81).

Am Beispiel der Türkei zeigt sich außerdem besonders deutlich der Zusammenhang zwischen globalpolitischen Bedingungen (der Rücksichtnahme der Bundesregierung auf den NATO-Partner Türkei, die Rücksichtnahme auf polizeilichem Gebiet steht allerdings in peinlichem Gegensatz zu den detaillierten Vorschriften, die der Türkei auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik gemacht werden) und der Repression gegen einzelne Menschen, türkische und kurdische politische Flüchtlinge. Skandalurteile wie vom Verwaltungsgerichtshof Mannheim, wonach Folter keinen Asylgrund darstellt, und der Selbstmord von C. Altun haben die Aufmerksamkeit eines Teils der Öffentlichkeit auf diesen Zusammenhang gelenkt.*

Sowohl das Problem der sogenannten „Scheinasylanten" als auch das „Ausländerproblem" schlechthin sind in der deutschen Öffentlichkeit oft als Türkenproblem dargestellt worden. Es erscheint daher sinnvoll, die Frage aufzuwerfen, wieso eigentlich gerade Türken die größte Gruppe der in der BRD lebenden Ausländer stellen:

Zur Zeit des Arbeitskräftemangels in den sechziger Jahren wurden durch in die Türkei gereiste deutsche Auswahlkommissionen zahlreiche türkische Arbeiter und Arbeiterinnen angeworben. Sie waren zum größten Teil jung und waren entweder noch unverheiratet oder ließen ihre Familie im Heimatland zurück.

Noch 1967 lag die Zahl der türkischen Bevölkerung in der BRD nur um ein Viertel höher als die Zahl der türkischen Beschäftigten. Diese Situation war eine Folge des damals staatlicherseits vertretenen Rotationsprinzips, wonach die Bundesrepublik nicht als Einwanderungsland galt; die Gastarbeiter sollten nach einiger Zeit in ihr Heimatland zurückgeschickt und durch neue ersetzt werden. Da die Gastarbeiter aus EG-Ländern wie Italien vor dieser Behandlung durch das Recht der Freizügigkeit geschützt waren, wurden seit Anfang der sechziger Jahre bevorzugt Türken rekrutiert. Die Andersartigkeit und mangelnde Integrationsbereitschaft der Türken, die ihnen heute oft vorgeworfen wird, galt damals als Vorzug: man ging bewußt davon aus, sie würden sich weniger leicht als andere an die deutsche Realität gewöhnen können und sich daher leichter wieder in ihr Land schicken lassen.



„Ich bin einfach überfordert!"

Neue Osnabrücker Zeitung

Da das Rotationsprinzip sich für die Unternehmer als unwirtschaftlich erwies, wurde es schnell aufgegeben, und die einmal eingestellten Türken blieben größtenteils im Land und zeigten folgerichtig im Laufe der Jahre eine Tendenz, die Wohnbaracken zu verlassen und ihre Familien nachzuholen. 1981 machten die Arbeitnehmer nur noch 40 % der türkischen Wohnbevölkerung in der BRD aus. 1982 waren 46,8 % der türkischen Gastarbeiter über zehn Jahre in der BRD. Trotz dieser Tatsachen hielt die Ausländerpolitik der BRD an der Fiktion fest, die BRD sei kein Einwanderungsland, und der Nachzug der Familien der Gastarbeiter wird nach wie vor auf jede mögliche Weise behindert, obwohl es sich dabei, da die meisten in Frage kommenden Angehörigen sowieso schon hier sind, um einen begrenzten Personenkreis handelt. Deutlichstes Beispiel für diese menschenverachtenden Schikanen ist der Plan der CDU, Kinder über sechs (!) Jahren, deren Eltern bereits in der BRD leben, nicht mehr nachziehen zu lassen.
Dies alles, obwohl die Bundesregierung die KSZE-Schlußakte von Helsinki unterschrieben hat, wo sich die unterzeichneten Länder verpflichtet haben, den freien Familiennachzug für Wanderarbeiter zu gewährleisten.

Diese Situation brachte in den Jahren 1978-1980 viele Angehörige in der BRD lebender Türken und einige türkische Gastarbeiter, denen die Aufenthaltserlaubnis nicht verlängert worden war dazu, einen Antrag auf politisches Asyl zu stellen, um sich mit diesem letzten Mittel wenigstens vorübergehend ein Aufenthaltsrecht in der BRD zu sichern, das ihnen zwar zustand, aber verweigert wurde (Seit der Einführung von Sammellagern für Asylsuchende müssen auch schwangere Frauen und solche mit Kleinkindern ins Lager, selbst dann, wenn der Mann Wohnung und Arbeitserlaubnis hat).

1980 gab es 57.913 türkische Asylsuchende (53,7 % sämtlicher Asylanträge dieses Jahres).
Diese Vorgänge wären von der Öffentlichkeit weitgehend unbemerkt geblieben, denn diese 58.000 — unter denen zweifellos auch etliche Armutsflüchtlinge ohne familiäre Bindungen in der BRD waren — machten nur wenig mehr als 3 % der in der BRD lebenden Türken aus und ihre Asylanträge wurden fast alle abgelehnt und gegen die wenigen Anerkennungen legte die Bundesregierung ausnahmslos Widerspruch ein. Die Zunahme der Asylsuchenden wäre kaum ins Bewußtsein der Bevölkerung gedrungen, wenn nicht an diesem Punkt eine breite Kampagne gegen „Schein"- oder „Wirtschaftsasylanten" entfacht worden wäre, die zeitweilig die gesamte öffentliche Diskussion über Ausländer in der BRD beherrschte.



Zur politischen Funktion der staatlichen Propagandakampagne gegen Asylsuchende:

Auf dem Hintergrund dieser Kampagne wurde das Asylrecht demontiert und nebenher noch Stimmung gegen Ausländer im allgemeinen gemacht, denn es ist leichter, gegen rechtlose Randgruppen wie Asylsuchende zu hetzen, als gegen die Gastarbeiter, die man selbst ins Land geholt hat. Um die Erinnerung an die Vergangenheit auszulöschen, wird sogar der Begriff „Gastarbeiter" zunehmend durch „Ausländer" ersetzt und folgerichtig gibt es in der Bundesrepublik auch keine „Gastarbeiterfeindlichkeit", sonder eben eine „Ausländerfeindlichkeit". Es ist wichtig, sich klarzumachen, daß das Ausmaß der Repression und Propaganda gegen diese Menschengruppe in keinem Verhältnis zu deren realer Bedeutung steht und nur erklärbar ist, wenn man davon ausgeht, daß damit ganz andere Ziele verfolgt werden, als die vorgebliche „Eindämmung der Asylantenflut".

Zum einen werden im Namen dieser Abschreckungskampagne für eine Gruppe von Menschen sämtliche rechtsstaatlichen Garantien außer Kraft gesetzt, Asylsuchende haben zum Teil weniger Rechte als Strafgefangene* — Aufhebung der Freizügigkeit, Lagerunterbringung, Zwangsverpflegung, Arbeitsverbot, zwangsweise Heranziehung zu gemeinnützigen Arbeiten, gekürzte Sozialhilfe in Naturalien oder Gutscheinen statt Bargeld, faktische Aufhebung der Krankenversicherung u. v. M. — wer garantiert, daß diese Bahandlung nicht schon morgen auf andere Gruppen der Bevölkerung ausgedehnt werden kann, vielleicht die übrigen Ausländer oder deutsche Sozialhilfeempfänger usw.?

Schon heute haben wir uns daran gewöhnt, daß Menschen, denen nichts anderes vorgeworfen wird, als sich auf ein Grundrecht berufen zu haben — vielleicht zu Unrecht, aber wer kann das bis zur endgültigen Klärung des Einzelfalles beurteilen? — unter Umständen jahrelang in Lager gesperrt werden, wo ihnen pro Person fünf Quadratmeter Wohnfläche zur Verfügung stehen.[5]

Nicht selten vergehen auch heute, 1984, zwei Jahre, bis ein politischer Flüchtling vor dem Bundesamt angehört wird. Für ein Verwaltungsgerichtsverfahren werden 2-6 Jahre veranschlagt. Ein mittelloser Flüchtling muß die gesamte Zeit im Lager verbringen und darf mindestens zwei Jahre, in Baden-Württemberg während des gesamten Verfahrens, nicht arbeiten. In einem der berüchtigtsten Lager, der Thiepval-Kaserne in Tübingen, befanden sich im August 1981 130 Flüchtlinge aus der Dritten Welt. Zwei Jahre später waren 20 von ihnen weitergewandert oder in ihre Länder zurückgekehrt, 10 waren in andere Lager verlegt worden (meistens als Strafmaßnahme), bei 10 ist der Aufenthalt unbekannt, 6 haben inzwischen geheiratet und gamze 3 Flüchtlinge wurden anerkannt. 80 dieser 130 Flüchtlinge warten noch immer auf ihre Asylentscheidungen, die Wahrscheinlichkeit der Ablehnung beträgt für sie 95 %.



Diskussionsbeitrag des Vertreters des Hohen Flüchtlingskommissars der UNO beim Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge, Dr. P. van Krieken, auf einer Tagung über Asylrecht am 18./19. 11. 1982 (als Antwort auf eine Stellungnahme des Bundesinnenministeriums):

„Sie sprachen von 85 % Mißbrauch des Asylrechts. Ich möchte einige ungefähre Zahlen nennen: 15 % der Asylbewerber werden vom Bundesamt und beinahe 5 % von Verwaltungsgerichten anerkannt, davon wird ein Drittel dann wieder vom Bundesbeauftragten angefochten, dann 8 % Frauen und Kinder, die bekanntlich seit April nicht mehr anerkannt werden. Weitere 8 % werden wegen anderweitigem Schutz vor Verfolgung abgewiesen, so Afghanen, die drei Wochen in Pakistan waren, Iraner, die drei Tage in der Türkei waren und seit gestern auch Äthiopier, die kürzere oder längere Zeit im Sudan waren ... 8 % Bürgerkriegsopfer oder ähnlich gelagerte Fälle werden nicht anerkannt. Die Zeugen Jehova z. B., die aus Griechenland kommen und bis vor kurzem anerkannt wurden, werden nicht mehr anerkannt. Dann gibt es noch 25 % Osteuropäer, die nicht anerkannt werden, aber bekanntlich hier bleiben können. Das zusammen hat meines Erachtens mit 85 % Mißbrauch wenig zu tun."

Otto Benecke Stiftung (Hg.): Asylpolitik der Bundesrepublik Deutschland, Baden-Baden 1983, S. 43.

Der Gewöhnungseffekt, der auf nichts anderes abzielt als die völlige Korrumpierung des Rechtsempfindens der Bevölkerung, ist der eigentliche Sinn dieser Maßnahmen, zumal der offiziell beabsichtigte Abschreckungseffekt durch sie kaum erreicht wird — zwar sinkt die Gesamtzahl der Asylsuchenden, doch hinter dieser sinkenden Gesamtzahl verbirgt sich das Versiegen der Flüchtlingsströme, die durch Einführung des Visazwangs für bestimmte Herkunftsländer die Bundesrepublik überhaupt nicht mehr erreichen, während gleichzeitig die Flüchtlingszahlen aus den übrigen Ländern gleichbleiben oder steigen.

Ein wichtiger Effekt der Stimmungsmache gegen „Wirtschaftsasylanten" und „Asylschnorrer" (Strauss) ist auch das Anheizen der Ausländerfeindlichkeit. Politikern und Massenmedien ist es so gelungen, innerhalb weniger Jahre das Bewußtsein eines Teils der Bevölkerung von den wirklichen Ursachen der Krise abzulenken:



Eine Emnid-Umfrage nach den Ursachen der steigenden Arbeitslosigkeit in der BRD erbrachte noch 1978 als häufigste Antworten: die Weltwirtschaftskrise, Rationalisierungen, Automatisierungen und allgemeinen Konjunkturrückgang. Im März 1982 hingegen war die häufigste Nennung: zu viele Gastarbeiter.[6]



Es ist daher nötig, die Kampagne gegen Asylsuchende im Kontext der Kampagne gegen Ausländer schlechthin zu analysieren:

Heute ist offenkundig, daß die Massenarbeitslosigkeit zur Dauererscheinung der achtziger Jahre werden wird. Staatliche Politik, die nicht unfähig erscheinen will, dieses Problem zu lösen, wird um jeden Preis versuche, diese Situation in den Griff zu bekommen. Konkret heißt das jedoch, daß der Staat, der sich als unfähig erwiesen hat, durch ökonomische Maßnahmen (Konjunkturspritzen, Globalsteuerung, Arbeitsbeschaffungsprogramme usw.) die Arbeitslosigkeit zu mildern, immer stärker auf eine politische Lösung des Problems zusteuern wird: die ausländischen Arbeiter erneut, wie zu den Zeiten des Rotationsprinzips, zur staatlichen Manövriermasse zu machen und einen erheblichen Teil von ihnen wegzuekeln. Verschwiegen wird dabei, daß mit dieser Methode allenfalls dann Arbeitsplätze geschaffen werden können, wenn man gleichzeitig deutsche Arbeiter zwingt, schlechtere Arbeitsplätze als ihre bisherigen anzunehmen.



Die CDU will bis 1990 die Zahl der Ausländer von 4,7 auf zwei bis drei Millionen verringern.[7]

Da dieses Ziel nicht mit rechtsstaatlichen Mitteln zu erreichen sein wird, wird versucht, ein derartig ausländerfeindliches politisches Klima zu schaffen, daß ein Teil der Ausländer sich „freiwillig" wegekeln läßt.

Ob mit dieser Methode tatsächlich Arbeitsplätze für Deutsche geschaffen werden können, ist eine ganz andere Frage. Nach Berechnungen der Bundesanstalt für Arbeit sind nur ca. 350.000 von Ausländern besetzte Arbeitsplätze von billigen deutschen Arbeitern zu besetzen. Andererseits ginge mit dem Weggang der Ausländer soviel Massenkaufkraft verloren, daß dadurch ca. 300.000 Arbeitsplätze abgebaut würden und ganze Industriezweige gefährdet wären.

Ökonomisch gesehen ist die Formel „Ausländer raus!" also zur Lösung des Arbeitsplatzproblems ungeeignet; andere, vielversprechendere Lösungen, wie etwa die 35-Stunden-Woche oder irgendwelche anderen sinnvollen Modifikationen des herrschenden Wirtschaftssystems, die man sich ausdenken könnte, haben aber den Nachteil, politisch schwerer durchsetzbar zu sein. Es geht auch gar nicht darum, tatsächlich von heute auf morgen Millionen Ausländer hinauszuwerfen, entscheidend ist die propagandistische Wirkung der ausländerfeindlichen Kampagne, die es den Politikern ermöglicht, da Entschlossenheit zu demonstrieren, wo der geringste Widerstand zu erwarten ist. Im Übrigen vertrauen die Politiker auf die Suggestivkraft der griffigen Formel: „Es gibt in der BRD zwei Millionen arbeitende Ausländer und zwei Millionen Arbeitslose — gingen die Ausländer nach Hause, dann hätten alle Arbeitslosen Arbeit."



So, wie die Ausländer als Gesamtheit in die Rolle eines Sündenbocks für die Krise gedrängt werden, werden wiederum die politischen Flüchtlinge stellvertretend für alle Ausländer kriminalisiert und zu einer „Asylantenflut" hochstilisiert, die über die kleine Wohlstandsinsel BRD hereinbricht und uns die Arbeitsplätze wegnimmt. Diese Stellvertreterfunktion der Asylsuchenden wird notwendig, wo ein Anstandsrest der Öffentlichkeit nicht erlaubt, einfach zu vergessen, daß „wir" die Gastarbeiter selbst geholt haben, oder wo es, wenn die Ausländerfeindlichkeit allzu offen von Staats wegen propagiert würde, Schwierigkeiten mit den Herkunftsländern der Gastarbeiter gäbe, oder wo die ausländischen Kollegen einfach zu gut bekannt und zu lange schon akzeptiert sind, um noch wirksam als Sündenbock dienen zu können, wie früher APO und RAF.

Damit die „Asylantenflut" auch wirklich bedrohlich wirkt und diese Propagandafunktion erfüllen kann, ist es entscheidend, sie als tendenziell unbegrenzt darzustellen: „Wir können nicht alle politisch Verfolgten in der Welt aufnehme" (Ex-Innenminister Baum), „Ein Ende der Flut ist nicht abzusehen. Im Sudan sollen Zehntausende auf die Ausreise warten, in Bangladesch, Indien,

Pakistan, Türkei und im Libanon Hunderttausende, meine Damen und Herren" (Der Baden-Württembergische Innenminister Palm). Keinesfalls soll die Bevölkerung auf den Gedanken kommen, die 300.000 Asylsuchenden, die in den letzten 30 Jahren deutschen Boden betreten haben und von denen insgesamt 42.000 als Asylberechtigte hiergeblieben sind, in Beziehung zu setzen zu der Tatsache, daß jährlich über 100.000 Westdeutsche einen Auswanderungsantrag stellen, um sich als Wirtschaftsflüchtlinge nach Kanada, Australien oder sonstwohin zu begeben. Und schon gar nicht soll man einen Vergleich anstellen zu den 12 Millionen Vertriebenen, die nach dem Krieg in den wirtschaftlich darniederliegenden Westzonen aufgenommen wurden.

Die Behauptung, die Flüchtlingsströme in die BRD seien tendenziell unbegrenzt, entbehrt jeder Grundlage, die weitaus meisten fliehen in Nachbarländer. Die Behauptung von der unbegrenzten Flut ist aber notwendig, um Überfremdungsängste zu schüren und Repressionsmaßnahmen zu rechtfertigen. Menschen werden so zur Umweltgefahr:

Der Landrat von Aichach, R. Bestler, lehnte ein Sammellager in seinem Landkreis ab, er habe nämlich schon genügend Umweltbelastungen: die Frauenhaftanstalt, die Sondermüllanlage und ein geplantes Kernkraftwerk." Damit „muß doch wohl die Umweltbelastungsgrenze an Dreck erreicht sein."

Das Argument einer tendenziell unbegrenzten Asylantenflut oder -schwemme zeigt besonders deutlich den Zusammenhang der Propagandakampagne gegen „Scheinasylanten" mit der Propagandakampagne gegen Ausländer schlechthin: Genauso wird argumentiert, wenn es darum geht, den Türken die Freizügigkeit innerhalb der EG zu verweigern: „Da stehen in Anatolien zwei Millionen in den Startlöchern" (A. Dregger), als ob es nicht in anderen EG-Ländern wie Italien oder Griechenland ebenfalls Millionen Arbeitslose gäbe.

„Das fängt beim Geruch an und geht bis zur Straße. Man kann nicht mehr kommunizieren. Man kann nichts verstehen. Man fühlt sich einfach nicht mehr wohl. Dann wächst Aggression. Das ist dann selbstverständlich. Das muß man wissen und sagen: Man kann nur einen ganz bestimmten Anteil an Ausländern verkraften. Und ich sage auch: Unsicherheiten wachsen durch die Arbeitslosenzahlen. Und wenn das Ausländerproblem sich löst, löst sich das Problem der Arbeitslosigkeit."

Heinrich Lummer, Innensenator

Das Wörterbuch des Unmenschen

Im Rahmen dieser Kampagne gegen politische Flüchtlinge wird sogar die Sprache verändert: während früher selbst in FAZ, Welt und Bild von „Asylsuchenden" die Rede war, auch dann, wenn es um böse marxistische Chilenen ging, heißt es heute „Asylanten", was Assoziationen weckt an andere negativ besetzte Begriffe wie Spekulant, Denunziant usw. und die Gelegenheit zu neuen wortschöpfungen bietet, wie „Scheinasylant" usw.

Ebenso häufig werden Menschen, die in der Bundesrepublik das Asylrecht in Anspruch nehmen, als „Asylbewerber" bezeichnet. „Mit dem juristischen Begriff des „Bewerbers" wird ein politischer Flüchtling auf die Ebene eines Bittstellers herabgestuft, mit Bittstellern kann man natürlich anders umspringen, als mit Menschen, die ein Grundrecht in Anspruch nehmen ... das Wort Asylbewerber beinhaltet also schon eine Vorverurteilung, es wird in den Medien und in der Bevölkerung auch so benutzt. Darüberhinaus schafft die scheinbar neutrale Formel „Asylbewerber" schon eine gefühlsmäßige, emotionale Distanzierung; dies ist beabsichtigt. Für einen politischen Flüchtling — mit allen Assoziationsfeldern dieses Wortes — sind Verschärfungen doch viel weniger zu begründen als mit dem Wort „Asylbewerber", es ist in der Bevölkerung inzwischen so diskreditiert, daß politische Flüchtlinge sich in der Öffentlichkeit nicht trauen, als solche auch in Erscheinung zu treten."[8]

Diese Beispiele dürften genügen, um zu zeigen, daß es sich hier um eine gezielte Kampagne von Politikern und Massenmedien handelt, eine diskriminierte Minderheit in die Rolle eine Sündenbocks für die Krise zu drängen.

Besonders Sozialdemokraten und Liberale rechtfertigen ihre Forderung nach einer repressiveren Ausländerpolitik gerne mit dem Argument, das Anwachsen der Ausländerfeindlichkeit in der Bevölkerung zwinge die Politiker ganz gegen ihren Willen zu diskriminierenden Maßnahmen gegen Ausländer, damit nicht ein weiteres Ansteigen der Ausländerflut über die „Bela-



»Die bewußt lagermäßige Unterbringung muß als psychologische Sperre gegen den weiteren Zustrom Asylwilliger aufgebaut werden«



stungsgrenze" hinaus zu einer neuen Reichskristallnacht führe. Läßt man den Zynismus dieses Arguments und seine Vertauschung von Ursache und Wirkung einmal außer acht — vielleicht lassen sich ja Belege dafür finden, daß die Ausländerfeindlichkeit in der Bevölkerung auch spontan und ohne offizielle Ermunterung ansteigen würde — für die Ablehnung der Asylsuchenden trifft das mit Sicherheit nicht zu.

Sie können schon deswegen kein Auslöser für eine von selbst oder spontan in der Bevölkerung entstehende spezifische „Asylantenfeindlichkeit" sein, da der Durchschnittsbürger kaum Gelegenheit hat, einem Asylsuchenden zu begegnen und ihn als solchen zu erkennen, oder überhaupt außerhalb der Massenmedien von einem zu erfahren. Das „Asylantenproblem" ist überhaupt erst breiteren Kreisen bekannt, seit es in den Massenmedien aufgebauscht wird, bzw. durch die Kasernierung in Lagern Reibungspunkte mit der umgebenden Bevölkerung künstlich geschaffen worden sind.*

Wie kann man dieser Kampagne entgegentreten?

Will man dieser Kampagne gegen politische Flüchtlinge erfolgreich entgegentreten, muß man sich auch argumentativ mit der Ausländerfeindlichkeit auseinandersetzen. Viele Menschen, die versuchen, der ausländerfeindlichen Propaganda mit einer christlich-humanistischen Argumentation entgegenzutreten („vor Gott sind alle Menschen gleich") müssen die Erfahrung machen, daß sie damit wenig bewirken können. Dies, und die Erkenntnis, daß die Ausländerfeinde mit Vorliebe ökonomisch argumentieren — „die Ausländer (Wirtschaftsasylanten) nehmen uns die Arbeitsplätze weg" — bringt viele Menschen dazu, sich ebenfalls auf eine ökonomische Argumentationsebene zu begeben, was umso naheliegender ist, als sich das Argument mit den Arbeitsplätzen ökonomisch recht gut widerlegen läßt. Dennoch ist es falsch, nach dem Motto „Erst kommt das Fressen, dann kommt die Moral" über die ökonomische Argumentationsebene nicht hinauszugehen.

Die Anwerbung ausländischer Gastarbeiter seit Mitte der fünfziger Jahre, als Lückenbüßer für minderwertige Arbeiten, hat große Teile der deutschen Arbeiter der Notwendigkeit enthoben, ihre Arbeitskraft unter Qualifikationen zu verkaufen, und gleichzeitig sind die Deutschen an den Gedanken gewöhnt worden, daß es am unteren Ende der sozialen Skale eine billige, manövrierfähige Masse ausländischer Arbeiter gibt, die je nach Konjunkturlage angeworben oder abgeschoben werden kann.

„Die deutsche Bevölkerung hat von der massiven Anwerbung von Ausländern mitprofitiert, hat sich mehrheitlich damit abgefunden, daß die Drecksarbeit in diesem Lande von Ausländern gemacht wird, und dieses Schweigen zur unmenschlichen Behandlung ausländischer Menschen bringt eine moralische Korrumpierung mit sich, auf deren Boden heute die Ausländerfeindlichkeit gedeiht. Wer den Standpunkt akzeptiert hat, die Ausländer seien eine nützliche Manövriermasse, die man aus ökonomischen Gründen ins Land holt, der wird die Ausweisung von Ausländern ebenfalls unter dem ökonomischen Aspekt der Manövriermasse sehen. Damit ist das Fundament gelegt, um den ausländischen Teil der Bevölkerung der BRD zum Sündenbock zu stempeln, einem Sündenbock, dessen unmenschliche Behandlung durch die ökonomische Betrachtungsweise legitimiert wird ... Dem Staat und den Kapitalisten wird billigend zugestanden, das ökonomisch profitable zu tun (Ausländer entlassen und abschieben), ohne zu sehen, daß damit den Herrschenden das Recht zugesprochen wird, grundsätzlich so zu verfahren. Wer sich heute nicht wehrt, wenn Ausländer als Manövriermasse behandelt werden, dem fehlen morgen die Argumente und die Kraft, um gegen die eigene Entlassung zu kämpfen."[9]

Aus dem gleichen Grund muß man, wenn man der Entrechtung der politischen Flüchtlinge entgegentreten will, die ökonomische Argumentationsebene verlassen und insbesondere herausarbeiten, daß die Sondergesetzgebung für politische Flüchtlinge, Aufhebung der Grundrechte, Arbeitsverbot, willkürliche Senkung der Sozialhilfe, Internierung usw., einmal für eine Gruppe von Menschen eingeführt und akzeptiert, schon morgen auf andere Gruppen der Bevölkerung ausgedehnt werden kann, daß davon also nicht nur Millionen anderer ausländischer Menschen bedroht sind, sondern wir alle. Daß mit dem Vorwand der Abschreckung Asylsuchender sich der Staat gezielt ein juristisches Instrumentarium schafft, das es ermöglichen soll, im Bedarfsfall beliebige andere Menschengruppen mit einer solchen Sondergesetzgebung zu terrorisieren. Das ist der eigentliche Zweck dieser Abschreckungsmaßnahmen und die Voraussetzung dafür, daß er erreicht werden kann, ist die völlige Korrumpierung des Rechtsempfindens der Bevölkerung.

Anmerkungen:

* Texte, Dokumente und Statistiken zu den mit * gekennzeichneten Fragen finden sich in: Gesellschaft für entwicklungspolitische Bildung (GEB), Materialien für Unterricht und Bildungsarbeit Nr. 17 „Politische Flüchtlinge". Bezug: GEB, Sandstr. 15, 7800 Freiburg, 6,- DM

1) Die Angaben übernimmt der Hohe Flüchtlingskommissar von den jeweiligen Regierungen. Anerkannte Asylberechtigte sind teilweise nicht enthalten. Die Bundesrepublik hat in den Jahren von 1953 bis 1981

70.569 Personen als Asylberechtigte anerkannt, davon leben jedoch nur noch 41.857 in Deutschland (Zeitschrift für Ausländerrecht 2/1982; E. Schmitt (Hg.): a. a. O., S. 357)

2) laut offiziellen Angaben. Tatsächlich sind es sicher weit mehr.
3) Zahlenangaben nach E. Schmitt (Hg.): Türkei. Express edition, 1984, Bd. 1 S. 77 ff, 194 ff
4) ebenda, S. 348 ff
5) Richtlinien des Landes Niedersachsen; für einen größeren Hund sind gesetzlich 9 qm vorgeschrieben. (taz v. 20. 10. 81) Im Freiburger Lager z. B. beträgt die durchschnittliche Aufenthaltsdauer nach Angaben dei Sozialarbeiter 13 Monate.
6) V. Arendt-Rojahn (Hg.): Ausgeliefert. S. 138. rororo aktuell Nr. 5358
7) FR v. 17. 3. 83
8) Hamburger Arbeitskreis Asyl, Asyl-Demontage des Grundrechtes, S. 32 Bezug: H. Jacobi, Laufgraben 37, 2000 Hamburg 13
9) Hierzu ausführlicher s. Devrimici Isci: Ausländerfeindlichkeit und Ausländerpolitik, S. 15 ff. Bezug: Infostelle Türkei, Schildergasse 101, 5 Köln 1

Aufruf zur Solidarität

An einigen Orten haben sich Initiativen und Komitees zur Unterstützung der Flüchtlinge gebildet. Wer nicht in einer solchen Gruppe mitarbeiten kann, sollte wenigstens materielle Hilfe leisten. In einigen Fällen ist es gelungen, Flüchtlinge vor dem Lager zu bewahren, indem Wohnungen oder Stipendien für sie organisiert wurden
Materielle Unterstützung ist auch wichtig, damit die wenigen verbliebenen Rechtsmittel im Asylverfahren ausgeschöpft werden können.
Spenden zur Unterstützung von Asylsuchenden erbittet die Redaktion auf folgendes Konto:

Aktion Dritte Welt e. V., Sonderkonto Chilehilfe, Kennwort „Flüchtlingshilfe", Kto.-Nr. 1871 36-750, PSchA Karlsruhe.

Das Kennwort „Flüchtlingshilfe" bitte nicht vergessen!

Komitees und Initiativen:

Ausländerkomitee Berlin (West) e. V.
Langenscheidtstr. 3
1 Berlin 62

Flüchtlingsrat
Haus der Mission
Handjerystr. 19
1 Berlin 41/Tel. (030) 85 10 21

Freundeskreis für Asylanten, c/o Monika Schmidt, Weinberg 15, 6430 Bad Hersfeld
Arbeitskreis für politische Flüchtlinge, c/o Friedhelm Nöh, Obenstruthstr. 15, 5900 Siegen 1

Hamburger Arbeitskreis ASYL e. V.
c/o H. Jacobi
Laufgraben 37
2 Hamburg 13/Tel. (040) 44 41 11

amnesty international, Asylgruppe, Neue Gröninger Str. 4, 2000 Hamburg 11

Rechtshilfefond für Ausländer, c/o ESG, Grindelallee 9, 2000 Hamburg 13

amnesty international, c/o Marianne Hülsen, Flumweg 7, 2200 Elmshorn

Projektgruppe Ausländische Arbeitnehmer e. V. (Ali Baba), Waisenhofstraße 39, 2300 Kiel 1

Musikladen/Zentrum, An der Untertrave 97, 2400 Lübeck

Bremer Informationszentrum
für Menschenrechte und Entwicklung
Bahnhofspl. 13
28 Bremen 1

Arbeitskreis 3. Welt e. V., „Dritte Welt" Informationszentrum, Ziegelhofstr. 16, 2900 Oldenburg

Ausländerkomitee im Raschplatz-Pavillon, Lister Meile 4, 3000 Hannover 1

Asylsarbeitskreis Soest, c/o F. J. Busch, Alfred-Delp-Str. 34, 4780 Lippstadt

Arbeitskreis Dritte Welt e. V., c/o G. Wientgen, Kornaue 3, 4150 Krefeld

alternative Türkeihilfe, Postf. 7088, 4900 Herford

Verein für ausländische Mitbürger in Aachen e. V., Jülicher Str. 156, 5100 Aachen

Freundekreis Polit. Flüchtlinge, c/o Treff International, Rohrlachstr. 55, 6700 Ludwigshafen

Freundeskreis für Flüchtlinge der Thiepval-Kaserne
c/o Rainer Mehltreter Michaelstr. 5
74 Tübingen Tel. (07071) 21 14 20

Flüchtlingsrat Tübingen c/o Christine Trost Wilonstr. 38/1
74 Tübingen 2 Tel. (07071) 7 28 63

Aktionsausschuß gegen Abschiebung in Sammellager c/o Hans-Jürgen Schmitz Badstr. 2, 84 Regensburg

Freundeskreis für Flüchtlinge in Unterfranken
c/o Jürgen Schmitt Schulstr. 17, 8702 Waldbüttelbrunn

Wichtige Adressen:

LAF-Landesarbeitsgemeinschaft Ausländische Flüchtlinge in Nordrhein-Westfalen e. V.
Kronprinzenstraße 62
4000 Düsseldorf 1
Tel. (0211) 37 20 08
Terre des Hommes
Deutschland e. V.
Ruppenkampstraße 11 a
4500 Osnabrück
Tel. (0541) 7 30 36

Gemeinnützige Gesellschaft zur Unterstützung Asylsuchender e. V.
c/o amnesty international
Rothenburg 34/35
44 Münster

Zentrale Dokumentationsstelle
der Freien Wohlfahrtspflege
für Flüchtlinge
Franz-Lohe-Straße 19
5300 Bonn 1
Tel. (0228) 21 10 11
UNHCR — Amt des Hohen
Flüchtlingskommissars
der Vereinten Nationen
Rheinallee 51 (ab 1. 1. 83)
5300 Bonn 2
Tel. (0228) 36 40 11
Psychosoziales Zentrum für
ausländische Flüchtlinge
Hinter den Ulmen 15
6000 Frankfurt 50
Tel. (0611) 52 00 81-82

Rezension

„Abgelehnt, Ausgewiesen, Ausgeliefert"



„Wohnunterkunft" — 380 Flüchtlinge aus 30 Nationen müssen hier leben

Vom 20. bis 22. 2. 1984 fand in Berlin ein Hearing zur rechtlichen und sozialen Lage von Asylbewerbern statt. Vor einer internationalen Jury und zahlreichem Publikum schilderten damals Anwälte, Sozialarbeiter, Pfarrer sowie Vertreter verschiedener Menschenrechtsorganisationen, warum das Asylproblem in Berlin in die Schlagzeilen geraten war (vgl. auch die ausführlichen Berichte über das Hearing in „iz3w" 114 und 115). Die Jury befand in ihrer abschließenden Stellungnahme die Lage der Flüchtlinge in West-Berlin als menschenunwürdig.

Unlängst ist nun diese Stellungnahme zusammen mit den Berichten — auch solchen, die aus Zeitgründen nicht auf dem Hearing gehalten werden konnten — in der Buchreihe „pogrom" der Gesellschaft für bedrohte Völker erschienen. Das Buch enthält ferner eine Stellungnahme von Innensenator Lummer, einem der Hauptverantwortlichen für die Asylmisere in Berlin, zum Hearing, ein Rundfunkinterview mit Lummer sowie eine Stellungnahme des Bundesinnenministeriums gegen eine Lockerung des Asylverfahrensgesetzes. Zahlreiche eindrucksvolle Fotos aus dem Alltag von Flüchtlingen machen die Aussagen des Buches noch anschaulicher.

Die Gesellschaft für bedrohte Völker, die die Hearings-Dokumentation in Zusammenarbeit mit dem Flüchtlngsrat Berlin herausgab, begründet die Veröffentlichung u. a. damit, daß „Asylbewerber ... die rechtlich und sozial am stärksten diskriminierte Minderheit in der Bundesrepublik" darstellen. Viele der in diesem Buch geschilderten Probleme, — die Auswirkungen des Asylverfahrensgesetzes, die durch das Bundessozialhilfegesetz rechtlich abgesicherte soziale und medizinische Verelendung der Flüchtlinge sowie ihre öffentliche Diskriminierung z. B. durch Wertgutscheine, die haltlosen Lebens- und Wohnbedingungen in sogenannten „Wohnheimen" — lassen sich auch auf die Lage in anderen Bundesländern übertragen. Darum ist den Herausgebern unbedingt zuzustimmen, wenn sie die Hearings-Dokumentation als „Einführung in die Problematik" sowie als „Handbuch für bereits Informierte und Engagierte" empfehlen; sie beseits in der Tat eine über Berlin und den heutigen Tag hinausreichende Bedeutung, denn leider wird sich in absehbarer Zeit die Abschreckungsstrategie der Zimmermann, Lummer & Co. nicht ändern.

In Berlin z. B. strebt im Gegenteil Sozialsenator Fink gegenwärtig eine weitere Verschärfung der Lage durch die Einführung von Lichtbildausweisen für Flüchlinge an; damit soll u. a. die breite Solidarität unterlaufen werden, die sich zunächst in Kirchengemeinden gegen das Wertgutschein-System entwickelt hatte; inzwischen unterstützen zahlreiche Organisationen und Persönlichkeiten den Umtausch der Scheine gegen Bargeld. Der CDU-Senat — Lummer und Fink voran — haben auf Antrag der CDU der Sozialsenator im September über Möglichkeiten einer endgültigen oder teilweisen Abschaffung der Wertgutscheine berichten soll, — also eine Kompromißlösung, um dem Sozialsenator das „Gesicht" zu retten.

Abschließend sei erwähnt, daß das Asylbuch begrüßenswerterweise auch mit Literaturhinweise sowie einem Verzeichnis von Asylgruppen und -initiativen in den einzelnen Bundesländern versehen wurde; dies und die Fülle der darin angesprochenen Probleme machen es zu der bisher wohl umfassendsten Darstellung des Asylproblems.

Keto Bagrat

„Abgelehnt, ausgewiesen, ausgeliefert": Dokumentation zum Hearing über die soziale und rechtliche Lage der Asylbewerber in West-Berlin (20.-22. 1. 1984). Für die Gesellschaft für bedrohte Völker in Zusammenarbeit mit dem Flüchtlingsrat Berlin herausgegeben von Tessa Hofmann. Göttingen 1984, 204 S., DM 9,80 (reihe „pogrom")

ZU BEZIEHEN ÜBER:
Gesellschaft für bedrohte Völker, Postfach 1024, 3400 Göttingen

„Zwischen Button und Brigaden"

Bundeskongress entwicklungspolitischer Gruppen

„Zwischen Button und Brigaden", unter diesem Motto standen beim achten Bundeskongreß der entwicklungspolitischen Gruppen (BUKO) bestehende und mögliche Aktionsformen in der Diskussion. Unerwartet war der große Ansturm der Tagungsteilnehmer; waren seit 1977 stattfindenen BUKO bisher nur circa 150 Teilnehmer beschert, so kamen diesmal etwa 400 Interessierte. Motivierend für die Teilnahme vieler war wohl das umfangreich gestaltete Tagungsangebot mit 15 Arbeitsgruppen, mehreren Workshops, direkten Aktionen in Münster, einer Demo, „Eine Welt Markt", Ausstellungen, Filme und anderen Veranstaltungen



Trotz der großen Zahl der angebotenen Arbeitsgruppen waren die AG's zum Großteil überfüllt, was die Arbeit beziehungsweise die Diskussion in den verschiedenen Gruppen sehr schwer machte.

In den AG's wurde in knapp bemessener Zeit versucht, Aktionsformen in den verschiedenen entwicklungspolitischen Arbeitsbereichen zu diskutieren. Es ging dabei um Fragestellungen, wie beispielsweise kritische Solidaritätsarbeit in den einzelnen entwicklungspoltischen Gruppen aussieht oder zu leisten ist, ob Arbeitseinsätze in der Dritten Welt in Form von Arbeitsbrigaden oder Workcamps eine alternative Form von „Entwicklungshilfe" darstellen oder nur eine andere Form von Alternativtourismus sind, wie Medien für die entwicklungspolitische Arbeit zu nutzen sind, ob und wie Aktionsgruppen ihre Forderungen in die Parlamente tragen sollen beziehungsweise können, ...

Daß es bei vielen Arbeitsgruppen nur bei einem Versuch einer Bestandsaufnahme der verschiedenen Aktionsmöglichkeiten blieb, lag nicht allein an der geringen Zeit, die für die Diskussion eingeplant war, sondern auch an dem Unstand, daß in einigen AG'S eine themenbezogene Vorbereitung seitens der Themenbetreuer so wie der Teilnehmer fehlte. Arbeitsergebnisse wurden nur von wenigen AG's vorgestellt. Aus der AG „Ausländer und Asylanten in der BRD" heraus bildete sich eine überregionale Arbeitsgruppe, die sich künftig zu Fragen konkreter Ausländerarbeit innerhalb der entwicklungspolitischen Aktionsgruppen treffen wird. Verabschiedet wurde zusätzlich hierzu eine Resolution, mit der der BUKO selbstkritisch feststellte, daß sich die Dritte Welt Gruppen sehr wenig bis überhaupt nicht mit den Problemen der Menschen, die aus der Dritten Welt zu uns in die BRD kommen, kümmern. „Umso beliebter sind sie als Köche von exotischen Gerichten auf Solidaritätsveranstaltungen. Wir müssen uns dabei die Frage stellen, ob sich in unserer abgehobenen Arbeit nicht auch ein Stück Flucht vor persönlicher, konkreter Beschäftigung mit den Menschen aus der Dritten Welt hier in der BRD zeigt."

Für das kommende Jahr wurde auch die Durchführung von drei Kampagnen beschlossen, an denen teilzunehmen alle entwicklungspolitischen Aktionsgruppen bundesweit aufgerufen sind:

Fortzuführen ist die seit 1980 bestehenden *PHARMA-KAMPAGNE.* Zielsetzung ist die breite Aufklärung über die teuren, meist überflüssigen und gefährlichen Arzneimittelexporte der Pharmamultis in die Dritte Welt, wobei konkrete Forderungen gestellt werden. (Vgl. auch blätter des iz3w, Heft Nr. 113/1983) Nahezu 50 % des Gesundheitsetats vieler Entwicklungsländer wird für Medikamentenimporte aufgebraucht, während 3/4 aller Krankheiten sich durch Verbesserung in der Ernährung, Hygiene oder dem Trinkwasser beseitigen ließen. Das hierzu nötige Geld verschlingen im Austausch mit oft veralteten und wegen ihrer Gefährlichkeit in der BRD verbotenen Medikamente die prallen Kassen der Pharmakonzerne.

Nächstes Aktionsziel der Pharma-Kampagne ist die Verstärkung der Aktionen zu einer bundesweiten Bewegung für einen STOP DER GEFÄHRLICHEN PHARMA-PRODUKTE. (Kontakt: BUKO-Pharma-Kampagne, 3. W.-Haus, August Bebel Str. 62, 48 Bielefeld 62)

Ziel der BUKO-Kampagne *„Stoppt den Rüstungsexport"* ist es, die Geschäfte der Rüstungskonzerne und der Bundesregierung mit dem Waffenexport, dessen Folgen für beziehungsweise in den Entwicklungsländern aufzudecken.

Die Produktion und der Export militärischer Güter ist seit den siebziger Jahren der am stärksten expandierende Wirtschaftsbereich der BRD (SIPRI Jahrbuch für Rüstung 1980/81 S. 14).

Zwischen 1973 und 1980 erzielte die BRD die höchsten Steigerungsraten aller Industrieländer im Rüstungsexport, nämlich 983 % (FpK Nr. 4 v. 24. 1. 1984, S. 5 Hamburger Inst. für Friedensforschung und Sicherheitspolitik). Mit deutschen Waffen führen diktatorische Regime in der Dritten Welt Kriege oder festigen die Unterdrükkung des Volkes (... Chile, Türkei). Zusätzlich werden die wirtschaftlichen Probleme der betroffenen Länder verstärkt, da der



Devisenbedarf zur Bezahlung der Rüstungsgüter zu einer ständigen Ausweitung der Exporte und zu steigender Verschuldung führt. Die Entscheidungen über Rüstungsexporte richten sich insbesondere nach den „vitalen Interessen der Bundesrepublik Deutschland" (Rüstungsexportrichtlinien von 1982).

Im Zusammenhang mit der Kampagne „Stoppt den Rüstungsexport" fand während des BUKO an der in der Nähe von Münster gelegenen Polizeiführungsakademie Hiltrup (PFA) eine Demonstration statt. In der PFA werden nicht nur Führungskräfte der deutschen Polizei geschult, sondern es wird auch „Entwicklungshilfe" über den Unterricht im Umgang mit modernen Polizeiwaffen, -taktiken und Logistik den Polizisten aus verschiedenen Ländern der Dritten Welt gewährt. Die Mittel stellt das Bundesministerium für Wirtschaft und Zusammenarbeit.

Ca. 300 Teilnehmer des BUKO und Mitglieder der Hiltruper Friedens-Initiativen forderten deshalb die sofortige Einstellung der Ausbildung ausländischer Polizisten beziehungsweise des Know-how-Exportes von Unterdrückungsmechanismen.

(Kontakt: BUKO — Koord.stelle „Stoppt den Rüst.export", Buchtstr. 14'15, 2800 Bremen)

Eine neue Kampagne stellt das *„Aktionsprogramm Futtermittelimporte"* dar. Darin heißt es: „In den Ländern der Dritten Welt ist der großflächige Anbau von Agrarprodukten, die als Futtermittel in die EG exportiert werden, im allgemeinen mit einer Verschlechterung der Nahrungsmittelversorgung der einheimischen Bevölkerung verbunden. (...) Da im exportorientierten Sektor der Landwirtschaft häufig ökologisch bedenkliche Anbauformen vorherrschen und im wachsenden Maße moderne Agrartechnologien und Pestizide eingesetzt werden (...), trägt die Futtermittelproduktion zu einer Zerstörung der ökologischen Grundlagen des Landbaus in der Dritten Welt und zur existenzbedrohenden Verdrängung kleinbäuerlicher Produktionsstrukturen bei. Hauptforderung im „Aktionsprogramm Futtermittelimporte" ist die Reduzierung der Futtermittelimporte aus Ländern der Dritten Welt bis hin zu ihrer völligen Einstellung. Zur Durchführung der Kampagne wurde in Hamburg eine Koordinationsstelle eingerichtet: BUKO-Agrokoordination, Nernstweg 32-34, 2000 Hamburg 50.

Auch in organisatorischer Hinsicht gab es auf dem BUKO 8, Neuerungen:

Für viele Teilnehmer überraschend war der Beschluß des BUKO 8, sein Geschäftsführendes Organ, den Koordinationsausschuß (KA), nunmehr mit einem politischen Mandat auszustatten. Bisher hatte nämlich nahezu jeder BUKO die leidliche Frage diskutiert, welche Stellung der KA nach innen und außen hat; soll der KA nur ein nach innen gerichtetes, vorwiegend technisches Koordinationsinstrument zwischen den einzelnen Gruppen sein oder soll er vorrangig ein nach außen wirkendes, gemeinsame politische Positionen entwickelndes und vertretendes politisches Organ der Entwicklungspolitischen Aktionsgruppen sein? Auf heftige Kritik und Unbehagen bei vielen Mitgliedsgruppen stieß das Bestreben des KA, als zentrale BUKO-Organ auch eigenständig politische Stellungnahmen abgeben zu können. Der KA hatte deshalb die vergangenen sieben Jahre ausschließlich das zu koordinieren, wozu er vom BUKO beauftragt worden war. Nach dem Beschluß des 8. BUKO in Münster ist der KA zumindest für die nächsten zwei Jahre mit einem politischen Mandat ausgestattet und kann künftig zu aktuellen Fragen im Namen des BUKO und der entwicklungspolitischen Gruppen sprechen. Damit verbunden sein sollte jedoch der Auftrag an die ca. 160 Mitgliedsgruppen starke Basis des BUKO, die Handhabung der neugewonnenen Kompetenz des KA ständig im Auge zu haben; denn, will der KA nicht, daß ihn seine wählende Basis beziehungslos nach dem Motto „was geht uns der an" links/rechts liegenläßt, so wird er bemüht sein müssen, sein politisches Mandat in bewußtem Einvernehmen mit seiner Basis und mit möglichst viel Rückkopplung zu derselben zu gebrauchen.





Der am BUKO 8 neugewählte KA besteht aus acht Mitgliedern verschiedener Aktionsgruppen, dabei ist auch ein Vertreter des Informationszentrum Dritte Welt Freiburg. Konkurrenzlos erklärte sich das Informationszentrum 3. Welt/Aktion Dritte Welt Freiburg auch bereit, den nächsten BUKO im Mai/Juni 1985 in Freiburg auszurichten.

Das Thema wird sein: „Ökologie und Dritte Welt". Für Freiburg und das Dreyeckland (Südbaden-Elsaß-Nordschweiz) hatten und haben Ökologiefragen zentrale Bedeutung (Wyhl/Fessenheim/Kaiseraugst). Daher soll versucht werden, auch regionale Gruppen aus der Ökologiebewegung organisatorisch und inhaltlich in die Vorbereitung und Teilnahme am neunten Bundeskongreß der entwicklungspolitischen Aktionsgruppen in Freiburg mit einzubeziehen.

Alf

Aufruf

Peru
Unterstützt die Freilassung von Carlos Taipe Campos (CCP)

Verschiedene peruanische Organisationen wandten sich kürzlich mit einem Aufruf an die (Welt-)Öffentlichkeit, um die Freilassung des nationalen Verantwortlichen der peruanischen Bauerngewerschaft CCP, Carlos Taipe Campos, zu erreichen.
Sie klagen die Repressionspolitik des peruanischen Staates gegen die Personen an, die sich gegen die Wirtschaftspolitik der Regierung wehren:
Verantwortliche von Gewerkschaften, Bauernorganisationen, der Dörfer und Elendsviertel und Organisationen der „Vereinigten Linken".
Carlos Taipe Campos ist ein Bauer aus Colcabamba im Departement Huancavelica, der verschiedene Leitungsaufgaben in seiner Gemeinde, in der Bauernvereinigung der Provinz Tayacaja und in der Bauerngewerkschaft CCP, in der er z. Zt. für die öffentlichkeitsarbeit auf Nationalebene verantwortlich ist, wahrgenommen hat. Diese Aufgaben erfüllte er im Rahmen der peruanischen Gesetze. 1980 reiste er nach Europa, um dem IV. Russell-Tribunal die Menschenrechtsverletzungen anzuzeigen, die gegen seine Gemeinde begangen worden waren.

Warum verfolgen sie ihn und stecken ihn ins Gefängnis?

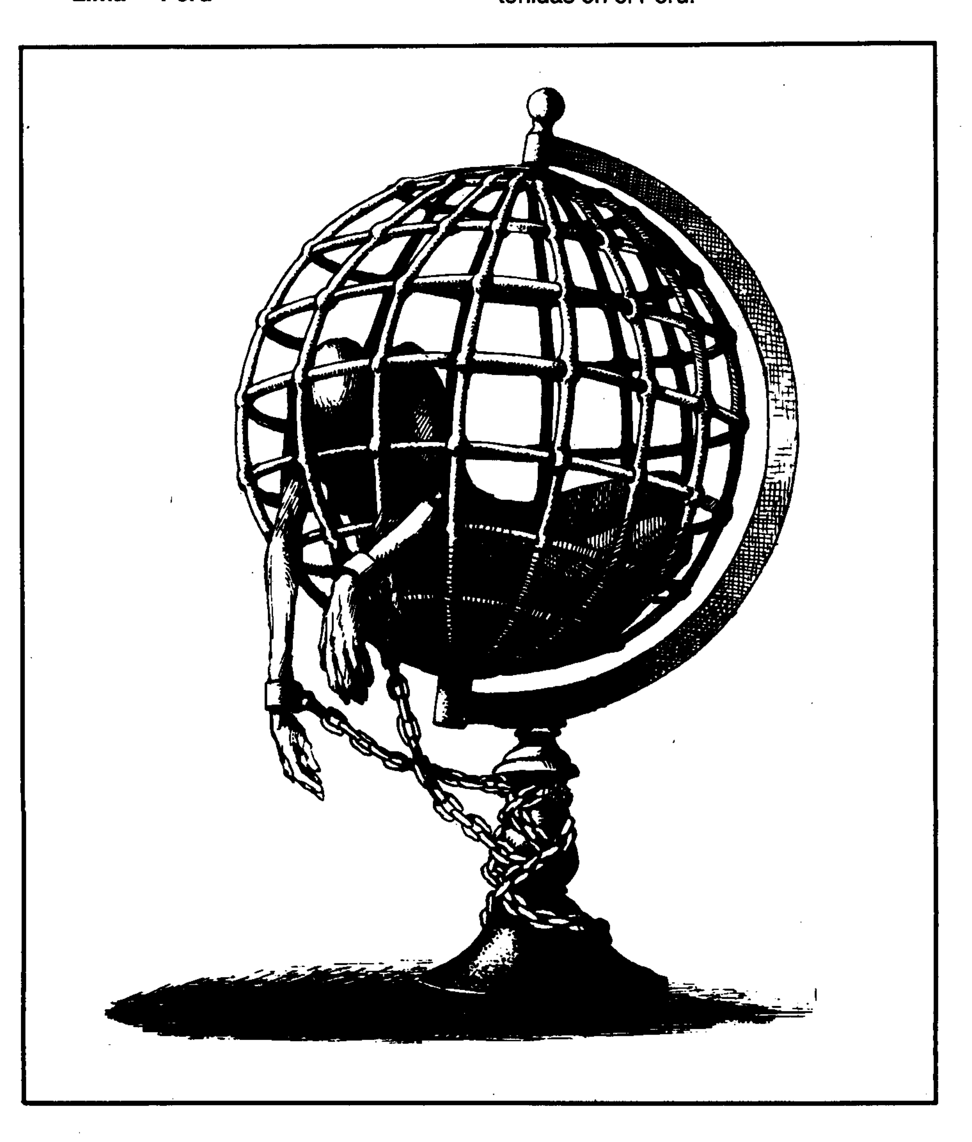
Seine Verteidigung der Bauern und ihrer Rechte hat ihm Unterstützung und Ansehen bei den Landbewohnern, vor allem in seiner Region, verschafft — und zog damit die Wut der Mächtigen auf sich, die C. T. Campos in vielfältiger Weise verleumdeten. Außerdem wurde der wegen Delikten angeklagt, die er nie begangen hatte und die nie belegt werden konnten.
So wurde ihm in zehn Prozessen keine Schuld nachgewiesen. Er war u. a. angeklagt wegen „Hausfriedensbruch" und „widerrechtlicher Aneignung" durch den Hazienda-Besitzer Gustavo Hinostroza, Bruder eines Abgeordneten der Regierungspartei. Hinostroza bezog sich bei seiner Anklage aber auf Land und Besitz, die schon immer der Gemeinde gehörten. In einem andern Fall wurde er der Sachbeschädigung im Haus des o. g. Großgrundbesitzers angeklagt. Am Tag, an dem er diese Tat begangen haben sollte, leitete er aber mit anderen CCP-Verantwortlichen eine Bauernversammlung in Lima. C. T. Campos ist nicht der einzige Fall von Verfolgung und Inhaftierung in Peru (und es gibt auch andere Formen der Unterdrückung, wie z. B. die Massaker in verschiedenen Bauerngemeinden). Aber sein Fall ist sehr repräsentativ, weil er als ein konsequenter Bauernführer in seiner Gemeinde, auf Provinz- und auf nationaler Ebene und auch international bekannt ist.

Sofortige Freilassung

Die peruanischen Organisationen wenden sich an die (Welt-)Öffentlichkeit und bitten sie, die Freilassung von C. T. Campos und der anderen gefangenen Bauern, Arbeiter, Studenten, Lehrer und politisch Tätigen zu fordern, die zu Unrecht in Peru gefangengehalten werden.
Sie schlagen vor,
- Kampagnen für die Freilassung von Carlos Taipe Campos und die unter dem falschen Vorwurf des „Terrorismus" Gefangengehaltenen zu machen,
- die Einhaltung der Menschenrechte in Peru zu fordern und
- Briefe zu schreiben an:
- Sr. Fernando Belaunde Terry
Presidente de la República
Palacio de Gobierno
Lima — Perú
- Dr. Max Arias Schreiber
Ministro de Justicia
Ministerio de Justicia
Lima — Perú
- Sr. Fiscal de la Nación
Paseo de la República Nr. 3521
San Isidro
Lima — Perú
- Al Parlamento de la República
Plaza Congreso s/n
Lima — Perú

Briefvorschlag:
Wir fordern Sie auf, für die Einhaltung der Menschrechte in Peru Sorge zu tragen und die Freilassung von Carlos Taipe Campos und aller anderen aus politischen Gründen in Peru Inhaftierten zu veranlassen.

Nosotros exigimos respetar los derechos humanos en el Perú, pedimos la libertad de Carlos Taipe Campos y de todas las personas que por razones politicas han sido detenidas en el Perú. —



An alle Boliviengruppen!!!

Seit Oktober 1982, nach üblen Jahren der Militärdiktatur, herrschen in Bolivien „wieder einmal" demokratische Verhältnisse. Erwartete man von der neuen Regierung Siles Zuazo einen kontinuierlichen Aufbau politischer und wirtschaftlicher Strukturen, so sah man sich in der tatsächlichen Entwicklung getäuscht. Putschgerüchte und wirtschaftlicher Notstand sind und waren allgegenwärtig. Um neue Glaubwürdigkeit zu gewinnen sowie um politisch wieder handlungsfähig zu werden, sah sich Siles Zuazo in den letzten Monaten gezwungen, das UDP — Bündnis neu zu beleben. Um der vielfältigen Probleme Herr zu werden, sind erst Maßnahmen getroffen, die allerdings noch in ihren Auswirkungen der sozialen Situation breiter Bevölkerungsschichten angepaßt werden müssen.
Den Aufbau demokratischer Strukturen durch Solidaritätsarbeit zu unterstützen, eine finanzielle und ideelle Hilfe bei der wirtschaftlichen Entwicklung zu leisten, sind wohl einige zentrale Aufgaben der Boliviengrupen in der Bundesrepublik. Um eine spezifische Arbeit für das Land zu gewährleisten, erscheint es sinnvoll und wichtig miteinander in Kontakt zu treten. Ziel ist es, eine kontinuierliche, überregionale Zusammenarbeit und einen Informationsaustausch unter den Projekt- und Solidaritätsgruppen zu bewirken. Folgende mögliche Fragestellungen wären in einer Anfangsphase unter anderem zu erarbeiten:
Welche Zielsetzungen verfolgen die Gruppen?
wie arbeiten die Gruppen?
Welche Projekte werden unterstützt und Wie sieht die Projektarbeit aus?
Welche Arbeitshilfen und Aktionsmöglichkeiten gibt es?
usw. ...
Wenn Ihr Interesse an einer überregionalen Zusammenarbeit habt, so stellt doch bitte in einem kurzen Info Eure Gruppe vor und formuliert Eure Vorstellungen und Erwartungen über eine solche mögliche Arbeit!

Kontaktadressen:
AK Dritte Welt der KHG, R. Kranebitter
Medardstr. 88, 5500 Trier
Boliviengruppe Bonn, c/o Beatrice Krämer, Sternenburgerstr. 16, 5300 Bonn 1

Presseerklärung

BMZ will Abzug von Entwicklungshelfern aus Nicaragua
Offener Brief an die Mitglieder des Verwaltungsrates des DED

Wir, DED-Entwicklungshelfer/innen in der Vorbereitung, 2. Quartal 1984, sind äußerst besorgt über die Bestrebungen des BMZ, die Mitarbeit des DED in Nicaragua drastisch einzuschränken. Nachdem auf der letzten Verwaltungsratssitzung am 6. April '84 beschlossen wurde, keine neuen Verpflichtungen gegenüber den Partnern in Nicaragua einzugehen, soll auf der nächsten Verwaltungsratssitzung am Dienstag, 26. 6. '84 die Reduzierung der Entwicklungshelfer/innen in Nicaragua auf die Hälfte der Zahl beschlossen werden.
Dieses soll möglichst schnell durch Nichtverlängerung von bestehenden EH- und Projektverträgen erreicht werden.

Dies geschieht, obwohl die Arbeit des DED in Nicaragua nach den Grundsätzen des DED äußerst sinnvoll ist und die schon geleistete Arbeit von den dort tätigen Entwicklungshelfer/innen und den einheimischen Partnern positiv beurteilt wird. Durch diesen plötzlichen Abbruch wird die bisherige Arbeit in den Projekten in Frage gestellt.
Wir fordern die Mitglieder des Verwaltungsrates auf:

1. die Mitarbeit des DED in Nicaragua im bisherigen Umfang unverändert weiterzuführen,
2. die bisher beschlossenen Einschränkungen aufzuheben,
3. die bisherige entwicklungspolitische Unabhängigkeit des DED gegenüber dem BMZ zu erhalten.

Diese Erklärung wurde von den Vorbereitungsteilnehmern/innen des DED, 2. Quartal 1984, mehrheitlich beschlossen.

Berlin, den 20. Juni 1984

Nachbemerkung der Redaktion:

Auf unsere Rückfrage beim Deutschen Entwicklungsdienst hin wurde uns bestätigt, daß der Beschluß, keine neuen Verpflichtungen in Nicaragua einzugehen, weiterhin gilt. Dagegen ist die Entscheidung, die Zahl der Entwicklungshelfer drastisch zu reduzieren, im Verwaltungsrat noch nicht gefallen. Die Entscheidung ist bis nach den Wahlen in Nicaragua vertagt worden. Hierzu ist folgendes zu bemerken: Bereits mit dem Beschluß, keine neuen Verpflichtungen einzugehen, ist auf kürzere oder längere Zeit eine Reduktion der Tätigkeit des DED's in Nicaragua in dem Maße verbunden, in dem einstmals übernommene Verpflichtungen auslaufen. Mit seiner Forderung, die Zahl der Entwicklungshelfer in Nicaragua von gegenwärtig 38 auf 20 zu reduzieren, konnte sich das BMZ momentan aber offensichtlich nicht durchsetzen. Bedenkt man aber, wie sehr heute schon die Wahlen in Nicaragua als „nicht fair" vorverurteilt werden, so wird deutlich, daß bei nächster Gelegenheit neuer Druck des BMZ's auf den DED zu erwarten ist, die Arbeit in Nicaragua drastisch zu reduzieren.

Tagungshinweise

„Kleine christliche Gemeinschaften in Afrika", 15. 9. 84, Münster
„Tötet Rüstung auch ohne Krieg?", 21./22. 9. 84, Münster
„Südliches Afrika — Bestandsaufnahme in einer Konfliktregion", 20/21. 10. 84, Münster
„Kirche und Arbeitswelt aus der Sicht Brasiliens", Dom Claudio Hummes, Bischof von Sanot André (Sao Paulo), 23. 10. 84, Münster
„Kinder und Dritte Welt" (besonders für Eltern mit Kindern), 10./11.11.84, Münster
„Brüderlein teilen — gemeinsam handeln: Zur Projektareit der kirchlichen Hilfswerke
„Misereor" und „Brot für die Welt" , 17./18. 11. 84, Münster
„Partnerschaft mit Nordghana — Eine Initiative aus dem Bistum Münster", 30. 11./1. 12. 84, Münster
„Gewalt wird durch soziale Gerechtigkeit überwunden" — Zur aktuellen Situation der Kirche in Mittelamerika, Weihbischof E. Stehel (Adveniat), Weihbischof O. Rodriguez, Tegucigalpa (Honduras), 6. 12. 84, Münster
Information und Anmeldung für alle obengenannten Tagungen: Franz Hitze-Haus, Kardinal von Galen-Ring 50, 44 Münster

---

„Solidarität und deutsche Geschichte: Die Linke zwischen Antisemitismus und Israelkritik", 24.-26. 8. 84, Arnoldshain
„Konferenz Dialog zwischen Arabern und Juden, Israelis und Palästinensern", 18.-21. 10. 84, Arnoldshain
„Uganda in der Krise", 2.-4. 11. 84, Arnoldshain
„Ausländische Jugendliche zwischen Schule und Beruf", 26.-30. 11. 84, Arnoldshain
„Die Schuldenkrise: ihre Auswirkungen in der Dritten Welt und bei uns", 30. 11.-2. 12. 84, Arnoldshain
Information und Anmeldung für alle obengenannten Tagungen: Evang. Akademie Arnoldshain, 6384 Schmitten/Ts. 1

Internationales Friedenscamp während der NATO-Herbstmanöver, 16.-30. 9. 84, Grebenhain/Osthess.
Kontaktadresse: DFG-VK Offenbach, c/o Zentrum, Hospitalstr. 14 H, 6050 Offenbach

---

„Frieden im Südlichen Afrika?", 24.-26. 8. 84, Bonn, Information und Anmeldung:
Anti Apartheid-Bewegung, Blücherstr. 14, 53 Bonn

„Christliche Missionsarbeit im vorkolonialen Namibia", 12.-14. 10. 84, Information und Anmeldung: Ökum. Werkstatt, Missionsstr. 9, 56 Wuppertal 2

Neuerscheinungen

Brasilien — Polen: kirchliche Solidarität mit streikenden Arbeitern A. A. Ederer/S. Pater (Hg.), 1984 Mettingen, Brasilienkunde-Verlag, 114 S., 15,- DM

Michael Wortmann: 1984, Gewerkschaftliche Solidarität mit der Dritten Welt. Verlag Breitenbach, Sozialwissenschaftliche Studien zu internationalen Studien

Jutta Beininghausen/Birgit Karstan: 1984, Die Töchter Kartinis. Berichte und Reportagen aus dem indonesischer Frauen. Express Edition, Kottbursser Damm, 1000 Berlin 61

Georg Elwert: 1984, Die Verflechtung sozioökonomischer Sektoren am Beispiel Benin Campus Forschung

Volker Kasch: 1984, Agrarpolitik in Malaysia. Momos Verlagsgesellschaft Baden-Baden. Bd. 3

Lateinamerika-Analysen, Daten, Dokumentation, Nr. 1 Chancen und Grenzen der Demokratie in Argentinien Institut für Iberoamerika (Hg.), Asterglacisweg 8, 2000 Hamburg 36

Nicaragua — El Salvador — Zwei entwicklungsmodelle im Vergleich — Entwicklungspolitik der Bundesregierung gegenüber Nicaragua und El Salvador
Christliche Initiative El Salvador e. V. (Hg.), Münster. 1984, 73 S.

Friedensbewegung am Scheideweg, hrsg. vom AK für Friedenspolitik und Friedenspädagogik e. V. Freiburg, 283 S: 10,- DM

Förderkreis lateinamerikanischer Kultur (Hg.): „Es wird schon schiefgehen" Praktische Ratschläge zur Organisation von Veranstaltungen, Bezug: Chile-Komitee München, c/o Schmitt, Rosenheimer Str. 123, 8 München 80, 3,- DM

Wolfgang Schranke: 1983, Unterrichtseinheiten und Unterrichtsmaterialien im Fach Geographie 1970-1980 Quellenkunde, Bibliographie, Bezughinweise, Annotationen. Universität Oldenburg 1259 S., 27,- DM

Zeitschriftenübersicht

Lateinamerika-Nachrichten, Nr. 128, Juli 1984
Argentinien: Menschenrechte im Abseits/Brief eines politischen Gefangenen in Villa Devoto/Die wirtschaftliche und politische Situation/Diskussion über Atomenergie Bolivien: Interview mit Juan Lechin/Cuba: Cuba si — Neckermann Tourismus nein danke! Nicaragua: Die präsenz der USA in den Wahlen Nicaraguas Dominikanische Republik: Die Vorgeschichte der Osterunruhen/Ecuador: Wird die Geschichte zurückgedreht?/BRD: Spiegel-Arroganz/Stoppt die Wende im BMZ
Bezug: Lateinamerika-Nachrichten, Gneisenaustr. 2, 1000 Berlin 61

ila-info, Nr. 77, Juni 1984
Schwerpunkt: Kirche in Lateinamerika: Schluß mit den heiligen Experimenten in Lateinamerika?/Kirchenkonflikte in Nicaragua/Kreuzzug der Moon-Sekte in Honduras Bericht und Hintergrund: In Mexico droht Flüchtlingen die Verlagerung/Droht in Honduras ein Flüchtlingsdrama?/Duartes Dilemma/Wahlkampf in Guatemala/Rückblick auf die Wahlen in Ecuador/Arbeitskämpfe der brasilianischen Metaller/Länderberichte: Chile, El Salvador, Nicaragua/Solidaritätsbewegung: Arbeitsbrigaden in Nicaragua, Miskito-Problematik/Furchtbare Haftbedingungen für uruguayische Staatsgeiseln
Bezug: ila, Römerstr. 88, 5300 Bonn 1

AIB, 6/1984
Pazifik: Kriegsvorbereitungen im Pazifik/Japans Rolle in der US-Pazifikstrategie/Chinas Standort nach der Reagan-Visite Türkei: „Demokratisierung" zweiter Akt Palästina: Gespräch mit Vertretern der palästinensischen Linken über Auswege aus der POLO-Krise Nicaragua: Von der Verminung zur Invasion? Honduras: Machtwechsel auf US-Geheiß Südafrika: Der Widerstand im Inneren Kultur: Agostino Neto-Poesie und Kultur Rezensionen, Leserbriefe, Kurzinformationen
Bezug: AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg

EPK 2/84
Schwerpunktthema: „Wer hilft wem? Bundesdeutsche Entwicklungshilfe" Bundesdeutsche Enwicklungspolitik nach der Wende von 1982 — Die neue Medienpolitik, Brot für die Welt, Terre des Hommes — Überblick über die wichtigsten staatlichen und nichtstaatlichen Entwicklungshilfeinstitutionen — Interview mit Gaby Gottwald —
Bezug: EPK, Postfach 2846, 2000 Hamburg 20



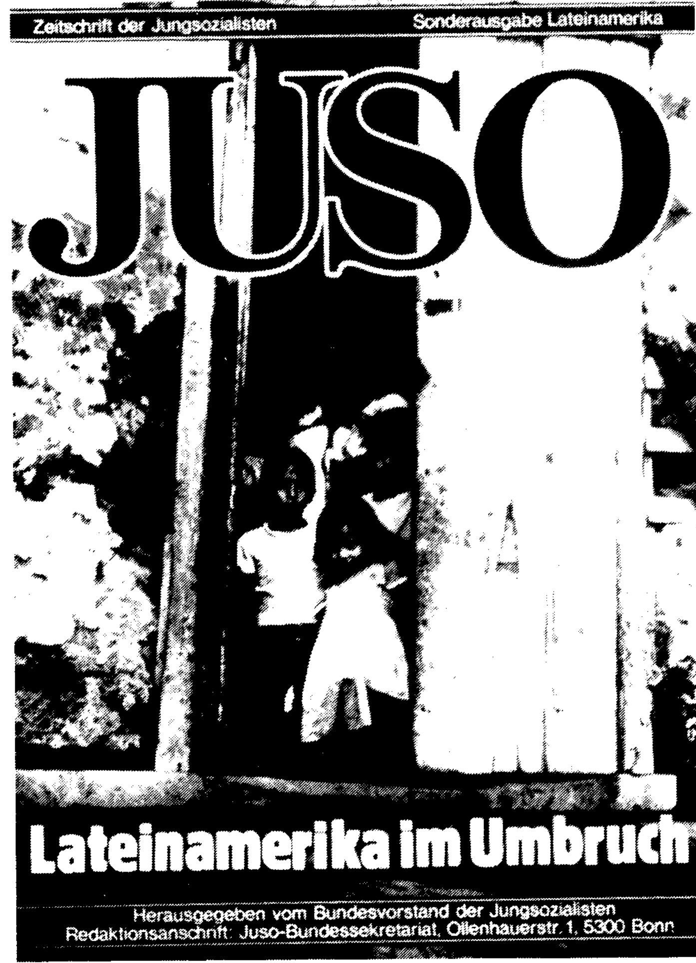


INHALT

Einleitung

- **I. Politik und Ökonomie**
- — **Konferenzen ohne Ergebnis**
  Die Diskussionen über eine neue Weltwirtschaftsordnung
- — **Wie »Das Überleben sichern« zu einem moralischen Appell verkommt**
  Eine Kritik an den Berichten der Nord-Süd-Kommission
- — **Macht und Monetarismus**
  Die Politik des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank (IBRD)
- — **Die neue Bonner Entwicklungspolitik**
  Sozialdemokratischer Kommentar zur »Wende« in der deutschen Entwicklungspolitik
- **II. Analyse einzelner Problemfelder**
- — **Rüstung und Unterentwicklung**
- — **Urlaub der Reichen in den Ländern der Armen**
  Tourismus und Dritte Welt
- — **Die Ausbeutung der Dritten durch die Erste Welt**
  Prostitutionstourismus am Beispiel Thailand
- — **Warum Karl-Heinz Köpke so wenig über die »Dritte Welt« sagt**
  Die Mediensituation in und für die »Dritte Welt«
- **III. Solidaritätsarbeit**
- — **Parteilichkeit für die Schwestern in den Peripherien**
- — **Die Idee des Solifonds europäisieren**
- **IV. Diskussions-Tribüne**
- — **Der ideologische Leim des Imperialismus**
  Bemerkungen zu Claus Leggewie in Sozialistische Tribüne 1/83
- — **Entwicklungspolitik aus sozialistischer Sicht**
  Ausgewählte Probleme
- **V. Dokumentation**
- — Entwicklungspolitische Materialien für die SPD zur Vorbereitung des FORUM NORD-SÜD am 16./17. Februar 1984
- **Anhang**
  Glossar
  Literaturhinweise

Preis DM 5,—
gegen Briefmarken oder Verrechnungsscheck (sonst per Nachnahme) beim Juso-Bundesvorstand, Ollenhauerstr. 1, 5300 Bonn 1.



INHALT:

- **EG und Lateinamerika**
- **Die Zentralamerika-Politik der Bundesregierung**
- **US-Außenpolitik**
- **Die Kissinger-Kommission**
- **Nicaragua — fünf Jahre nach dem Sieg**
  Städtepartnerschaften
  Do it yourself oder: Praktische Entwicklungshilfe an der Basis
- **Die Präsidentschaftswahlen in El Salvador am 25. März 1984**
  Die Wahlfarce von El Salvador
  Krieg und Gesundheit
- **Guatemala:**
  Die wirtschaftliche Situation
- **Die Flüchtlingsproblematik in Mexiko und Guatemala**
- **Die Krise in der Peripherie:**
  Das Beispiel Mexiko
- **Honduras**
- **Chile:**
  Landbesetzungen — Neue Formen des Widerstands
  Eindrücke von einem nationalen Protesttag
  Die Angst verliert sich mehr und mehr

Preis: DM 1,— gegen Briefmarken oder Verrechnungsscheck (sonst per Nachnahme beim Juso-Bundesvorstand, Ollenhauerstr. 1, 5300 Bonn 1).

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt
M 3477 F
iz3w
Postfach 5328
7800 Freiburg

Wir suchen 1,6 Millionen

Das klingt zugegebenermaßen etwas verrückt. Aber wir sehen keinen anderen Weg unsere selbstverwalteten Betriebe am Leben zu erhalten. In Freiburg gibt es augenblicklich mehrere Projekte, die nach Geld suchen. Eines davon sind die Betriebe in der Spechtpassage.

Die Specht-Passage ist ein ca. 1700 qm² großes Gelände zwischen Wilhelm- und Schnewlinstraße. In den Jahren 1897 bis 1903 wurden im Stil der Gründerzeit gehaltenen Gebäude errichtet: An der Wilhelmstraße ein 3 1/2-geschossiges Wohn- und Geschäftshaus, dahinter 2-geschossige Lagergebäude mit einem unterbauten Torabschluß an der Schnewlinstraße.
Ehemals war hier die Specht'sche Kohlenhandlung mit Kohlenschuppen, Pferdeställen und Fuhrwerkabstellplätzen. Nach dem Umzug der Kohlenhandlung zogen nach und nach verschiedene Alternativbetriebe auf das Gelände. Sie bauten sich die leeren Lagerschuppen zu Werkstätten aus.

Jetzt will die Stadt das Gelände sanieren.

In unmittelbarer Nähe soll ein Kongreßzentrum entstehen, zu dem die Alternativbetriebe in der Spechtpassage nicht mehr passen.
Die Betriebe, das sind eine politische Buchhandlung und eine Druckerei, die seit 9 Jahren in der Spechtpassage ansäßig sind. Weiter gibt es eine Töpferei, eine Fahrradwerkstatt eine Schreinerei und eine Lederwerkstatt. Alle Betriebe sind selbstverwaltet, zahlen an ihre Mitglieder den gleichen Lohn.
Die Betriebe haben kurzfristige Mietverträge von maximal drei Jahren Dauer. Falls die Stadt oder ein Spekulant die Spechtpassage erwirbt, sind die Mietverträge keineswegs mehr garantiert.
Selbst wenn die Betriebe längerfristige Mietverträge abschließen könnten, würde damit eine Mieterhöhung verbunden sein, die die Betriebe zum Aufgeben zwingt.
Unter dem Druck der Stadt haben die Freiburger Banken abgelehnt, auch nur einen Pfennig Kredit für den Ankauf der Spechtpassage herzugeben. Deswegen müssen wir uns selbst finanzieren.

Fazit

1. Wir suchen uns freundlich gesinnte Leute, die für sieben Jahre DM 1000 zu 5 % bei uns einlegen.
Durch die Einlage werden Sie Teilhaber einer Kommanditgesellschaft, als Sicherheit für Ihr Geld bürgt das Grundstück.
1,6 Mio im Grün sind besser als 1,6 Mio auf der Bank.
Zahlen Sie jetzt auf unser Konto 206 35 57, Sparkasse Freiburg Ihre Einlage. Ihr Geld wird bis zur Gründung der Kommanditgesellschaft wie auf einem Treuhandkonto verwaltet. Sofort nach ihrer Einzahlung erhalten Sie einen Darlehensvertrag und werden über den Fortgang des Projekts laufend unterrichtet.



Für weitere Auskünfte sind wir in der Politischen Buchhandlung Jos Fritz erreichbar und zwar Dienstag und Donnerstag 18-20 Uhr, Tel. 07 61/2 68 77. Unter dieser Nummer (oder Druckwerkstatt im Grün, Tel. 3 20 56) können Sie jederzeit einen Rückruftermin vereinbaren.

Fordern Sie unsere ausführliche Broschüre an: Jos Fritz Buchhandlung, Wilhelmstr. 15, 7800 Freiburg.